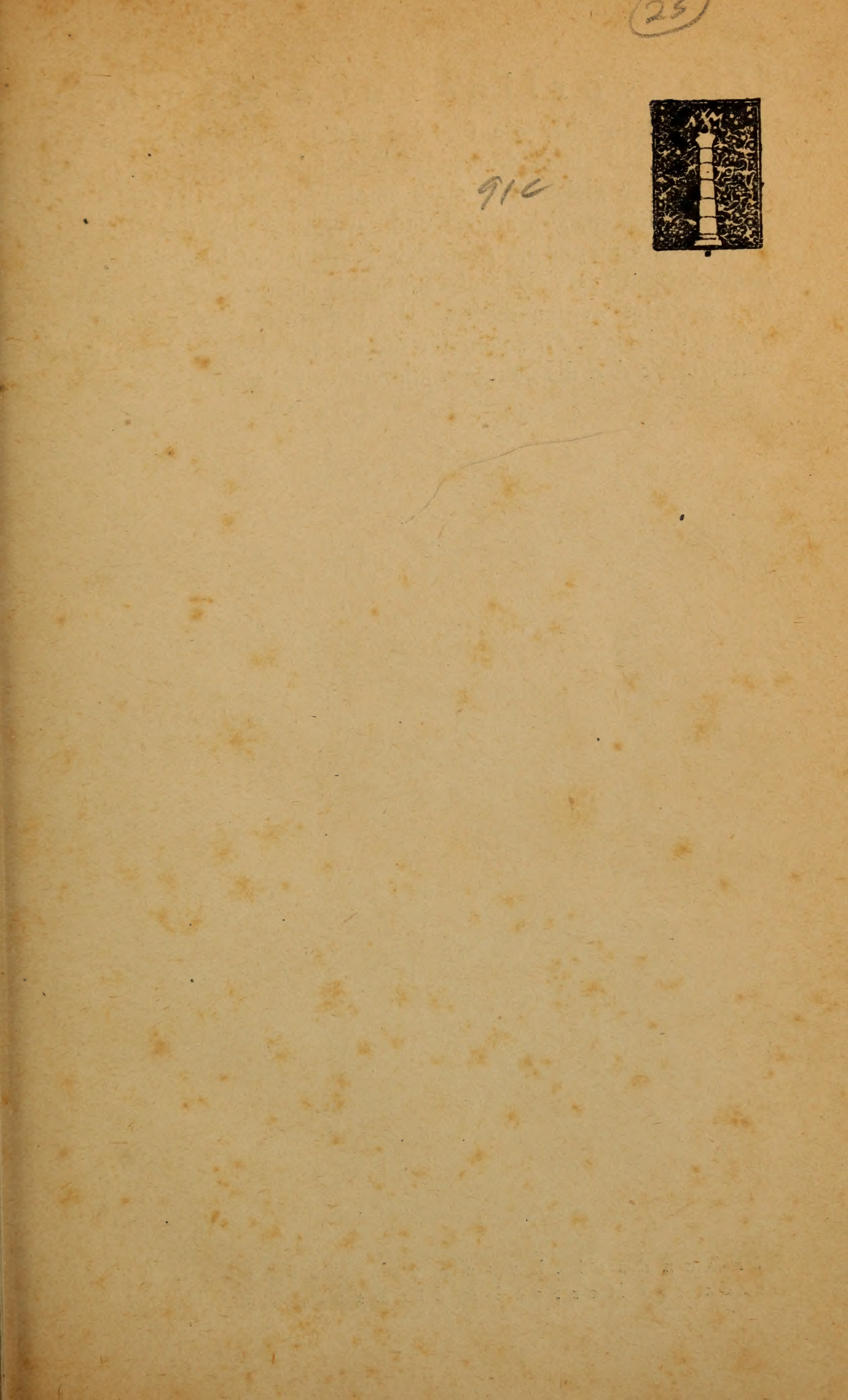

UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00294246 4


91c

Die vorliegende Sammlung von Aufsätzen über die Parteien und Organisationen des deutschen Judentums soll einem dringenden Bedürfnis abhelfen, das in allen jüdischen Kreisen gleichmäßig stark empfunden wird. Es fehlte bisher an einer Möglichkeit, sich schnell und zuverlässig über das Wesen der verschiedenen Gruppen im deutschen Judentum zu informieren. Die vorliegende Schrift vereinigt Aufsätze, die als offizielle Äußerungen betrachtet und gewertet werden dürfen. Die Referenten sind zum größten Teil Führer derjenigen Gruppen, für die sie sprechen, und von diesen beauftragt. So darf die gebotene Information als absolut zuverlässig gelten.

Einbandzeichnung von Menachem Birnbaum
Druck von Herrosé & Ziemsen, G. m. b. H., Wittenberg

DAS DEUTSCHE JUDENTUM

SEINE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

EINE SAMMELSCHRIFT

VERLAG DER NEUEN JÜDISCHEN MONATSHEFTE

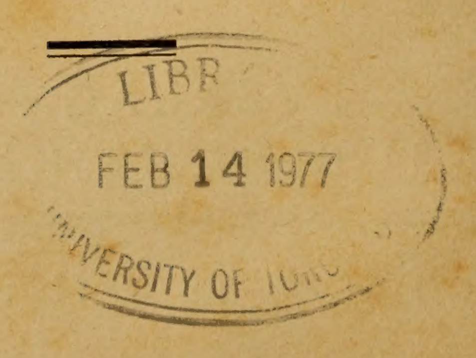
BERLIN / MÜNCHEN 1919

I N H A L T

I. Die Parteien

II. Die Organisationen

III. Literaturverzeichnis



DIE PARTEIEN

Das gesetzestreue Judentum.

Von Dr. Isak Unna, Rabbiner in Mannheim.

Von den drei Hauptströmungen im Judentum der Gegenwart ist das gesetzestreue Judentum die älteste. Die liberale Richtung datiert erst von der französischen Revolution und den sich daran anschließenden Emanzipationsbestrebungen, die nationale Richtung ist unter dem Einfluß der nationalen Bewegung der gegenwärtigen Zeit entstanden; das gesetzestreue Judentum stellt sich die Wahrung der Überlieferungen zur Aufgabe, zu welchen sich die großen Geister des Judentums zu allen Zeiten, von den Lehrern der Mischna und des Talmud, von Jehuda Hallevi, Saadia und Maimonides bis auf Moses Mendelssohn bekannt haben. Seine Voraussetzung ist die Göttlichkeit der Lehre; in diesem Grundsatz sind alle Glaubensartikel, die von den verschiedenen jüdischen Religionsphilosophen aufgestellt worden sind, enthalten. Gegenüber den vielgestaltigen Hypothesen der Bibelkritik, welche die einzelnen Teile des Pentateuchs verschiedenen Zeitepochen und verschiedenen Verfassern zuweist, vertritt das gesetzestreue Judentum die Einheit der Thora, die in der Form, wie sie unsere Väter am Sinai empfingen, von Geschlecht zu Geschlecht überliefert wurde; und auch die wesentlichen Bestimmungen der mündlichen Lehre, welche die notwendige Ergänzung der schriftlichen Lehre bildet, und die in Mischna und Talmud niedergelegt ist, sind vom Sinai überliefert. Gegenüber der liberalen Anschauung, die das Judentum als bloßes Religionsbekenntnis auffaßt, betont das gesetzestreue Judentum die nationalen Momente, die einen wesentlichen Bestandteil der Gesamtanschauung des Judentums bilden; gegenüber dem reinen Nationalismus, der das jüdische Volk als ethnographische Erscheinung ansieht und der Religion nur sekundäre Bedeutung zuerkennt, betont es den religiösen Charakter auch der nationalen Momente und die Tatsache, daß die großen kulturellen Leistungen unseres Stammes lediglich auf dem Gebiete der Religion liegen.

Dieser religiöse Nationalismus bedeutet aber keineswegs einen national beschränkten Partikularismus. Überall wird das reine Menschentum betont: der Mensch ist im Ebenbilde Gottes geschaffen. Die Thora schärft uns das Gebot ein (III. B. 19, 18): „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, und die messianischen Verheißungen verkünden wohl die nationale Wiederherstellung Israels, aber sie blicken

zugleich auch auf die Vollendung der Menschheit durch das Reich Gottes, ein Reich des Friedens und der gemeinsamen Verehrung des einzigen Gottes des Rechts und der Sittlichkeit. Der Vorzug Israels besteht lediglich darin, daß es als „Reich von Priestern und heiliges Volk" der Menschheit voranleuchten und durch die eigene Vervollkommnung die Erreichung des Menschheitszieles anbahnen soll.

Auf dieser Anschauung beruht das Lebensprinzip des überlieferten Judentums: „Heilig sollt ihr sein, denn heilig bin ich der Ewige, euer Gott." (III. B. M. 19, 2.) Diese Mahnung zur Heiligung ist nicht etwa bloß eine philosophische Sentenz, sie ist ein Gedanke, der seine Ausprägung finden soll auf allen Gebieten des Lebens. Das Ziel der Thora ist also die Durchdringung des gesamten körperlichen und geistigen Lebens mit dieser Heiligkeit. Alle Erziehung dient diesem Ziele; für die Erziehung des Menschen aber ist nichts bedeutungslos. In allen seinen Betätigungen muß das Streben der Erhebung zur Heiligkeit, zur Überwindung des Sinnlichen und Materiellen zur Geltung kommen. Nicht bloß, wenn wir ins Gotteshaus gehen, nicht bloß, wenn wir uns vom Alltagsleben abwenden, um uns einer weihevollen Stimmung hinzugeben, sollen wir uns dieses unseres Lebenszweckes erinnern; unser ganzes Leben soll ein Gottesdienst sein. Deshalb tritt uns zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen die Verpflichtung zur Erfüllung der Thoragebote entgegen. Und wie überall auf Erden der Geist an die Hülle des Körpers gebunden ist, so sind auch Form und Wesen der Gebote nicht voneinander zu trennen; als göttliche Institutionen haben sie beide ewige Geltung. Auch die an den Besitz des Heiligen Landes und an den Bestand des Tempels geknüpften Vorschriften sind nicht etwa aufgehoben, sondern nur zeitweilig außer Geltung gekommen.

Die Erfüllung der Gebote soll aus reiner Liebe zu Gott, aus dem Bewußtsein der Pflicht geschehen. Wohl verheißt die Thora reichen Lohn für die treue und gewissenhafte Beobachtung des Gesetzes, bedroht sie mit schwerer Strafe diejenigen, die es mißachten, und zwar sowohl den einzelnen wie die Gesamtheit; und dieser Gedanke der Vergeltung, der ja auch dem sittlichen Rechtsempfinden des Menschen entspricht, ist eine der Grundlagen der Thora. Aber die Pflichterfüllung hat nur dann ihren vollen Wert, wenn sie ohne jeden Gedanken an eine Belohnung im Diesseits oder im Jenseits geschieht. „Seid nicht wie Diener, die dem Herrn dienen in der Absicht, Lohn zu empfangen, sondern dient ihm ohne den Gedanken an einen Lohn" (Abot I, 3).

Durch die Offenbarung am Sinai ist ganz Israel für alle Zeiten zur Erfüllung der Thora verpflichtet worden. Jeder, der von einer jüdischen Mutter geboren ist, hat das Gesetz gewissenhaft zu beobachten, einen Austritt aus dem Judentum gibt es nicht. Und zwar erstreckt sich diese Verpflichtung sowohl auf die theoretische Erforschung wie auf die praktische Übung der Thora.

Die Verpflichtung des „Lernens" ist für jeden gesetzestreuen Juden die wichtigste und bedeutsamste. „Jeder in Israel", sagt Maimonides in den ‚Grundvorschriften der Thora', „ist verpflichtet, Thora zu lernen, sei er reich oder arm, gesund oder von Leiden gequält, jung oder von

der Last des Alters gebeugt, und selbst ein Armer, der betteln muß, auch ein Familienvater, der für Frau und Kinder zu sorgen hat, muß sich bei Tag und Nacht eine Zeit bestimmen für das Thorastudium; denn so heißt es: ‚Du sollst darüber nachsinnen Tag und Nacht.‘ Die Zeit, die man dem Studium widmet, verteile man auf die schriftliche Lehre, Mischna und Talmud.*) Denn nur, wer das schriftliche und mündliche Gesetz kennen gelernt, wer die erhabenen und begeisternden Worte der Propheten in sich aufgenommen, an den Weisheitslehren von Mischna und Talmud Geist und Herz gebildet, hat die Vorbedingungen erfüllt für eine Weltanschauung im Sinne der Thora. Und diese zu erlangen, ist der Zweck des Studiums; denn Thora bedeutet nicht ‚Gesetz‘, sondern ‚Lehre‘. Schon die Bibel berührt alle die Probleme, welche den Menschengeist von jeher beschäftigt haben (Weltschöpfung, Entstehung der Sprachen, Offenbarung usw.), und in dem ‚Agada‘ genannten Teil des Talmud sind alle die Gedanken niedergelegt, welche die vom Geist der Thora erfüllten, großen Lehrer unseres Volkes über die Fragen der Wissenschaft und des Lebens gedacht haben. Das Gesetz selbst, die ‚Halacha‘, umspannt mit seinen Normen das ganze Leben des einzelnen wie der Gesamtheit, es will sie regeln nach dem Maßstab der Wahrheit und des Rechts, der Heiligung und der Liebe, und darum umfassen die Bestimmungen dieses Gesetzes in den sechs ‚Ordnungen‘ der Mischna auch alle menschlichen Betätigungen: Landbau und Viehzucht, Festzeiten, Ehe- und Familienrecht, Zivilrecht und Kriminalrecht, Tempelvorschriften und Speisegesetze, symbolische Reinheitsbestimmungen. Die nationalen Sänger werden nicht müde, die Schönheit und Erhabenheit der Thora in den höchsten Tönen zu preisen**), die Lehrer des Talmud stellen die Beschäftigung mit ihr höher als jede andere Pflichterfüllung. Der hohe Wert dieses Studiums liegt eben darin, daß es den Zweck der ethischen Durchdringung des Lebens hat und selber nur aus ethischen Beweggründen gepflegt werden soll. ‚Mache sie (die Thora) nicht zu einer Krone, um dich damit zu brüsten, und nicht zu einem Spaten, um damit zu graben‘ (Abot IV, 7). Sie ist zugleicht ein Moment des sozialen Ausgleichs; denn die jüdische Wissenschaft ist nicht einer Priesterkaste vorbehalten, alle haben das Recht und die Pflicht, sie sich anzueignen. ‚Die Lehre, die uns Mose geboten, ist ein Erbteil der G e m e i n d e Jakobs‘.“

Der Zweck der Forschung aber muß immer die unmittelbare praktische Erfüllung sein, die Thora soll studiert werden, „um zu beobachten und auszuüben“. Und diese Praxis ist bis ins kleinste geregelt. Das schriftliche und mündliche Gesetz gibt nicht nur genaue Anweisung über die Art des Gottesdienstes und die Feier der Festtage, es lehrt den Juden auch, wie er seinen Acker zu bestellen und sein Vieh zu züchten hat, welche Speisen er genießen darf und welche er meiden muß, es regelt unser Verhalten beim Niederlegen und beim Aufstehen, in der Freude wie in der Trauer. Dazu haben die Weisen, anknüpfend an das Schriftwort „ihr sollt meine Obhut wahren“ noch

*) Talmud Kidduschin 30a.
**) Siehe z. B. Psalm 119.

eine Fülle von „Zaunbestimmungen" geschaffen, die mit tiefem psychologischem Verständnis überall da schützend eingreifen, wo die Gefahr einer Gesetzesübertretung droht; die aber, wie betont werden muß, nur dann Gesetzeskraft erhielten, wenn die Volksgemeinschaft sie durch Übung akzeptiert hatte. Christliche und jüdische Gegner des Gesetzes sprechen oft von der „Last des Gesetzes", von „erdrückenden Formeln". Sie kennen nicht die „alle Leidenschaften zügelnde und dadurch den Menschen ebenso sicher befreiende wie mit Heiterkeit erfüllende Wirkung" des Gesetzes. Die Feier des Sabbat, dessen minutiöse Vorschriften gerne als Beispiel für jene „Last des Gesetzes" genommen werden, war nicht nur ein Jungbrunnen für den gehetzten und verfolgten Juden des Mittelalters, sie ist es auch heute noch für den im aufreibenden Geschäftsleben der modernen Zeit stehenden Kaufmann. Die Treue für das Gesetz war auch von jeher der sicherste Schutz gegen den Abfall; die Lockerung der Bande, durch welche das Gesetz den Juden an seinen Glauben bindet, bildet erfahrungsgemäß den ersten Schritt zur vollständigen Entfremdung.

Zur Gesetzeserfüllung gehört auch das weite Gebiet der Liebestätigkeit, das nicht nur die Wohltätigkeit im engeren Sinne umfaßt, sondern alles, was in den Bereich der tätigen Menschenliebe fällt: Besuche von Kranken, Bestattung von Toten, Trösten der Trauernden. Auch diese Handlungen tragen den Charakter der Pflicht. Wie die biblischen Bodengesetze durch die Pflicht, den Abfall und die vergessenen Ähren sowie die Ecke des Feldes für die Armen stehen zu lassen und ihnen den Armenzehnt zu geben, einen Rechtsanspruch des Armen statuieren, so hat man durch die Bestimmungen, den Zehnten (Maaser) des Einkommens für gute Zwecke abzusondern, der Wohltätigkeit eine feste Grundlage gegeben. Trotzdem wird nach den Worten der Weisen der Wert der Wohltätigkeit nur nach der Liebe bemessen, die sich dabei offenbart. „Die freudige und freie Grundstimmung (der Gesetzeserfüllung)," sagt mit Recht Güdemann*), „durchdringt nicht bloß die Übung der gesetzlichen Vorschriften, sondern auch die der ethischen Pflichten und erhebt sie aus dem Bereich des Gebotenen auf das höhere Niveau der aus freiem Willen, aus reiner Gesinnung und innerem Herzensdrange hervorgehenden Äußerungen der Frömmigkeit."

Die Entwicklung der Neuzeit, die an die französische Revolution und die Emanzipationsbestrebungen anknüpft, stellte die Anhänger des überlieferten Judentums vor die schwierigsten Entscheidungen. Das liberale Judentum verkündete den Grundsatz, man müsse die Religion nach den Zeiterfordernissen umgestalten, um sie der modernen Kultur anzupassen; dem überlieferten Judentum fiel die ungleich schwerere Aufgabe zu, das Erbteil der Väter unversehrt in die neuen Verhältnisse hinüberzuretten, die moderne Kultur den religiösen Erfordernissen anzupassen. Und wenn auch die jüdische Geschichte schon ähnliche Zustände aufzuweisen hat, wie z. B. in der spanisch-arabischen Periode, so sind doch die Probleme noch niemals mit solcher Schärfe an die

---

*) Jüdische Apologetik S. 194.

Zeitgenossen herangetreten, wie in dieser neuesten Epoche. Einmal waren es die Kämpfe auf wissenschaftlichem Gebiet, die von den Anhängern der Überlieferung ausgefochten werden mußten. Neben der gemeinsamen Front, die man mit den anderen jüdischen Richtungen nach außen hin bildete, gegen den Antisemitismus, gegen allgemeine religionsfeindliche wissenschaftliche Strömungen, hatten die Gesetzestreuen auch zum größten Teil die Verteidigung der Überlieferung gegenüber der Bibelkritik zu übernehmen, deren Resultate von der Reform mehr oder weniger akzeptiert wurden. Und dazu kam der Kampf gegen die Reform selbst mit ihren die Überlieferung erschütternden Bestrebungen. Während man in rein äußeren Punkten, wie der Einführung der deutschen Predigt und des Chors, nach Überwindung des anfangs vorhandenen, sehr begreiflichen Mißtrauens Konzessionen machen konnte, mußte der prinzipielle Standpunkt des unbedingten Festhaltens an schriftlicher und mündlicher Lehre um so schärfer betont werden. Nicht geringere Energie erforderte der Kampf um die praktische Erhaltung des Judentums in den Stürmen und Gefahren der Assimilation. Es galt, der heranwachsenden Jugend nach Möglichkeit die Thorakenntnis, den im Erwerbsleben Stehenden die Thoratreue zu erhalten.

Das schwierigste Problem auf dem Gebiet der Erziehung bildete der Schulzwang. Die Inanspruchnahme der Jugend für eine Fülle anderer Wissenszweige schränkte das Maß der freien Zeit auf ein Minimum ein und erschwerte damit die theoretische Ausbildung in jüdisch-traditionellem Sinne in außerordentlicher Weise. Man suchte diesem Übelstand durch die Gründung jüdischer Realschulen (in Frankfurt, Fürth, Hamburg) entgegenzutreten, aber wenn diese auch segensreich wirken, so konnten sie doch keinen durchgreifenden Erfolg haben, und die Abnahme des jüdischen Wissens auch in der gesetzestreuen Jugend ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache. — Auf dem Gebiete des Erwerbslebens war es insbesondere die Schwierigkeit, den Sabbat und die Speisegesetze zu beobachten, die den Überlieferungstreuen die schwersten Opfer auferlegte. Die Einführung der Sonntagsruhe vermehrte noch die Hindernisse für diejenigen, welche das Sabbatgebot, diesen Eckpfeiler des Judentums, gewissenhaft beobachten wollten. So haben die Anhänger der Überlieferung neben den allgemeinen Aufgaben, die allen Juden obliegen, überall noch besondere Gebiete, und es fällt dies besonders auch deshalb ins Gewicht, weil sie in Deutschland überall eine Minderheit bilden, also mit geringeren Kräften Größeres leisten müssen. Aus diesem Grunde sind auch die finanziellen Anforderungen, die an sie gestellt werden, verhältnismäßig weit größer.

In Bezug auf die Stellung zu den Anhängern der Reform innerhalb der Gemeinden bildeten sich innerhalb des gesetzestreuen Judentums zwei verschiedene Richtungen heraus. Die Anhänger der Reform hatten in den Großgemeinden Jahrzehnte hindurch den gesetzestreuen Minderheiten jedes Entgegenkommen, insbesondere jede Fürsorge für ihre religiösen Bedürfnisse verweigert. Als im Jahre 1876 durch das preußische Austrittsgesetz die Möglichkeit der Bildung von Separatgemeinden gegeben war, erklärte Samson Raphael Hirsch, der an der

Spitze der Religionsgesellschaft in Frankfurt a. M. viele Jahre den Kampf gegen die Reform geführt hatte, im Verein mit andern Rabbinern den Austritt aus einer Gemeinde, in welcher nicht das Thoragesetz alleinige Grundlage des Gemeindelebens bilde, für eine religiöse Pflicht; die Reinheit des Prinzips müsse unter allen Umständen gewahrt werden. Andere hervorragende Vertreter des gesetzestreuen Judentums, wie Rabbiner S. B. Bamberger in Würzburg und Rabbiner Horowitz in Frankfurt a. M., traten für die Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit ein, wenn die Vertreter der Mehrheit den gesetzestreuen Minderheiten volle Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse gewährleisteten. Im Anschluß an diesen Streit bildeten sich in verschiedenen Städten wie Frankfurt a. M., Karlsruhe, Berlin u. a. Austrittsgemeinden. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß die beiden Richtungen vollkommen auf dem Boden der Überlieferung stehen und nur in der Frage des Austritts einen verschiedenen Standpunkt einnehmen. Allerdings hat diese Meinungsverschiedenheit Anlaß zu einer bedauerlichen Spaltung gegeben, da seitens der sogenannten Frankfurter Richtung das Moment der Trennung allzusehr betont und auch auf solche Gebiete übertragen wurde, wo eine Notwendigkeit dafür nicht vorlag.

Nachdem die Talmudschulen der früheren Zeit, die Jeschiwas, in Deutschland aufgehört hatten, und nachdem sich infolge der Zeitumstände die Notwendigkeit ergab, daß die Rabbiner sich auch ein ausgedehntes profanes Wissen aneigneten, wurde im Jahre 1873 von Rabbiner Hildesheimer das Rabbinerseminar in Berlin gegründet. Es bezweckt die Ausbildung von Rabbinern in gesetzestreuem Sinne und vertritt auf wissenschaftlichem Gebiet den Standpunkt der Überlieferung. Insbesondere ist der jetzige Rektor, Dr. D. Hoffmann, in tiefgründigen exegetischen Arbeiten der Bibelkritik entgegengetreten und hat Jahre hindurch zusammen mit Dr. Berliner das „Magazin für die Wissenschaft des Judentums" herausgegeben. Von den zur Zeit der Reformkämpfe begründeten publizistischen Organen des gesetzestreuen Judentums besteht heute noch der „Israelit" (gegründet von Dr. Lehmann in Mainz) und die „Jüdische Presse"*) (gegründet von Hirsch Hildesheimer); zu ihnen trat neuerdings die von Wohlgemuth herausgegebene Monatsschrift „Jeschuruna". Der Förderung der wissenschaftlichen Bestrebungen des traditionellen Judentums dient auch die „Jüdisch-Literarische Gesellschaft" in Frankfurt a. M., die alljährlich ein wissenschaftliches Jahrbuch herausgibt. — Die Ausbildung von Lehrern gesetzestreuer Richtung stellen sich die Lehrerseminare in Köln und Würzburg zur Aufgabe.

Für die Förderung des gesetzestreuen Judentums in praktischer Hinsicht ist vor allem die „Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums" tätig, die von S. R. Hirsch begründet, ihren Sitz in Frankfurt a. M. hat. Ihr Zweck ist, „durch gemeinsames Zusammenwirken Gleichgesinnter die Lösung der Aufgaben zu fördern, welche das orthodoxe (gesetzestreue) Judentum seinen Bekennern in Erkenntnis und

---

*) Heute Zentralorgan des Misrachi.

Erfüllung stellt". Sie hat sich namentlich durch die Unterstützung kleiner Gemeinden in der Errichtung und Erhaltung religiöser Institutionen sowie durch Maßnahmen zur Förderung des religiösen Pflichtlebens große Verdienste erworben und hat besonders auf dem letzteren Gebiete während der Kriegszeit ungemein segensreich gewirkt. — Neben ihr sind noch eine Reihe von Vereinen, wie der „Verband der Sabbatfreunde" in Berlin in dieser Richtung tätig.

Die Agudas Jisrael, deren Zweck „die Lösung der jeweiligen jüdischen Gesamtheitsaufgaben im Geiste der Thora" ist, wurde zwar in Deutschland begründet, gehört aber, da sie als Weltorganisation des gesetzestreuen Judentums gedacht ist, nicht in den Rahmen dieser Betrachtung.

Die „Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums".

Von Generalsekretär Emil H. Lehmann, Frankfurt a. M.

Die „Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums E. V." verdankt ihre Gründung einem Aufrufe, den Samson Raphael Hirsch in Frankfurt a. M., der eigentliche Schöpfer der modernen jüdischen Orthodoxie in Deutschland, im Jahre 1885 erließ. Hatte Hirsch bis dahin durch seine grundlegenden wissenschaftlichen Forschungen und Schriften in einer über Jahrzehnte sich erstreckenden literarischen Wirksamkeit den Nachweis zu führen gesucht, daß aus der Synthese altjüdischer Kultur, hingebungsvollster Gesetzestreue und moderner wissenschaftlicher Geistesbildung ein Menschenkreis hervorgehen könne, der die feinste Blüte echt jüdischen Geistes darstellt, so suchte er nunmehr durch die Schaffung einer Organisation der gesetzestreuen Judenheit in Deutschland diese zur politischen Durchsetzung ihrer Ideale wie zur Überwindung der vielfachen praktischen Hindernisse zu rüsten, die sich der Verwirklichung des jüdischen Gesetzes im Leben entgegenstellten.

In der Tat wandte die Vereinigung in den ersten Jahren ihres Bestehens ihr Hauptaugenmerk den rein praktischen Aufgaben: der Unterstützung leistungsschwacher jüdischer Gemeinden, gesetzestreuer Lehranstalten, der Ausbildung von Lehrern und Kultusbeamten, der Stellenvermittlung für sabbathtreue Kreise, außerdem der Abstellung von Mißständen auf mancherlei Gebieten, der Abwehr von Angriffen auf die Schechitah, der Subventionierung ritueller Speisehäuser und ähnlichen praktischen Zwecken zu.

Erst Ende der neunziger Jahre sah sich die Vereinigung gezwungen, in die Arena des innerpolitischen Kampfes hinauszutreten; sie begann einen zähen und bisher erfolgreichen Kampf gegen die auf Zusammenfassung der deutschen bzw. der preußischen Juden zu einer staatlichen Organisation gerichteten Bestrebungen des Deutsch-Israelitischen Ge-

meindebundes, und wandte sich alsdann in konsequenter Weise während der folgenden Jahrzehnte gegen die immer stärker werdenden Versuche, die deutsche Judenheit ohne Rücksicht auf die in ihr vorhandenen unüberbrückbaren religiösen Gegensätze zu einheitlichen Verbänden zusammenzuschließen. Sie erblickte in diesen Tendenzen einerseits eine Gefahr für die Reinheit der altüberlieferten religiösen Auffassung, die im Bewußtsein ihrer Wahrhaftigkeit sich nicht zu einer anderen Richtungen gleich geordneten Parteinuance innerhalb des Judentums degradieren lassen darf, und sie fühlte sich andererseits verpflichtet, die Unabhängigkeit der kleinen, meist gesetzestreuen Gemeinden gegenüber dem überhandnehmenden sozialen und politischen Einfluß der liberalen Großgemeinden nachdrücklich zu verteidigen.

Während der Schwerpunkt der „Freien Vereinigung" während der beiden ersten Dezennien ihres Bestehens in Süddeutschland geruht hatte, und maßgebend in ihr diejenigen Kreise gewesen waren, die auf dem Boden des von S. R. Hirsch vertretenen sog. „Austrittsprinzips" standen, führte die Erkenntnis vor der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller gesetzestreuen Kreise Deutschlands im Jahre 1906 zu einer völligen Reorganisation der Vereinigung.

In den Vorstand und den Ausschuß traten die hervorragendsten Vertreter der bisher ferngebliebenen norddeutschen gesetzestreuen Kreise ein, darunter auch solche, die ausgesprochene Gegner des Austrittsprinzips waren und innerhalb der neutralen Gesamtverbände eine führende Wirksamkeit entfalteten. Seitdem kann die Freie Vereinigung als die allgemein anerkannte Gesamtvertretung der gesetzestreuen Judenheit Deutschlands gelten. Nahezu sämtliche gesetzestreue Rabbiner, zum Teil auch die an den liberalen Großgemeinden tätigen, gehören ihr an und erblicken in ihr die berufene Vertreterin der religiösen Interessen der Orthodoxie.

Während des Krieges hat die Freie Vereinigung eine von allen Kreisen der deutschen Judenheit als überaus segensreich anerkannte Wirksamkeit auf allen Gebieten der Fürsorge sowohl für die Krieger und Gefangenen draußen, als für die Aufrechterhaltung der rituellen Lebensführung in der Heimat entfaltet. Bei den deutschen Behörden haben ihre religiösen Bestrebungen auch unter den schwierigen Verhältnissen der Kriegszeit jederzeit reiche Förderung erfahren.

Bei der Neuordnung der jüdischen Verhältnisse, die angesichts der bevorstehenden Trennung von Staat und Kirche unabweisbar ist, wird es die Aufgabe der Freien Vereinigung sein, die dabei auf dem Spiele stehenden heiligsten Interessen des überlieferten Judentums in Gemeinde und Schule zu wahren und die altbewährten religiösen Güter in eine neue Zukunft hinüberzuretten.

Das liberale Judentum.

Von Dr. Felix Goldmann, Leipzig.

Der Begriff „liberales Judentum“ hat eine mehrfache Bedeutung. Ist er auf der einen Seite auch nur die Bezeichnung für die konkrete religiöse Partei der heutigen Zeit, und dadurch mit dem Scheine des Vergänglichen, vom ewigen Gesichtspunkte der Religion sogar minder Wertvollen behaftet, so ist er doch auch Ausdruck einer Bewegung, die fast so alt ist wie das Judentum selber.

Die Religion ist gleich jedem anderen Gebilde den allgemeinen Gesetzen des Daseins unterworfen. Sie lebt, sie entwickelt sich! Das wird auch kaum bestritten, und selbst auf strenggläubiger Seite gibt man zu, daß beispielsweise zwischen den Forderungen der Mischna und denen des Schulchan aruch ein ungeheurer Unterschied besteht. Liberalismus ist nun freilich mehr als die bloße Feststellung dieses pulsierenden Lebens. Die in der Vergangenheit wurzelnde, von der Pietät so stark abhängige Religion gerät leicht in die Gefahr, sich der Entwicklung entgegenzustellen und an Anschauungen und Einrichtungen nur darum festzuhalten, weil sie auf ein ehrwürdiges Alter zurückschauen. Ganz besonders besteht bei einer Offenbarungsreligion, deren Schwerpunkt ganz in der Vergangenheit liegt, eine Tendenz zu solcher Denkungsweise. Der Liberalismus will hiergegen auftreten; will gewissermaßen der Wächter sein, der das Leben in Fluß erhält und jede Verknöcherung hindert. Er vertritt die bewußte Förderung des Entwicklungsgedankens. Als gestaltender Faktor ist er nun imstande, die verschiedensten Gestalten anzunehmen, immer aber ist er in allen Phasen jüdischer Geschichte nachweisbar. Als Prinzip ist der Liberalismus im Judentum immanent, als konkretes Parteigebilde tritt er immer dann auf, wenn eine starke Gegnerschaft ihn zum Streite ruft.

Seine Gegensätze sind Orthodoxie und Konservativismus. Erstere meint, daß die Entwicklungslehre mit dem Glauben an einen vollkommenen Gott ganz unvereinbar ist, und zur Erklärung der offensichtlichen Veränderungen in religiöser Lehre und religiösem Brauche, die im Wandel der Zeiten sich ergeben haben, konstruiert sie ein kunstreiches System, von dem noch zu sprechen sein wird. Die konservative Anschauung hingegen verwirft den Entwicklungsgedanken an sich nicht. Sie macht aber zum Maßstab für die Notwendigkeit seiner Anerkennung das Leben der Außenwelt, hütet eifrig, ohne nach seinem Werte zu fragen, den überlieferten Inhalt dort, wo Urteil und Kritik der Welt nicht hingelangen, läßt sich aber zu Konzessionen drängen, sobald äußere, nicht im Judentum liegende Gründe es durchaus erforderlich machen. Während Orthodoxie und Liberalismus folgerichtig und darum stark sind, ist der Konservativismus einerseits im Trägheitsmoment, andererseits im Leben der Umgebung verankert und weist demnach die ganze Schwäche einer Zeitbewegung auf, die ohne Prinzip von Fall zu Fall entscheidet.

Theoretisch ist dem konservativen Gedanken auch das Reformjudentum insofern nahe verwandt, als es gleichfalls die Außenwelt zu

einem bestimmenden Faktor für die Gestaltung jüdischen Lebens macht. Nur daß es sich nicht durch ihren Widerspruch leiten läßt, sondern durch ihr Vorbild, und schrankenlos die Zeitanschauung an die Stelle der ewigen Wahrheit setzt. So ähnelt es trotz des äußeren Gegensatzes geistig auch der Orthodoxie, indem das innere Entwicklungsprinzip im Judentum verworfen wird, nur daß an Stelle der göttlichen Offenbarung der Thora die jeweilige Zeit und Mode gesetzt werden. Das Reformjudentum kennt keine Entwicklung, sondern nur ein sprunghaftes, innerlich unmotiviertes Anpassen.

Der Liberalismus folgt den hier kurz skizzierten Richtungen gegenüber dem Grundsatz, daß der lebendigen Entwicklung stets zu ihrem Rechte verholfen werden muß, sobald die inneren Interessen des Judentums es verlangen. Aus äußeren Gründen darf nie gehemmt noch gefördert werden! Der Name ist freilich sehr unglücklich gewählt, er entstammt der Politik, wo er die freiheitliche Partei bezeichnet, deren innere Struktur mit den Grundsätzen des religiösen Liberalismus wenig zu tun hat. Er bedeutet für ihn sogar eine Gefahr, indem er die ewige Bewegung zu einer Tagesfrage stempelt und überdies so manchen, der politisch liberal und religiös indifferent ist, dazu verleitet, sich auch religiös liberal zu nennen! Und diese Unklarheit schadet nicht nur dem liberalen Gedanken, sondern auch die konkrete Partei wird von Gegnern mit Elementen belastet, die nur auf Grund einer Begriffsverwechslung zu ihr gekommen sind.

Liberalismus in dem bisher berührten Sinne hat nun nichts spezifisch Jüdisches. In jeder Religion ist ein ständiges Wirken einer solchen Unterströmung verständlich und erforderlich. Im Judentum freilich ergeben sich aus dem Charakter der Religion besondere Hemmungen, die sich der Entwicklung entgegenstemmen. Aus der natürlichen Reaktion haben sich dann jederzeit Bewegungen erhoben, die den Fortschritt begünstigten. Freilich sind sie gescheitert und auf Abwege geraten, da sie den Fehler im System nicht klar erkannten und meist gegen Einrichtungen und Gedanken kämpften, die gar nicht bekämpfenswert waren. Erst der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der auf wissenschaftlicher Erforschung der jüdischen Religion und Geschichte fußte, vermochte einen geraden Weg zu gehen, der dem Wesen des Judentums entsprach.

Die jüdische Religion ist durch zwei Lehren von grundlegender Bedeutung charakterisiert. Sie hat zunächst Offenbarungscharakter, dann aber ist sie Gesetzesreligion! Beide Tatsachen sind unbestreitbar, mag auch heute das an modernen Aufklärungsideen geschulte Denken vieler die Offenbarung möglichst zu umgehen trachten, und mag daneben die Orientierung an den Begriffen des mächtigen, beherrschenden Christentums eine Gesetzesreligion so manchem als minderwertig erscheinen lassen. Wer aber den Maßstab für den Wert unserer Glaubenssätze nur aus der jüdischen Religion, und nicht aus wissenschaftlichen und christlichen Anschauungen nimmt, wird zugeben, daß ein historisches Judentum ohne diese beiden Grundsätze nicht vorstellbar ist.

Die Entwicklung der religiösen Gedanken und Gebräuche war durch diesen Charakter der Religion in eine eigentümliche Bahn gewiesen. An sich bedingte die Offenbarung und die Annahme der Göttlichkeit des Gesetzes den Ausschluß jeder Entwicklung. Sie war aber einmal da, ob man wollte oder nicht, und pochte immer heftiger an die Pforte. Teils lag ihr der natürliche religiöse Aufstieg zugrunde, der selbstverständlich in veränderten Lehrsätzen und Zeremonien zum Ausdruck kommen mußte, teils konnte man sich dem Einfluß der Umgebung nicht entziehen. Dann wieder brachte die Geschichte Umwälzungen, die auf die Religion wirkten, das Staatsgesetz zwang zu Änderungen, und — eine dem Judentum besonders eigentümliche Erscheinung — die Gelehrsamkeit schuf aus sich neue Gedanken und Formen. Da nun das Judentum als Gesetzesreligion alles Fühlen und Sollen in die Gestalt des juristischen Satzes kleidete, war es selbstverständlich, daß auch die Entwicklung diesen Weg wählen mußte. Typisch ist darum für jüdische Denkweise die Form der Interpretation, die durch Ausdeutung des alten Gesetzes für die neuen Gedanken Raum schafft, die Neues in das Bestehende hineinliest, die dem doppelten Zwecke genügt und einerseits die Vollkommenheit des göttlichen Grundgesetzes, der Thora, die alles enthält und in der nichts veralten kann, unangetastet läßt, andererseits aber den neuen Stoff, das Produkt der Entwicklung, als gleichberechtigt im Gesetze unterbringt. Es gibt zu diesem Zwecke ein ganzes System von Ausdeutungsregeln, und an sich sind sie eine notwendige Einrichtung, wenn Offenbarungscharakter und Entwicklung nebeneinander bestehen müssen.

So klar nun und anscheinend zweckmäßig dieser Ausgleich ist, zugeschnitten ist er nur auf ein Judentum, in welchem eine autoritative Behörde vorhanden ist, die ein durch Ausdeutung gewonnenes — also sekundäres — Gesetz auch wieder abschaffen kann, sobald die weitere Entwicklung es überflüssig macht. Wenn diese Obrigkeit fehlte — und das war seit dem Eingehen des Synhedrions der Fall —, ergaben sich zwei bedeutende Gefahren. Auf der einen Seite sammelte sich, da nichts mehr abgeschafft werden konnte, eine unendliche Menge von Gesetzen an, die sich oft auf längst von der Entwicklung überwundene Verhältnisse bezogen und deren Sinn man mit Mühe erschließen mußte, falls man nicht gar gezwungen war, für sie eine besondere neue Bedeutung auszutüfteln. Dann aber begann unter dem Einfluß der im Judentum so ausgeprägten Gelehrsamkeit eine Eigenentwicklung der formalistischen Ausdeutungskunst einzusetzen. Ursprünglich nur dazu bestimmt, um die Tatsachen des fortgeschrittenen Lebens mit den Lehren der geoffenbarten Religion in Einklang zu bringen, wurde sie Selbstzweck. Ohne Zusammenhang mit der Wirklichkeit wurde vermittels der Ausdeutungsregeln in der Studierstube fortentwickelt, Fälle wurden konstruiert, die sich in Wahrheit niemals ereignen konnten, und jene Tüfteleien, die man mit etwas Spott als „talmudisch“ bezeichnet, beanspruchten einen großen Teil der geistigen Arbeit.

Und bei diesem weltfremden Studieren begann eine Nebenerscheinung des göttlichen Charakters der Lehre ungünstig zu wirken.

In einem göttlichen Gesetze von „wichtig“ und „weniger wichtig“ zu sprechen, ist unmöglich. Solange der Zusammenhang mit der Welt bestand und solange Wichtigkeit und Unwichtigkeit durch den Maßstab der Lebenserfordernisse sich fast von selber ergab, lag hierin nichts Schädliches. In dem Augenblicke aber, da die religiöse Entwicklung in die Studierstube verlegt wurde, da das Interpretationssystem fast mechanisch arbeitete und Gesetze über Gesetze schuf, die weder einem Bedürfnis entsprachen, noch auch praktisch anwendbar waren, verschwand jeder Unterschied, und das geringste Speiseverbot konnte dem erhabensten Sittengesetze gleichgestellt werden.

Und so kommt jene Richtung heraus, die man „orthodox“ nennt. (Auch dieses Wort ist dem Sprachschatz der christlichen Welt entlehnt und der Grundbedeutung nach absolut nicht passend.) Nicht das Gesetzlichkeitsprinzip des Judentums trägt daran die Schuld, wie man oft irrend meint. Dieser Grundsatz ist im Gegenteil das Organ, das eine gesunde Entwicklung auf dem Boden göttlicher, vollkommener und darum unveränderlicher Offenbarung gewährleistet. Die Orthodoxie setzt ein mit dem Formalismus, der die gesetzliche Entwicklung aus einem fügsamen Instrumente, das sich den Forderungen des Lebens getreulich anpaßt, in einen beherrschenden Diktator verwandelt. In dem Augenblicke, da der Formalismus, der nur ein Prinzip und eine Methode ist, zu einer Sache, zum Selbstzweck wird, entfernt sich die Entwicklung vom gesunden Boden der Wirklichkeit. Sie wird lebensfremd, und die Grundlage der Orthodoxie ist geschaffen!

Dazu kommt aber, um das Gebäude zu vollenden, noch ein anderes. Der Unterschied von „wichtig“ und „minder wichtig“ besteht nicht mehr, jedes einmal geschaffene Gesetz wurzelt in der Ewigkeit göttlicher Offenbarung und trägt dann selber diesen Charakter in sich. Darum kann es nicht mehr abgeschafft werden. Gewiß ist das Leben stärker als alle Theorie, aber in den Gesetzesbüchern häuft sich die Menge des Materials, die eifrige Gelehrsamkeit immer wieder der Menge der Gläubigen zur Befolgung anempfiehlt. Es entsteht ein Unterschied zwischen dem „guten“ Juden, der alle Vorschriften zu halten sich bemüht, und dem minder guten, der dies nicht tut, es oft nicht tun kann, weil ihm einfach die erforderliche Gelehrsamkeit fehlt. So kommt der Satz heraus, daß ein Unwissender nicht fromm sein könne, eine logische Folge orthodoxer Forderungen.

Der besondere Inhalt des jüdischen Liberalismus besteht darin, daß er eine Reaktion auf überhandnehmenden Formalismus ist! Man wird erkannt haben, daß er nur die Aufgabe haben kann, das Weltfremde einer Gesetzesmacherei, die seiner Anschauung nach um des Gesetzes und nicht um des Lebens willen arbeitet, zu bekämpfen! Keineswegs darf er aber die Grundprinzipien der Religion antasten. Weder darf die Gegenbewegung die Göttlichkeit des Gesetzes angreifen, noch darf der Charakter als Gesetzesreligion verändert werden. Nur der natürliche Zustand muß hergestellt werden, und die Entwicklung ist von ihren Auswüchsen zu befreien. Der eigentliche Liberalismus wendet sich dagegen, Dinge gewissenhaft dem Wortlaute nach zu erfüllen, die längst dem Sinne nach eine Bedeutung nicht mehr haben. Typische

Beispiele gibt es in Fülle. Wenn vor dem Pesachfeste der Mehlhändler sein Lager für eine Kleinigkeit „verkauft“, um es nachher zurückzukaufen, so handelt er „orthodox“. Er erfüllt ein Gesetz dem Buchstaben nach; der Liberalismus aber glaubt und weiß, daß er gleichzeitig den Geist des Gesetzes verletzt. Und ein solches Beispiel zeigt die Aufgabe des Liberalismus. Er soll das Gesetz an sich nicht antasten, wohl aber es vor weltfremder Beharrlichkeit bewahren. So glaubt der Liberalismus, daß er auch die Göttlichkeit des Gesetzes — die er im Geiste und nicht in Buchstaben erblickt — am besten schützt.

Nun ist es das Schicksal einer jeden Gegenbewegung, daß sie im Überschwange der Gefühle über das Ziel hinausschießt, und je stärker der Feind ist, gegen den sie sich wendet, je weiter er sich von der gesunden Grundlage entfernt, desto mehr schlägt auch sie in dieselbe Kerbe. So ist es denn gekommen, daß es in der Geschichte der jüdischen Religion zwar stets einen wirksamen liberalen *Geist* gab, nie aber bis auf das 19. Jahrhundert eine konkrete liberale Bewegung, die diesen Namen verdient hätte. Die Gegenwirkung nämlich beschränkte sich nicht immer auf die Bekämpfung des Formalismus, sie wandte sich nicht gegen das Anhäufen von Gesetzen, die durch reine vom Boden der Wirklichkeit gelöste Theorie in der Studierstube ausgesonnen waren, sondern sie wandte sich meist gegen das Gesetzlichkeitsprinzip selber, und da dieses ein integrierender Bestandteil des Judentums ist, den man nicht auflösen konnte, ohne das Judentum tötlich zu treffen, haben diese gegenreaktionären Bewegungen teils keinen Erfolg gehabt, teils sind sie in Unfruchtbarkeit erstarrt, teils auch sind sie überhaupt außerhalb der jüdisch-religiösen Sphäre gelandet.

Wenn man den Begriff der jüdischen Orthodoxie wissenschaftlich zergliedert, so stellt sich das anscheinend paradoxe Ergebnis heraus, daß sie im Grunde nur die ohne Zusammenhang mit dem Leben konsequent durchgeführte *Idee der Entwicklung* ist in Verbindung mit dem Glauben, daß der Wortlaut der offenbarten Lehre und die aus ihr abgeleiteten Gesetze göttlichen, unabänderlichen Charakter tragen. Erst in der gegenwärtigen Epoche des Liberalismus ist die Ursache der Orthodoxie, gegen die man kämpfte, klar erkannt worden. Es ist daher notwendig, einen Blick auf die Versuche zu werfen, die darauf ausgingen, den orthodoxen Geist als schädlich zu bannen.

Der große alte Streit zwischen *Pharisäern* und *Sadduzäern* kann gewiß als die erste Bewegung des liberalen Gedankens angesehen werden. Die Pharisäer waren die Liberalen; waren sie doch die Vertreter der mündlichen Lehre, die den Verhältnissen des Lebens Rechnung trug. Orthodox — freilich sei es unter Vorbehalt gesagt — waren die Sadduzäer, die aus überstarker Betonung der Göttlichkeit der Thora jede Entwicklung ablehnten und mit Gewalt das jüdische Leben einer Zeit, die den Juden in einen großen und reichen Kulturzusammenhang gestellt hatte, in den engen Rahmen des Daseins eines schlichten Nomadenvolkes zwängen wollten. Pharisaismus und Sadduzaismus sind gewiß nicht voneinander vollständig abhängig, und keineswegs ist der erste eine Reaktionserscheinung gegen die überstrengen Forderungen des letzteren. Die Pharisäer haben aber — und das ist ihr weltgeschichtliches Verdienst

— der Verbindung der Gesetzesreligion mit der Entwicklung die Wege gewiesen. Von Starrheit war noch wenig zu spüren. Damals stand die pharisäische Lehre noch durchaus auf dem Boden der Wirklichkeit, und sie besaß den beweglichen Geist der liberalen Anpassungsfähigkeit. Die orthodoxen Sadduzäer sind indes keineswegs die Vorläufer der späteren orthodoxen Bestrebungen. Diese bauen sich, wie bereits angeführt worden ist, durchaus auf dem Boden der durch die pharisäischen Gedanken geschaffenen Welt auf, deren Tendenzen sie durch Überspannung ins Gegenteil verkehren.

Bald aber sollte sich der liberale Charakter des Pharisiasmus ändern! Schon in den letzten Jahrzehnten des jüdischen Reiches setzte jenes Übermaß der Fortentwicklung ein, die Selbstzweck wird und dem Leben fernsteht. Der Talmud, der als fertiges Werk erst späteren Jahrhunderten angehört, wirkt bereits als Begriff und Methode. Er will das Leben nach seinen Theorien zwingen, und das Leben wehrt sich dagegen. So ergeben sich mit Naturnotwendigkeit große Reaktionen, deren erste das Christentum gewesen ist.

Nicht des Judenchristentums Geschichte gehört in diesen Zusammenhang, ist es doch eine Bewegung, deren soziale Ursachen klar zutage liegen. Der Gegensatz zwischen dem historischen Jesus und den Pharisäern ist eben kein religiöser, sondern ein sozialer. Erst das paulinische Christentum bringt das religiöse Moment. Der Antinomismus wendet sich bewußt gegen die talmudische Gesetzlichkeit und ist eine gewaltige Reaktion gegen die Erstarrung. Freilich hat Paulus ihren Fehler nicht erkannt. Er wendet sich gegen das Gesetz an sich, als Prinzip und als konkrete Erscheinung, und da ein Judentum ohne Gesetz unmöglich war, hatte der Sturz dieses Eckpfeilers zur Folge, daß die christliche Bewegung außerhalb des Judentums landete. Denn als Ersatz für den verschmähten Grundsatz mußte sie einen anderen suchen, und die Gottheit Christi, in der sie ihn fand, stand im krassesten Gegensatz zur Lehre von dem einen Gotte.

Auch die Bewegung, die unter dem Namen Karaismus seit der Mitte des 8. Jahrhunderts eine zeitlich und lokal begrenzte Rolle gespielt hat, beginnt als Ausfluß liberalen Geistes. Sie stellt einen klaren Protest dar gegen das Überwuchern der talmudischen Gesetzlichkeit, des „Rabbinismus". Auch sie erkennt aber des Übels Kern keineswegs. Sie erblickt den Fehler darin, daß man über die Forderungen der Bibel hinausgegangen ist und stützt sich darum äußerlich auf die Sadduzäer. Hofften die Karäer so, der übertriebenen talmudischen Entwicklung mit einem Schlage den Garaus zu machen, wenn sie die Bibel für das einzige maßgebende Gesetzbuch der Juden erklärten, so vergaßen sie doch, daß dem Fortschritt nun einmal irgendwie Rechnung getragen werden muß, und das Paradoxe tritt ein, daß sie in starrem Festhalten an ihrer biblischen Position aus Liberalismus orthodox werden. Daß die Karäer nicht wie die Christen aus dem Judentum verschwanden, liegt daran, daß sie den stärksten Teil des Gesetzlichkeitsprinzips, die Göttlichkeit der Thora, bewußt festhielten.

Die Religionsphilosophie des Mittelalters fällt gewiß aus dem Rahmen heraus, da sie sich keineswegs gegen das Übermaß des

Gesetzes wendet. Als freiheitliche Bewegung will aber auch sie insofern gewertet sein, als sie gleichfalls das Entwicklungsprinzip betont, freilich dort, wo es tatsächlich unangebracht war. Abhängig von der wandelbaren Philosophie der Zeit suchte sie nämlich die Glaubenslehre so zu interpretieren, daß sie mit der herrschenden Moderichtung im Denken — meist dem durch das arabische Mittel hindurchgegangenen Aristotelismus — übereinstimmte. In der Methode folgt sie dem talmudischen Vorbilde, indem auch sie die modernen Gedanken durch Interpretation in den alten Stoff hineinliest.

Die wesentlichen Äußerungen des liberalen Geistes, die — im Gegensatze zu den bisher besprochenen — auch im Judentum von heute noch eine gewichtige Rolle spielen, sind die beiden mystischen Bewegungen, die ältere Kabbala und der moderne Chassidismus. So verschieden sie an sich sein mögen, in einem stimmen sie überein, daß sie Reaktionen gegen talmudischen Formalismus sind und beide in gleicher Weise den Kernpunkt verkennen. Sie suchen den Fehler in der Nüchternheit, die ein ausgebildetes Gesetzlichkeitsprinzip nun einmal um sich her verbreitet, und dem Rationalismus, der das Denken unter seinem Einfluß beherrscht. Der Chassidismus insbesondere beklagt auch die Freudlosigkeit der talmudischen Welt. Um sie zu bekämpfen, wenden sie sich an den mystischen Trieb im Menschen, streben nach Verinnerlichung und ersetzen — wenigstens theoretisch — die Erfüllung des Gesetzes durch unbedingte Hingebung an Gott. Weil aber die Mystik die Ursache des unerfreulichen Formalismus nicht erkannt hat, ist ihr kaum ein anderes Schicksal beschieden als das anderer früherer Reaktionen. Fremde Einflüsse sind durch sie ins Judentum hineingezogen worden, der Pantheismus beherrscht das System, christlicher Einfluß ist im Sohar, der „Bibel der Kabbala“, ebenso unverkennbar wie im Mittlersystem der „Zaddikim“ des Chassidismus. Was heute noch vorhanden ist, hat den schöpferischen Schwung verloren und ist erstarrt, ein tragisches Geschick für eine Bewegung, die an sich aus liberalem Geiste geboren worden ist.

Die moderne liberale Bewegung hat noch einen Vorläufer in der Mendelssohnschen Epoche gehabt. Mendelssohn selber freilich bedeutet für die religiöse Entwicklung wenig. Sein oft angefochtener Satz, daß das Judentum „geoffenbarte Gesetzgebung“ sei, trifft zwar die beiden Grundprinzipien mit großer Schärfe, seine persönliche Stellung ist aber weniger für die religiöse, als für die kulturelle Seite des Judentums von Bedeutung gewesen. Höchstens kann ein mittelbarer Einfluß in Frage kommen. Denn wenn Mendelssohn in sich den Menschen deutscher Kultur mit dem traditionell denkenden und handelnden Juden vereinigen, wenn er an der Schwelle des von anderen Kultureinflüssen erfüllten Gotteshauses sein deutsches Kulturbewußtsein zurücklassen konnte, um es bei der Rückkehr sofort wiederzufinden, so war seinen Freunden und Nachfolgern eine solche Synthese nicht möglich. Sie vertreten aber keine liberale Bewegung im historischen Sinne, denn sie wenden sich wohl auch gegen den Formalismus, mehr aber gegen den fremdartigen undeutschen Geist, von dem Gottesdienst und religiöses Leben beherrscht sind. Ihr Auskunftsmittel war eine

möglichst enge Anpassung an das Ideal der Umgebung, und das Ergebnis war ein jüdisch frisierter Protestantismus, der auf die jüdischen Massen nicht wirken konnte, weil er die Göttlichkeit der Offenbarung ebenso leugnete wie das Gesetz. Diese schwächliche Bewegung war bald dem Untergange geweiht, und ihre letzten Ausläufer sind die wenigen Reformgemeinden, die in Wahrheit nicht leben und nicht sterben können.

Das 19. Jahrhundert ist das Zeitalter der jüdischen Wissenschaft, und das erwachende Verständnis für geschichtliche Zusammenhänge schuf dem liberalen Geiste eine ganz neue Bahn. In klarer Erkenntnis der jüdischen Lehre und ihres Wandels durch viele Jahrhunderte schufen Männer der Wissenschaft, unter denen Abraham Geiger an erster Stelle steht, den neuen Liberalismus, dem damit die Gewähr gegeben war, daß er in jüdischem Geiste wurzelte. Hervorgerufen von der immer stärker werdenden Orthodoxie, besonders von ihrer westdeutschen Spielart, war dem Liberalismus eine hohe Aufgabe zugefallen. Da die Orthodoxie die natürliche Entwicklung ausschloß, die gebieterisch ihr Recht verlangte, und da sie so nur Besitztum einer sehr kleinen Schar werden konnte, gab es für die meisten Juden nur eine Wahl: Entweder unterwarf man sich oder man ging seine eigenen Wege, dem Judentum damit den Rücken kehrend. Ersteres war aber für Durchschnittsmenschen, zu denen die Religion am eindringlichsten sprechen sollte, zu schwer. Wie viele deutsche Juden besonders in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch diese Entscheidung verloren gegangen sind, ist allgemein bekannt. Je mehr die Orthodoxie sich für die Interessen des von ihr vertretenen Judentums einsetzte, um so mehr mußte der Liberalismus für die große Judenheit wirken, um ihr jüdische Religion und sie dem Judentum zu erhalten. Diese Aufgabe glaubt er erfüllt zu haben. Unparteiische Geschichtsschreibung wird einmal anerkennen, daß der moderne Liberalismus besonders in Deutschland und Amerika Hunderttausende von Juden ihrer Religion erhalten hat.

Der moderne Liberalismus hat es wohl zur Formulierung eines Programmes gebracht, als dessen Entwurf die im Jahre 1912 geschaffenen „Richtlinien" anzusehen sind. Seine Grundsätze dagegen können nur aus den Schriften liberaler Theoretiker zusammengestellt werden. Es herrscht gewiß in liberalen Kreisen noch nicht völlige Übereinstimmung über alle Punkte, die leitenden Ideen aber eines fruchtbaren Liberalismus lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Göttlichkeit der Offenbarung. Die Thora ist Gottes Offenbarung ihrem Geiste, ihren Glaubensforderungen, ihren sittlichen Vorschriften, ihrer Lebensauffassung und Weltanschauung nach. Ihre Form ist Menschenwerk, aus dem Bedürfnis einer vergangenen Zeit geschaffen, von den menschlichen irrenden Ansichten der Zeit erfüllt und darum ohne Anspruch auf Göttlichkeit und Ewigkeit. Der Glaube, daß Form und Buchstabe der Thora göttlich seien, widerspricht der Auffassung von der Erhabenheit Gottes.

2. Gesetzesreligion. Dem Judentum ist für seine Vorschriften

die Form des Gesetzes eigentümlich und notwendig. Der religiöse Jude wird dem Sinne und den Forderungen der Religion durch Befolgung der von ihr vorgeschriebenen Gesetze gerecht. Die Art der Gesetze wird durch die historische Kontinuität bestimmt. Als Ausdruck für einen Gedanken und eine Lehre kommt die von der Tradition gewählte Form in Betracht, die natürlich heute, ebenso wie es früher geschah, dem Zeitempfinden anzupassen ist. Die Zahl der Gesetze muß mit dem Bedürfnis im Einklang stehen. Keine Vorschrift, die ihre Bedeutung verloren hat, darf nur darum bestehen bleiben, weil sie vorhanden ist, und keine darf dem Wortlaute nach erfüllt werden, während ihr Sinn durch Umgehungen und Interpretationen vernachlässigt oder außer Kraft gesetzt wird. Den Maßstab für den Wert des Gesetzlichkeitsprinzips nimmt das Judentum nur aus sich selbst und hält es demgemäß für absolut wertvoll und notwendig. Die geringschätzige Bewertung dieses Grundsatzes durch das antinomistische Christentum ist für das jüdische Urteil gleichgültig.

3. Entwicklung. Das Judentum ist ein lebendiger Organismus, der sich fortentwickelt. Diesem natürlichen Fortschritte gegenüber darf kein künstliches Hindernis aufgerichtet werden, sondern ihm ist stets freier Lauf zu gewähren. Andererseits ist er auch nicht aus Gründen zu begünstigen, die nicht inneren Interessen des Judentums entstammen. Die Notwendigkeit der Entwicklung darf sich nur aus den jüdischen Bedürfnissen ergeben, wobei freilich beachtet werden muß, daß diese mit Anschauungen der Umgebung oft übereinstimmen werden. Was für die Beschleunigung der Entwicklung gilt, trifft auch für die Hemmung zu. Beide sind für das Judentum an sich gefährlich, besonders aber dann, wenn die Rücksicht auf das Urteil der Welt und auf das Verhältnis zu ihr sie diktieren.

Die praktischen Forderungen des auf dieser Grundlage aufgestellten Programms ergeben sich von selbst. Im Gottesdienste betonen sie den jüdischen Charakter, wie er im Aufbau und in der Gebetssprache zum Ausdruck kommt, verwerfen dagegen jedes starre Festhalten an Gebeten und Einrichtungen — hier kommen die Erwähnungen der für ewig abgeschafften Opfer zuerst in Betracht —, die jeden Sinn verloren haben. Hebung des Gottesdienstes und seiner Stimmung durch Kürzung und Geschlossenheit, durch Gesang und Orgelspiel wird erstrebt, weil die Interessen des Judentums es verlangen. Im Hause wird vornehmlich die Feier der Feste und die Ausübung der nach den obigen Grundsätzen modifizierten Gebräuche verlangt. Der Unterricht soll nicht nur Kenntnis des Seienden, sondern auch Aufklärung über das Werden der jüdischen Religion vermitteln, und neben der Stärkung des gläubigen Gemüts soll wissenschaftliche Erkenntnis vom Wesen des Judentums und seiner Zukunftsbedeutung den Halt für das Leben und opferfreudigen Sinn verleihen. Durchdrungen von dem Rechte, auch über den Kreis des Traditionellen hinaus dort Neues schaffen zu dürfen, wo die Interessen des Judentums es erheischen, drängt der Liberalismus auf stärkere Heranziehung der Frau, auf Fortbildung der aus der Schule entlassenen Jugend und auf Förderung der modernen jüdischen Wissenschaft. Einzelheiten des Programms, das hier nicht genauer erörtert

und gewertet werden kann, mögen in den „Richtlinien"*) nachgelesen werden.

Kurz sei noch des Liberalismus Stellung zur wichtigsten politischen Erscheinung unserer Tage, zum Nationaljudentum berührt. Soweit der Nationalismus praktische, politische Ziele verfolgt, soweit er den Primat der Religion anerkennt und sich ihr unterordnet, fällt jeder Grund zu einer Auseinandersetzung fort. Sobald aber der nationaljüdische Gedanke mit dem Ausspruch auftritt, Judentum zu sein, sobald er die oberste und erste Bindung der Judenheit zu sein vorgibt, zu dem das Religiöse als wichtiges, aber immerhin untergeordnetes Moment hinzukommen könne, lehnt ihn der Liberalismus entschieden ab.

Der Liberalismus steht fest auf der Grundlage, daß das Judentum in erster Reihe Religion war, ist und sein muß! Wenn er auch die Verknüpfung der Judenheit durch Abstammung und Geschichte keineswegs verkennt, hört seiner Meinung nach ein Judentum ohne Religion auf Judentum zu sein! Insbesondere kommen für sein Verhältnis zum Nationaljudentum gewisse Dogmen in Betracht, in denen er die Eckpfeiler religiösen Denkens und Lebens erblickt: Der Glaube an den Weltengott, die Allgemeinverbindlichkeit der Ethik, der Universalismus, der Optimismus, die Hoffnung auf die messianische Zeit, in der es statt der vielen feindlichen Nationen nur die eine Menschheit gibt. Diese Dogmen hält der Liberalismus für gefährdet, wenn die Religion nicht mehr Kriterium des Judeseins ist, wenn an Stelle der Weltreligion ein kleiner palästinensischer Volksstamm gesetzt wird, wenn bereits in der Diaspora die praktische Möglichkeit von atheistischen „Juden" vorhanden ist und andersreligiöse „Juden" in der Konstruktion denkbar sind. Diesen besonderen liberalen schließen sich noch allgemeine religiöse Gründe an, die hier im Zusammenhange nicht zu erörtern sind. Jedenfalls ist aber der Gegensatz zwischen Liberalismus und Nationaljudentum kein politischer, sondern er ist sachlich und innerlich tiefgehend.

Die Einheit aller religiösen Richtungen des Judentums wird vom Liberalismus stark betont. Nie hat er darum den Kampf gegen andere Richtungen betrieben, und nur wenn er angegriffen wurde, — wie es im Richtlinienstreit der Fall war —, hat er sich zur Wehr gesetzt. Der Liberalismus will sich weder in orthodoxen noch in konservativen Kreisen ausdehnen, sondern er sucht sein Hauptarbeitsfeld in der großen Masse der Gleichgültigen, die nur nach seinen Prinzipien dem Judentum wiedergewonnen werden können.

Vor dem Kriege hat der Liberalismus sich neu organisiert und in eifriger Propaganda war Vortreffliches geleistet worden. Der Krieg, der naturgemäß den Sinn vom rein Religiösen ablenkte und das Interesse an politischen Fragen ins Ungemessene steigerte, bedeutete eine Unterbrechung der Arbeit und vielleicht die Vernichtung mancher aus-

*) Richtlinien zu einem Programm für das Liberale Judentum nebst Referaten und Aussprachen. Berlin 1912. Zu beziehen vom Bureau der Vereinigung für das Liberale Judentum, Berlin W 8, Mauerstr. 22, zum Preise von 0,50 M. Siehe auch Literaturverzeichnis.

gestreuten Saat. Eine neue Zeit des hoffentlich dauernden Friedens wird wieder den Boden bereiten, auf dem er bauen kann. Und wer nicht mit den Scheuklappen der Partei ins Leben blickt, sondern auf hoher Warte stehend die religiöse Erneuerung des Judentums ersehnt, wird sich — welcher religiösen Richtung er auch angehören möge — über jeden Fortschritt des Liberalismus freuen, wird jeden Fußbreit Landes, den er dem Indifferentismus abringt, als Gewinn betrachten. Er wurzelt im jüdischen Geiste, und darum ist jeder Erfolg des Liberalismus auch ein Gewinn für das Judentum.

Der jüdische Liberalismus in Deutschland ist gegenwärtig in der „Vereinigung für das Liberale Judentum" organisiert, die im Mai 1908 gegründet wurde und gegenwärtig 47 Ortsgruppen mit etwa 8000 Mitgliedern umfaßt. Organ der Vereinigung ist die Monatsschrift „Liberales Judentum", die unter der Leitung von Rabbiner Dr. Seligmann monatlich in Frankfurt erscheint. Erst kurze Zeit besteht eine „Arbeitsgemeinschaft der jüdisch-liberalen Jugendvereine", zu der bisher 7 Vereine zusammengetreten sind. Die liberale Jugendbewegung ist erst während des Krieges in Angriff genommen worden.

Zionismus.

Von Dr. Fritz Löwenstein, Berlin.

„Die Juden sind ein Volk."

Mit dieser Erkenntnis beginnt der Zionismus seinen Weg. Unbeschadet der Tatsache, daß die Juden in allen Ländern leben, daß sie Sprache, Kultur und Gebräuche der Umwelt teilweise angenommen haben, daß sie das eigene Territorium verloren haben, bilden sie eine nationale Einheit. Mögen die Definitionen von Juristen, Nationalökonomen und Soziologen über den Volksbegriff lauten, wie sie wollen, nicht davon kann es abhängig gemacht werden, welches der Charakter der jüdischen Gesamtheit ist. Versucht man aber mit den Waffen der Wissenschaft den Volksbegriff zu erfassen, so wird man finden, daß schließlich alle Definitionen etwa im folgenden übereinstimmen: Alle Kriterien, Land, Sprache, Kultur, Territorium treffen freilich auf die meisten Völker zu, aber sind nicht ausschlaggebend. Wir finden Völker, denen das eine oder andere fehlt und denen doch niemand den Charakter einer nationalen Gemeinschaft abspricht. Erforderlich ist: Bewußtsein an gemeinsame Vergangenheit und die Hoffnung auf gemeinsame Zukunft, getragen von dem Gefühl und dem Willen, ein Volk zu bilden. Wo aber finden wir unter den lebenden Völkern ein Volk, dem seine Vergangenheit so lebendig geblieben ist wie dem jüdischen? Feiern wir nicht noch heute die Geburtsstunde unseres nationalen Daseins, den Auszug aus Ägypten, und ist die lebendige Liebe zur hebräischen Sprache und zum Lande der Väter im Laufe der

Jahrhunderte etwa erloschen? Was aber hat uns aufrecht erhalten, wenn nicht die Hoffnung auf die gemeinsame Zukunft, die verheißene Rückkehr nach Palästina? Unzweifelhaft ist auch, daß die übergroße Mehrzahl des jüdischen 14 Millionen-Volkes sich als Glieder dieses Volkes fühlen. Daran kann es nichts ändern, daß einzelne Juden die Existenz dieses Volkes leugnen.

Ohne von Definitionen abhängig zu sein, vermag also der jüdische Volksbegriff auch dem kritischen Auge der Wissenschaft sehr wohl stand zu halten. Andererseits hat der Zionismus niemals übersehen, daß wir ein Volk eigener Art sind, und daß es vielleicht keinen Ausdruck gibt, der dem Wesen unserer Eigenart völlig entspricht. Wir sind ein Volk, aber wir sehen das Ziel unserer Existenz nicht im Kampf um äußere Macht, nicht im Streben nach Expansion, nicht in der Führung eigener großer Politik, sondern wir waren ein Volk des Geistes, dessen Schöpfungen die Jahrtausende überdauert haben und dessen in der Bibel aufgestelltes Bild eines Lebens in sozialer Gerechtigkeit noch heute nach Jahrtausenden ein unerreichbares Ideal für andere Völker geblieben ist. Diese Tatsache, daß unsere Bedeutung in der Fähigkeit zur geistigen Produktion liegt, darf bei der Feststellung der heutigen Lage unserer Gemeinschaft nicht übersehen werden. Am Anfang jeder Erkenntnis der Judenfrage aber steht der Satz, daß wir ein Volk sind und geblieben sind, daß wir in der Umwelt nicht aufgegangen sind und es jedenfalls für voraussehbare Zeit auch nicht tun werden.

Ein Blick auf die Lage dieses jüdischen Volkes zeigt uns ein einzigartiges Bild. Wohl leben auch andere Völker nicht in ihrem eigenen Lande konzentriert. Aber alle anderen Völker besitzen ein Territorium, wo sie eine Mehrheit sind, wo sie, den in ihnen selbst liegenden Gesetzen der Entwicklung treu, ihr eigenes Leben leben dürfen, an der Erfüllung der ihnen gestellten Aufgabe arbeiten dürfen. Das jüdische Volk dagegen ist das Minderheitsvolk kat' exochen. Ob die Juden, wie in manchen Gegenden Polens oder Litauens, 15 % der Bevölkerung ausmachen, ob sie, wie in Deutschland, kaum 1 % betragen, oder ob ihre Zahl, wie in Italien, kaum nennenswert ist, überall sind sie in der Lage einer Minderheit mit allen Folgen dieser Situation. Abhängig zu sein, das ist das schreckliche Schicksal jeder Minderheit. Ob die Juden eines bestimmten Landes akademische Berufe ergreifen oder nicht, ob ihre Söhne Schulen besuchen können, wie ihre wirtschaftliche Struktur sein wird, all das bestimmen nicht sie selbst, sondern bestimmt ihre Umwelt. Ob man den Juden durch Pogrome verfolgt, durch Boykotts wirtschaftlich vernichtet, durch raffinierte Verwaltungsmaßnahmen schikaniert, oder ob man ihn gleichstellt und ihn schutzlos dem überlegenen Einfluß des Mehrheitsvolkes aussetzt, das Ergebnis ist im Prinzip dasselbe. Der Jude kann nicht seiner eigenen Entwicklung leben, sondern diese wird von der Umwelt bestimmt. Zwischen Judentum und anderen menschheitlichen Gruppen besteht kein Verhältnis der Gleichheit. Eine Menschengruppe, die nicht von Natur gleichberechtigt ist, sondern erst durch gesetzliche Maßnahmen emanzipiert, gleichgestellt werden muß, wird nie voll geachtet werden.

Die Juden als eine Minderheitsnation sind außerstande, ihrer

eigenen Entwicklung zu leben. Sie sind wirtschaftlich gezwungen, nicht diejenigen Berufe zu ergreifen, zu denen sie Lust verspüren, sondern diejenigen, zu denen ihnen die wirtschaftliche Struktur des Mehrheitsvolkes Raum bietet. Das führt zu einer Struktur der Berufsschichtung, die ebenso eigenartig ist, wie die ganze Lage unserer Gemeinschaft. Die Juden sind in Osteuropa Handwerker und kleine Händler, in Westeuropa Kaufleute und Angehörige der freien Berufe. Es fehlt dem jüdischen Volk fast völlig der fest auf der Scholle wurzelnde Bauer, aber auch der Industriearbeiter, der Beamte sind unnatürlich schwach vertreten. Auffallend ist auch, daß die Juden viel weniger Industrielle als Kaufleute sind. Wir finden also eine vollkommene Entfernung von der Produktion (Landwirtschaft, Industrie) und eine Hypertrophie an Vermittlern, Maklern. Die Ursachen für diese Erscheinung liegen unzweifelhaft nicht in den Anlagen des Juden. Das alte jüdische Reich war ein ausgesprochener Ackerbaustaat. Sie liegen vielmehr in dem Charakter als Minderheitsvolk. Die Juden füllten die Lücken aus, die im Wirtschaftsorganismus der Mehrheitsvölker waren und fanden so ihre Existenz. Wenn das Mehrheitsvolk des Juden nicht mehr bedurfte, zog er weiter, in Länder, wo sich ihm noch Existenzmöglichkeiten boten. Diesen Prozeß der Verdrängung können wir jetzt in Polen beobachten, wo das herrschende Volk eine nationale Industrie und einen nationalen Handel zu schaffen sucht, um die Juden aus diesen Berufen zu verdrängen.

Sind wir so wirtschaftlich ein Volk von Vermittlern und Händlern, das den schöpferischen Berufen entfremdet ist, so gilt dies in erhöhtem Maße auch von unserem geistigen Leben. Das jüdische Volk hat der Menschheit unendliche Werte gegeben. Seine Sittlichkeit, seine soziale Gesetzgebung, seine Literatur sind zu unverlierbaren Gütern der menschlichen Kultur geworden. Die Juden in der Diaspora aber haben die Fähigkeit zur schöpferischen Tätigkeit eingebüßt. Die großen Geister, die das Judentum der Diaspora hervorgebracht hat, waren ihrem Judentum entfremdet, sie schufen für das Mehrheitsvolk, in dessen Mitte sie lebten. Der Jude von heute ist der Typ des Literaten, wie ihn Jakob Wassermann geschildert hat, der kluge Kritiker, der Kenner und Mittler auf allen Gebieten des Geistes, aber niemals der, der aus der Fülle der in ihm wohnenden Kräfte eigenes schafft. Unser Volk des Geistes begnügt sich damit, fremden Geist zu verbreiten und zu popularisieren. Wir sind wie wirtschaftlich, so auch kulturell Knechte unserer Umgebung.

In diesem Zusammenhang muß des Antisemitismus Erwähnung getan werden. Der Zionismus ist kein Produkt des Antisemitismus, wie man manchmal behauptet. Seine Auffassung von der Judenfrage würde sich in nichts ändern, wenn es keinen Antisemitismus gäbe. Dieser stellt nur ein besonderes deutliches Symptom der Lage unserer Gemeinschaft dar. Was ist der Antisemitismus? Er ist keine vorübergehende Erscheinung, wie Optimisten uns glauben machen wollen. Er existiert, seitdem Juden mit anderen Völkern zusammen wohnen; denn ob man zur Zeit der Kreuzzüge die Juden als Mörder Christi oder als Wucherer verfolgte, ob man sie zur Zeit des schwarzen Todes der

Brunnenvergiftung zieh oder ob heute kein Land der Erde ohne Antisemitismus besteht, ändert nichts an der Tatsache. Kurt Blumenfeld hat in einem ausgezeichneten Aufsatz den Begriff des „Randspannungsgefühls“ aufgestellt. Die Reibungsfläche zweier Völker ist im Normalfall nur an der gemeinsamen Grenze vorhanden; nur diese bietet Konfliktsstoff. Das jüdische Volk aber, als Minderheit in andersartige Mehrheiten eingebettet, besteht gewissermaßen nur aus Reibungsflächen. Das jüdische Volk als Minderheitsvolk muß mit dem Antisemitismus als dem ständigen Begleiter seiner Diasporageschichte rechnen. Man empfindet uns mit Recht als andersartig. Wir können und wollen uns nicht völlig assimilieren, und so entsteht gegenseitige Reibung und wechselseitiger Kampf. So verständlich daher auch der Antisemitismus als soziologische Erscheinung ist, so sehr vermag er in seiner heutigen Form zur Verschärfung der Situation des jüdischen Volkes beizutragen. Die Verhältnisse in Osteuropa sind zu bekannt, als daß es nötig wäre, sie hier eingehend zu schildern. Das zaristische Rußland hat mit Pogromen und Ausnahmegesetzen einen Vernichtungskrieg gegen die Juden geführt, und die neuen Staaten, die an seine Stelle getreten sind, vor allem Polen und die Ukraine, führen diesen Krieg unerbittlich weiter. Leben und Eigentum der jüdischen Bevölkerung sind nicht sicher, ihre Berufswahl ist behindert, ihre wirtschaftliche Lage von beispiellosem Elend. Hunderttausende sind in den letzten Jahrzehnten nach Amerika gewandert, aber immer größer wurde die Neigung Amerikas, seine Häfen zu schließen und die jüdische Einwanderung nicht mehr zu dulden. Diese Tendenzen sind jetzt erneut erwacht und es steht zu befürchten, daß sie durchgeführt werden, gerade weil die schrecklichen Verhältnisse in zahllosen Existenzen den Wunsch zur Auswanderung wachgerufen haben und sie diesem Ruf folgen werden, wenn die Grenzen geöffnet sind und der Schiffsverkehr wieder funktioniert.

Finden wir somit die äußere Lage unseres Volkes durch seinen Charakter als ständiges Minderheitsvolk charakterisiert, aus welcher sich das Anormale seiner wirtschaftlichen und geistigen Struktur ergibt und auf der der Antisemitismus mit seinen unerträglichen Folgen, vor allem in Osteuropa entstanden ist, so finden wir auf der anderen Seite, daß das jüdische Volk demgegenüber nicht mehr den festen Turm darstellt, den das Judentum der Diaspora früher gebildet hat. Im ganzen Verlauf des Mittelalters haben es die Juden nie anders gewußt, als daß sie ein Volk seien, das von seinem Gotte zur Prüfung in die Diaspora geschickt worden ist, und das nach Ablauf dieser Prüfungszeit nach Palästina zurückkehren würde. In seinem Gesetz hatte es, wie Klatzkin treffend gesagt hat, seinen „tragbaren Staat“, der das Leben von der Geburt bis zum Tode in ganz bestimmte Regeln kleidete und das jüdische Leben mit festeren Grenzen von der Umwelt und ihren Einflüssen trennte, als es Landesgrenzen je vermögen. In diese feste Burg des mittelalterlichen Judentums hat die Emanzipation eine Bresche geschlagen. Die Emanzipation ist im Westen von den Staatsmännern bewußt in der Absicht durchgeführt worden, die Lösung der Judenfrage durch die Auflösung des Judentums herbeizuführen. Die Jahrhunderte der Zurücksetzung und grausame Verfolgung hatten den trotzigen Sinn

der jüdischen Gemeinschaft nicht zu brechen vermocht. So wollte man einen anderen Weg versuchen. Man öffnete die Tore des Ghettos, gestattete, ja befahl den Juden die Teilnahme am europäischen Geistesleben und nahm mit Recht an, daß jeder Schritt in die europäische Kulturwelt gleichzeitig ein Schritt wäre, der vom Judentum wegführte. Beinahe wären diese Hoffnungen der europäischen Staatsmänner wirklich wahr geworden. Taufe und Mischehe haben einen beträchtlichen Teil des westlichen Judentums ihrer angestammten Gemeinschaft entführt, und der jüdische Liberalismus und die Reform sind nur Schritte, die, vom nationalen Standpunkt gesehen, vom Judentum zur völligen Auflösung führen müssen. Die Frage, ob Nation oder Konfession, ob orthodox oder liberal, wäre im alten Judentum unverständlich geblieben. Nation und Religion sind im Judentum untrennbar verknüpft; das jüdische Gesetz galt niemals als eine Sammlung religiöser Zeremonien, sondern als die unlösliche Verpflichtung, der jeder Sohn des jüdischen Volks unterlag. Somit bedeutete der Versuch, die jüdische Religion ihres nationalen Charakters zu entkleiden, indem man die Gebete um Zion wegstrich, das Hebräische seines Charakters als ausschließliche Gebetssprache zu entkleiden suchte und den Gottesdienst dem christlichen anpaßte, nichts weiter als ein Aufgeben des Judentums überhaupt. Die Assimilation hat aber darüber hinaus auch bei den dem Judentum treugebliebenen Kreisen einen wesentlichen Einfluß ausgeübt. Losgelöst von der jüdischen Kultur, ohne den Weg zur deutschen ganz gefunden zu haben, entstanden Typen, deren kulturelle Unsicherheit jene geistigen Mittler hervorrief, die wir oben gezeichnet haben.

War der Jude in der ersten Hälte des vorigen Jahrhunderts gewillt, den Weg zur europäischen Kultur auch mit Aufgabe aller jüdischen Werte zu wählen, so zeigte ihm der mit großer Heftigkeit und neuer Argumentation wieder losbrechende Antisemitismus, daß die Gegenseite die Assimilation nicht mehr wünschte. War schon bisher in den Augen des Juden das jüdische Wesen im Vergleich zu der seit der Emanzipationsepoche bewunderten Umwelt ihm wertlos erschienen, hatte er den natürlichen Stolz des Menschen auf die Gemeinschaft, die ihn geboren hat, verloren, so übte der Antisemitismus in dieser Richtung einen höchst bedenklichen Einfluß auf den Typ des westlichen Juden aus. Der Haß der Umwelt erschien ihm berechtigt, gab es doch so vieles, worin sich noch immer der Jude vom Nichtjuden unterschied, und so begann ein feiges Verstecken des jüdischen Namens, ein kriecherisches Anpassen, das den aufrechten Charakter des Juden nicht selten völlig brach.

Das ist das Bild des heutigen Judentums, wie es der Zionismus sieht. Wir sind ein Volk geblieben. Wir bilden in allen Ländern, in denen wir leben, eine Minderheit, die ihre Eigenart nirgends völlig aufgibt, die wirtschaftlich und kulturell ihre Kraft, schöpferisch zu werden, verloren hat, ein Volk, das der Antisemitismus politisch und wirtschaftlich entrechtet, kulturell gebrochen hat und das die Assimilation seines festen Halts beraubt hat. Und doch zeigt unsere Gemeinschaft unverwüstliche Lebenskraft. Die Tatsache, daß in zwei Jahrtausenden Diasporageschichte das jüdische Volk nicht untergegangen ist, die Tat-

sache, daß alle Lockungen der Umwelt nur unbedeutende Zweige vom stolzen Bau des Judentums loszulösen vermochte, beweist uns, daß unser Volk die Kraft hat, weiter zu existieren. Und in den besten Söhnen unseres Volkes ist der Glaube wach, daß dem jüdischen Volk eine Zukunft bevorsteht, in der es wieder auf eigener Scholle seinen hohen Aufgaben an der Menschheit gerecht werden wird.

Kann so der Zionismus das unleugbare Verdienst für sich in Anspruch nehmen, zuerst das Bild der heutigen Judenfrage klar entrollt zu haben, so hat er auch die Lösung gezeigt. Der Zionismus hat sich die Aufgabe gesetzt, jüdische Volkspolitik zu treiben, d. h. nach vorher gefaßtem Plan bewußt die Geschicke des Gesamtvolks zu lenken. Er darf sich nicht den Luxus leisten, aus der Vergangenheit zu schließen, daß das jüdische Volk auch in Zukunft schon fortbestehen werde, und daß deshalb nichts weiter zu geschehen braucht. Von heißer Liebe zum jüdischen Volk beseelt und vom tiefen Glauben an seine Zukunft erfaßt, muß dem Zionismus jeder Gedanke an Assimilation indiskutabel erscheinen. Betrachten wir vorurteilslos die Lage, so erkennen wir, was uns not tut. Die Minorität muß zur Majorität werden, das Volk ohne Land muß sein eigenes Territorium erhalten, das Händlervolk muß zur Scholle zurück, die Literaten wieder Schöpfer jüdischer Kultur werden.

Dieses Ziel will der Zionismus verwirklichen, indem er dem jüdischen Volk auf den Boden Palästinas eine nationale Heimstätte bereitet, mit der Landwirtschaft als wirtschaftlicher Grundlage und dem Hebräischen als lebender Umgangssprache. Es ist bekannt, daß in Palästina 45 landwirtschaftliche jüdische Siedlungen den Anfang der Verwirklichung darstellen, daß das Hebräische zur lebenden Sprache in Palästina geworden ist und daß in dieser Sprache die junge Generation heranwächst. Es ist endlich auch bekannt, daß die politische Arbeit zur Anerkennung der zionistischen Forderungen durch die Großmächte und die Friedenskonferenz geführt hat und daß unter der Souveränität des Völkerbundes, als dessen Beauftragter England fungieren wird, in Palästina ein jüdisches Gemeinwesen erstehen wird . . . Somit darf der Zionismus von sich sagen, daß er nicht nur die Judenfrage klar erkannt und den Weg zu ihrer Lösung gezeigt hat, sondern daß er auch alle vorbereitenden Arbeiten durchgeführt hat, die erforderlich sind, um ein jüdisches Palästina zu schaffen. Wir stehen am Beginn des Aufbaues unseres jüdischen Palästina.

Die zionistische Organisation hat aber erkannt, daß sie die Verpflichtung hat, nicht nur die nationale Palästinabewegung zu sein, sondern daß sie verpflichtet ist, die gesamte jüdische Volkspolitik zu führen. Für lange Zeit hinaus, ja vielleicht für ewig wird eine jüdische Diaspora neben dem jüdischen Palästina bestehen. Die zionistische Organisation hat die Wege gewiesen, die die jüdische Diaspora gehen muß. Die Forderung nach Gleichberechtigung des einzelnen Juden als Staatsbürger muß endlich restlos durchgeführt werden, aber das genügt nicht. In den Ländern des Ostens, wo die Juden in größerer Zahl wohnen, müssen sie als das anerkannt werden, was sie in Wahrheit sind, als nationale Minorität, und sie müssen die unter

dem Namen „nationale Autonomie“ zusammengefaßten Rechte erhalten, die ihnen die Möglichkeit freier kultureller Entwicklung und einen ihrer Zahl entsprechenden politischen Einfluß gewährleisten.

Die zionistische Organisation umfaßte vor dem Krieg etwa 150000 organisierte Anhänger. Im zaristischen Rußland wurde jede zionistische Propaganda schwer bestraft, und so war es nicht möglich, die eigentlichen Massen des jüdischen Volkes zu ergreifen. Als nach Ausbruch der Revolution die zionistische Arbeit frei wurde, vervierfachte sich im Laufe weniger Monate die Zahl der Anhänger der zionistischen Bewegung. Heute dürfte die Zahl der Anhänger des Zionismus eine Million erreichen, und die zionistische Organisation ist damit auch zahlenmäßig das, was sie ihrer Idee und ihrer Leistung nach ist: die stärkste Potenz im Judentum der Gegenwart. Aber für die Stellung des Zionismus im heutigen Judentum ist eine Tatsache noch charakteristischer. In den Vereinigten Staaten, in Kanada, Südafrika, Rußland und der Ukraine, den Ländern, in denen etwa die Hälfte aller Juden wohnen, haben Wahlen zu einem allgemeinen jüdischen Kongreß stattgefunden, der die Vertretung der Juden des betreffenden Landes darstellen soll. In allen diesen Ländern haben die Wahlen eine überwältigende zionistische Majorität ergeben. In den Vereinigten Staaten, Kanada und Südafrika hat der Kongreß bereits stattgefunden, sein Ergebnis war die Zustimmung zu den zionistischen Forderungen. Diese jüdische Kongreßbewegung wird begleitet von der Bildung jüdischer Nationalräte in einigen der obengenannten Länder, sowie in Galizien, Böhmen, Deutsch-Österreich. Auch diese Nationalräte vertreten, obwohl aus verschiedenen Parteien zusammengesetzt, zionistische Forderungen. Damit zeigt sich folgendes Bild. Hinter der zionistischen Organisation mit einer Million Anhänger steht die nach einem jüdischen Weltkongreß tendierende jüdische Kongreßbewegung in allen Ländern und die Bildung jüdischer Nationalräte, wodurch der ganz überwiegende Teil des jüdischen Volkes hinter den Forderungen der Zionisten steht. Was die Zionisten zur Lösung der Judenfrage gefordert haben: Anerkennung des jüdischen Volkes, Aufbau Palästinas als nationale Heimstätte, nationale Autonomie, Gleichberechtigung, das wird heute vom Judentum der ganzen Welt als jüdische Forderung anerkannt.

Die zionistische Organisation wird von allen Juden und von den Nichtjuden als die einzig legitimierte Vertretung des jüdischen Volkes empfunden. Sie treibt im Einverständnis mit dem jüdischen Volke zum erstenmal seit Jahrtausenden wieder jüdische Volkspolitik. Das jüdische Volk ist wieder zu einem Subjekt des Weltgeschehens geworden.

Die zionistische Organisation ist nach dem doppelten Prinzip aufgebaut, daß eine strenge Zentralisation für die Aufgaben auf dem Gebiet der Politik und der Palästinaarbeit besteht, während auf der anderen Seite dem Landesverband in allen anderen Angelegenheiten die weiteste Freiheit eingeräumt wird. Die Organisation ist das eigenste Werk Theodor Herzls und hat in den über zwanzig Jahren ihres Bestehens keine wesentliche Veränderung erfahren. Das landsmannschaftliche Prinzip ist natürlich nicht zu entbehren. Von vorneherein

bildete freilich z. B. Österreich-Ungarn nicht eine einzelne Landsmannschaft, sondern zerfiel in eine südslawische, eine galizische, eine ungarische und eine westösterreichische Landsmannschaft. Landesverbände bestehen heute in allen Ländern der Welt, wo Juden wohnen. Die wichtigsten sind die Landesverbände in Rußland, der Ukraine, Polen, Litauen, Galizien, Amerika, Kanada, Südafrika, England, Deutschland, Böhmen und Deutsch-Österreich, aber auch die Länder mit geringerer jüdischer Bevölkerung wie Holland, Italien, Skandinavien, Schweiz, Belgien, Frankreich, Australien, ja auch Indien und China haben eine zionistische Organisation. Daneben sieht das Statut der zionistischen Weltorganisation die Bildung von Föderationen vor, das heißt von Gruppen von Zionisten der verschiedensten Länder, die innerhalb des Zionismus eine bestimmte Anschauung vertreten. Es existieren zwei derartige Föderationen, nämlich der Misrachi, der die zionistische religiös-orthodoxe Richtung umfaßt und die auf sozialistischem Standpunkt stehenden der Internationale angehörenden Poale Zion.

Die oberste Instanz der zionistischen Weltorganisation ist der Zionistenkongreß, der auf Grund allgemeinen direkten, geheimen Wahlrechts alle zwei Jahre zusammentritt. Für ihn wählen je 400 Zionisten 1 Delegierten. Der Kongreß nimmt den Bericht des Aktionskomitees entgegen, erteilt dem Aktionskomitee Entlastung und wählt die neue Leitung. Er ist ferner befugt, über alle Fragen der zionistischen Organisation und Arbeit Entscheidungen zu treffen. Die vom Kongreß gewählte Leitung ist das Große Aktionskomitee (AC), bestehend aus 25 führenden Zionisten aus allen Ländern der Welt, das viermal im Jahre zu Plenarsitzungen zusammentritt. Die eigentliche Exekutive der Bewegung ist das Engere Aktionskomitee (EAC), das seinen Sitz zu Lebenszeit Herzls in Wien, dann unter der Leitung David Wolffsohns in Köln, dann in Berlin und jetzt in London hat. Am Ort des Engeren Aktionskomitees befindet sich das Zentralbureau der Bewegung.

Die deutsche Landesorganisation heißt Zionistische Vereinigung für Deutschland und stellt den ältesten Landesverband der zionistischen Organisation dar. Ihre Leitung befand sich früher unter dem Vorsitz von Justizrat Bodenheimer in Köln und jetzt seit längerer Zeit unter dem Vorsitz von Dr. Hantke in Berlin. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland hat eine Organisation, die der der Gesamtorganisation ähnelt. Die oberste Instanz ist der Delegiertentag, der zweijährlich zusammentritt und aus seiner Mitte das Zentralkomitee wählt, dem deutsche Zionisten der verschiedensten Gruppen angehören. Die Exekutive der deutschen Zionisten ist der Geschäftsführende Ausschuß mit dem Sitz in Berlin. Der Landesverband zerfällt in Schekelzahlergruppen, Ortsgruppen und Gruppenverbänden. Die Zahl der Ortsgruppen ist, besonders in den letzten Monaten, in schnellem Anwachsen begriffen. Es befinden sich in fast allen Städten Deutschlands zionistische Ortsgruppen.

Die zionistische Organisation weist eine große Anzahl von Zeitungen auf, Tageszeitungen, Wochenschriften, Monatsschriften in hebräischer, jidischer und allen anderen von Juden gesprochenen Sprachen. Sie

umfaßt Revuen, literarische, pädagogische, politische, sozialistische, wirtschaftliche Zeitungen der verschiedensten Art. Bis zum Kriege hat die Bewegung in der Wochenzeitung „Die Welt“ und der hebräischen Wochenzeitung „Ha Olam“ ihr Zentralorgan gehabt, das während des Krieges eingestellt werden mußte. Nach Wiederkehr normaler Verhältnisse dürfte in der einen oder der anderen Form ein Zentralorgan wieder entstehen. Einen gewissen Ersatz bieten die Bulletins des Kopenhagener zionistischen Bureaus, die von der jüdischen Presse in allen Ländern längst als die zuverlässigste und schnellste Information über jüdische Angelegenheiten bekannt ist. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland besitzt in der „Jüdischen Rundschau“ ihr Organ, das heute über 9000 Abonnenten aufweist und nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen jüdischen Welt, besonders in Osteuropa, eine außerordentlich angesehene Stellung einnimmt. Eine einzigartige Stellung hat sich die seit drei Jahren unter der Leitung Martin Bubers herausgegebene Monatsschrift „Der Jude“ zu erwerben gewußt. Sie stellt eine vornehme Revue dar, die in bestem Sinne aktuelle Aufsätze von bleibendem Wert gebracht hat und bringt. Zionistische Wochenzeitungen erscheinen ferner in Frankfurt a. M., Hamburg und München. Der Misrachi hat in der „Jüdischen Presse“ sein Zentralorgan. Besonders erwähnt sei die von Davis Trietsch herausgegebene Zeitschrift „Volk und Land“, die vor allem die auf den Aufbau des jüdischen Palästina bezüglichen Kolonisationsfragen erörtert und die Zeitschrift „Die Arbeit“, das Organ der volkssozialistischen-zionistischen Fraktion „Hapoel Hazair“.

Die Geldmittel der zionistischen Organisation sind in erster Linie durch den Opfermut der Zionisten aufgebracht worden. Das gilt vor allem von dem 1901 geschaffenen Jüdischen Nationalfonds, dessen Popularität in ständigem Wachsen begriffen ist. Er hat die Aufgabe, Grund und Boden in Palästina zu kaufen und ihn als unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes an Einzelpersonen oder Genossenschaften nur auf dem Wege der Erbpacht weiterzugeben. Im Sinne der altjüdischen Bodengesetzgebung stellt das Prinzip des Nationalfonds die Grundlage für den Aufbau eines jüdischen Gemeinwesens auf wahrhaft sozialgerechter Grundlage dar. Der Nationalfonds, als das einzige Bodeninstrument der zionistischen Bewegung, wird naturgemäß nach dem Kriege von besonderer Bedeutung werden, wenn die Kolonisation Palästinas in schnellem Tempo vor sich gehen wird. Während die Gesamteinnahme des Jüdischen Nationalfonds in der ganzen Welt im Jahre 1913 knapp 1 000 000 Franken betrug, war diese Einnahme im Jahre 1918 trotz des Krieges auf über 2 500 000 Franken angewachsen, und die Forderung, im Verlaufe des Jahres 1919 in der gesamten Welt den Betrag von 10 000 000 Franken aufzubringen, erscheint ohne weiteres als möglich. Auch in Deutschland sind die Ergebnisse der Nationalfondssammlungen überraschend gute. Das Jahr 1918, das bisher unerreicht gut war, brachte 250 000 M., im Jahre 1919 aber hat das erste Halbjahr bereits über 600 000 M. gebracht und es scheint außerhalb aller Zweifel zu stehen, daß das Gesamtergebnis des Jahres 1919 1 000 000 M. hinter sich läßt.

Die Tätigkeit der zionistischen Organisation ist entsprechend ihrem Programm außerordentlich vielseitig. Die Agitation, die von jeder Landesorganisation in Versammlungen und in der Presse geführt wird, wirbt immer neue Anhänger für die Bewegung. Daneben geht eine ständige Aufklärung der öffentlichen Meinung über das Wesen des Zionismus und die eigentlich politische Tätigkeit, die, wie oben dargestellt, nicht nur die Voraussetzungen für den Aufbau Palästinas zu schaffen hat, sondern die Rechte der Juden in allen Ländern, gestützt auf die moralische Kraft des jüdischen Volkes, zu schützen sucht. Im Mittelpunkt jeder Arbeit stand vor dem Kriege und wird nach dem Frieden in noch höherem Maße stehen, die eigentliche Arbeit in Palästina. Ein Einwanderungsamt in Jaffa wird den Strom der Einwanderer aufzunehmen haben und im Laufe weniger Jahrzehnte in großzügiger Kolonisationsarbeit die jüdische Majorität in Palästina schaffen. Zu diesen zahlreichen Aufgaben treten kulturelle und soziale. Die zionistische Organisation hat nicht nur in Palästina, sondern auch in der Diaspora nicht ohne Erfolg an der Wiederbelebung der hebräischen Sprache gearbeitet. In Palästina und den Ländern des Ostens besteht ein großes Netz von Kindergärten, Volksschulen, Realschulen, Gymnasien für beide Geschlechter, das der jüdischen Generation die Kenntnis der hebräischen Sprache, ein gediegenes jüdisches Wissen und zugleich die allgemeine Kultur übermittelt. Endlich stellt der Zusammenbruch des jüdischen Wirtschaftslebens im Osten während des Krieges neue Anforderungen an die zionistische Organisation. Sie hat Wirtschaftsämter in den ostjüdischen Zentren errichtet, die Material über die den Juden zugefügten Kriegsschäden sammeln, am Wiederaufbau der jüdischen Wirtschaft arbeiten und auf eine Berufsumschichtung hinwirken, die nicht allein die Existenz der Juden in ihrem Land erträglicher gestalten, sondern auch für Palästina eine beruflich vorbereitete Generation heranzubilden vermag.

Im Rahmen dieser Tätigkeit liegt auch das Arbeitsgebiet der deutschen Zionisten begründet. Es ist den deutschen Zionisten gelungen, in Deutschland eine außerordentlich günstige Atmosphäre für den Zionismus zu schaffen. Alle großen politischen Parteien haben sich für das jüdische Palästina ausgesprochen und im Komitee Pro Palästina finden sich deutsche Nichtjuden aller Parteien, mit Gelehrten, Journalisten und anderen Männern des öffentlichen Lebens zusammen, um für die Idee eines jüdischen Palästina zu wirken. Die deutschen Zionisten haben den Palästinaproblemen eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Ein besonderer Palästina-Delegiertentag hat in den letzten Maitagen 1919 mit aller möglichen Sorgfalt die Frage des Aufbaues geprüft. Die heranwachsende jüdische Generation in Deutschland, die in großer und immer größerer Zahl den Weg in das nationale Lager findet, bereitet sich mit großem Ernst darauf vor, am Aufbau Palästinas aktiv Anteil zu nehmen. Ein nicht geringer Teil dieser Jugend hat den landwirtschaftlichen Beruf aus diesem Grunde ergriffen. Zahlreiche hebräische Sprachschulen und Sprachkurse erleichtern den deutschen Juden den Rückweg zur jüdischen Kultur.

Daß die deutschen Zionisten die Propaganda nicht vernachlässigen,

ist bekannt. Die Zahl der deutschen Zionisten ist seit der Revolution in schnellem Aufstieg begriffen. Um immer weitere Kreise des deutschen Judentums zur Mitarbeit an den jüdischen Fragen der Gegenwart heranzuziehen, wird seitens der deutschen Zionisten der jüdische Kongreß propagiert, der den deutschen Juden nicht nur Gelegenheit geben soll, auch ihrerseits gleich den Juden anderer Länder sich für den Aufbau Palästinas auszusprechen und an ihm teilzunehmen, sondern auch alle diejenigen deutschen Juden mit den Zionisten zusammenführen soll, die gleich ihnen bereit sind, in Deutschland wieder ein starkes jüdisches Leben erstehen zu lassen.

Der Misrachi.

Von Dr. Aron Barth.

I. Der Misrachi ist eine Föderation innerhalb der zionistischen Organisation. Seine Geschichte und seine Organisation sind daher aufs engste mit der Geschichte und Organisation dieser Bewegung verknüpft. Als der Zionismus ins Leben trat, war seine erste Tätigkeit fast ausschließlich organisatorischer und politischer Natur. Es mußten einerseits die Anhänger des Gedankens gesammelt und durch Zusammenfassung und Gliederung zu einem möglichst wirksamen Werkzeug der zionistischen Idee gemacht werden, und es war andererseits nötig, durch Aufklärungstätigkeit, Verhandeln mit Politikern und Staatsoberhäuptern usw. den Beginn der Durchsetzung des zionistischen Gedankens zu machen. Solange diese beiden Tätigkeiten vorherrschten, war es nicht erforderlich, daß die Anhänger der Bewegung sich nach anderen als rein örtlichen Gesichtspunkten differenzierten. Es wurde das System der Gliederung der Organisation in Landsmannschaften restlos durchgeführt. Als die Bewegung aber erstarkte, ihre Ziele sich deutlicher abhoben und man der Erreichung des Endziels näher kam, da war es natürlich, daß auch eine weitergehende Differenzierung innerhalb der Organisation sich ergab. Es mußten diejenigen, denen nicht die Erlangung der öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina alleiniger Zweck war, sondern die die Erlangung dieses Zieles auf besonderen Wegen oder die Ausgestaltung des zukünftigen Gemeinwesens in besonderer Art und Weise erstrebten, sich zusammenfinden, um so gesammelt für ihren Gedanken innerhalb der Organisation wirken zu können. So entstand als Zusammenfassung derer, die die Erreichung des Basler Programms auf der Grundlage und im Sinne des überlieferten jüdischen Gesetzes erstreben, der Misrachi. Er wurde 1903 auf einer zu diesem Zweck einberufenen Konferenz in Preßburg gegründet. Sein Gründer und erster Präsident war Reines, der Rabbiner von Lida. Neben ihm standen von Anfang an Männer wie Gedalja Schmelkes, der Rabbiner von Przemysl, Brody, der Oberrabbiner von Prag, Rabbiner Kowalsky von Wloclawek und andere. Die Or-

ganisation selbst blieb zunächst eine lockere. Tagungen fanden im wesentlichen nur im Anschluß an die zionistischen Kongresse statt. Allmählich aber bildeten sich Landsmannschaften auch innerhalb des Misrachi heraus, und an die Spitze des deutschen Misrachi und später, nachdem Reines aus Altersrücksichten zurückgetreten war, auch an die Spitze des Weltmisrachi, trat der Arzt Dr. Feuchtwanger in Frankfurt a. M. Im Anschluß an den Baseler Zionistenkongreß vom Jahre 1911 hatte der Misrachi dann eine schwere Krise zu überwinden, er war dort mit seinem Standpunkt in der Kulturfrage insofern unterlegen, als gegen seinen Widerspruch der Kongreß sich dahin entschieden hatte, daß die zionistische Organisation sich auch mit den Fragen des Bildungs- und Erziehungswesens beschäftigen soll und nicht, wie der Misrachi dies gewünscht hatte, diese Tätigkeit den einzelnen Föderationen innerhalb des Zionismus überlassen solle. Auf das Prinzipielle dieser Frage ist unten noch einzugehen. Die Ablehnung dieses Standpunktes führte zu einem kurz nach dem Kongreß in Berlin abgehaltenen Delegiertentag des gesamten Misrachi, bei dem der Antrag, der Misrachi solle aus der zionistischen Organisation ausscheiden, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, was jedoch nicht verhindern konnte, daß eine Reihe von Gesinnungsgenossen, unter ihnen auch Feuchtwanger selbst, aus dem Misrachi ausschieden. An die Spitze trat nunmehr Dr. Ludwig Franck (Altona). Von nun ab bis zum Kriege wurde eine wesentlich gesteigerte Tätigkeit dadurch ermöglicht, daß in der Person eines jüngeren russischen Rabbiners, Meier Berlin, ein Generalsekretär gewonnen wurde, der insbesondere durch seine Beherrschung des Jüdischen und Hebräischen und durch die Herausgabe der hebräischen Zeitschrift „Haibri" in der Lage war, die Tätigkeit unter den Ostjuden in Europa und später auch in Amerika in außerordentlicher Weise zu fördern. Der Kriegsausbruch traf ihn in Amerika, wo er verblieb und durch eine großzügige Tätigkeit die Zahl und den Einfluß des Misrachi außerordentlich zu verstärken wußte. Es gehören dem Misrachi in Amerika jetzt fast sämtliche orthodoxen Rabbinen und ein erheblicher Teil auch der sonstigen Orthodoxie an. Ausgebaut wurde ferner während des Krieges die polnische Organisation, die es binnen kurzem auf 25 000 Anhänger brachte und auf deren letztem Delegiertentag 300 Delegierte anwesend waren, die für 1919 ein Budget von nicht weniger als 1 200 000 M. guthießen. Die anderen Landesorganisationen waren durch den Krieg begreiflicherweise stark in Mitleidenschaft gezogen. Seit 1918 ist jedoch auch die englische Organisation mit dem Oberrabbiner von England, Dr. Hertz, und dem Rabbiner der einzigen in England existierenden orthodoxen Separatgemeinde, Schönfeld, an der Spitze sehr erstarkt und auch die deutsche Landesorganisation mit jetzt insgesamt ca. 20 Gruppen bedeutend im Wachsen. Erwähnt seien noch die Organisationen in Holland und der Schweiz, die sich beide durch besonders rührige, über die Grenzen ihres Landes hinausgreifende Tätigkeit auszeichnen. — An Zeitungen, die den Standpunkt des Misrachi vertreten, existieren gegenwärtig in Polen „Hamisrachi", in Holland „Mizrachie", in Amerika und England „Haibri", in Ungarn „Allgemeine jüdische Zeitung" (letztere erscheint täglich), in der Schweiz

ein Korrespondenzblatt, in Palästina „Hazir“ und in Deutschland „Die neue jüdische Presse“, sowie das offizielle Organ „Die jüdische Presse“. Die Leitung liegt gegenwärtig in den Händen eines fünfgliedrigen Zentralbureaus, an dessen Spitze Hermann Struck steht. Daneben besteht als Zusammenfassung für den englischen, amerikanischen und palästinensischen Misrachi das Interalliierten-Misrachibureau in London mit Oberrabbiner Hertz an der Spitze. An Institutionen ist vor allem die Tachkemonischule, eine hebräische Mittelschule in Jaffa, zu nennen. Nach Berichten aus Palästina scheint es auch, als ob während des Krieges noch weitere Schulen sich unserer Leitung unterstellt haben. Die Kolonialgründungen waren vor dem Kriege noch in Vorbereitung und konnten infolgedessen noch nicht weiter gefördert werden.

II. Zwecke und Ziele des Misrachi ergeben sich aus seinem grundlegenden Programm. „Der Misrachi ist eine Vereinigung von Zionisten, welche die Verwirklichung des Baseler Programms auf der Grundlage und im Sinne des traditionellen jüdischen Gesetzes erstreben.“

Zunächst: er ist eine Vereinigung von Zionisten. Er steht demnach auf dem Standpunkt, daß die Errichtung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina Lebensbedürfnis des jüdischen Volkes ist und daß die Schaffung dieser Heimstätte die einzige Möglichkeit für uns bietet, das jüdische Volk wieder in Verhältnisse zu bringen, die ihm nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch kulturell und religiös sein Eigenleben sichern. Er geht im Gegensatz zu anderen Gruppen in der Orthodoxie, die gegenwärtig die Notwendigkeit der Erreichung dieses Zieles gleichfalls anerkennen, davon aus, daß wirksam daran nur gearbeitet werden könne, wenn das ganze jüdische Volk sich schon in der Diaspora in einer einheitlichen Organisation zusammenfindet und nicht, wie es von anderer Seite gewünscht wird, Orthodoxe hier und Nichtorthodoxe dort in gesonderten Organisationen dem gleichen Ziele zustreben. Er hält diesen letzteren Standpunkt nicht nur aus naheliegenden praktisch-politischen Gründen für undurchführbar, sondern hält ihn vor allem auch nicht für erstrebenswert, weil durch die 2000jährige Galuthgeschichte die Einheit des jüdischen Volkes schon allzu stark geschwunden ist und nichts geschehen darf, was sie noch mehr gefährden könnte. Gerade vom Standpunkte der Orthodoxie aus, die häufig in Gemeindefragen gezwungen ist, sich von ihren anders denkenden Volksgenossen zu trennen, hält er es für unbedingt erforderlich, daß in diesem Punkte, in dem Ziel und Weg für beide Gruppen völlig die gleichen sein können, auch wirklich eine einheitliche Organisation durchgeführt wird.

Nur so kann uns das Einheitsbewußtsein in der Stärke wieder lebendig werden, in der es vorhanden sein muß, wenn wir ein einheitliches Gemeinwesen bilden wollen. Nur so können wir aber auch unsere Aufgabe erfüllen als Träger der Jahrtausende langen jüdischen Überlieferung, Kenntnis vom Judentum und Willen zur Betätigung dessen, was uns jüdisch heißt, denen zu bringen, die fremd dieser Überlieferung aufgewachsen sind. Trennen wir uns auch in dieser, uns allen gemeinschaftlichen Arbeit, so geben wir jede Möglichkeit auf, Brücken zu schlagen und lebendig unter unseren Volksgenossen im Geiste des alten Judentums zu wirken.

Ist darum der Misrachi ein Teil der zionistischen Organisation, so ist er doch eine Föderation mit besonderem Ziele. Er will nicht die Erreichung des Basler Programms schlechthin, sondern er will sie auf Grundlage und im Sinne des überlieferten jüdischen Gesetzes. Warum er dies will, braucht nicht dargelegt zu werden. Der größte Teil seiner Anhänger sind Männer, denen dieses Gesetz heilige Überlieferung und Gottesgesetz ist, für sie kann es keinen Zweifel geben, wenn ein jüdisches Gemeinwesen errichtet werden soll, wie es auszusehen hat. Für diejenigen, die aus anderen Kreisen und aus anderer Anschauung sich in den Misrachi finden, ist der Grund der, daß sie bei Begründung der neuen Heimat des jüdischen Volkes nicht wollen, daß auch sie wieder nur nach Palästina verpflanzte Assimilanten werden, sondern der Anschauung sind, daß Palästina nur dann ein jüdisches Land sein werde, wenn seine neue Kultur sich aufbaut auf derjenigen, die durch Jahrtausende hindurch jüdisch war. Aber einer Erörterung der Gründe, die zu diesem Programm führen, bedarf es also nicht, wohl aber sei kurz an einigem gezeigt, wie dies allgemeine Prinzip sich nun auf den verschiedenen Gebieten des Gemeinlebens auswirken wird. Für die Fragen des Wirtschaftslebens ist auszugehen von den Grundsätzen des Jowel-Jahres, das nicht nur jede Bodenspekulation verhindert, sondern vor allem auch bewirkt, daß niemand gegen seinen Willen landlos sein könnte. In seinem Wortlaut kann es nur verwirklicht werden, wenn es im neuen Palästina überhaupt Privateigentum an Grund und Boden gibt. Wird die Nationalisierung durchgeführt, hat also der einzelne keinen Grund und Boden, so kann das Eigentum zu ihm auch nicht zurückgehen. Einem erheblichen Teil meiner Gesinnungsgenossen und mir erscheint es als konsequente Forderung des Misrachi, die Nationalisierung des Bodens durchzuführen; denn entgegen der Besitznahme Palästinas nach dem Auszug aus Ägypten, werden jetzt nicht sämtliche Volksgenossen gleichzeitig, sondern in Etappen nacheinander in das Land kommen. Würde der Grund und Boden an die ersten zum Eigentum verteilt und dann, wie es sein müßte, das Jowel-Gesetz durchgeführt, so würden die Späterkommenden fast nichts oder nur unter großen Opfern etwas erhalten können. Nimmt aber die Nation durch ihre Organe das Land in Besitz und kehrt zu ihr zu Neuverteilungen im 50. Jahre das Eigentum zurück, so wird die Möglichkeit geschaffen, die das Jowel-Jahr schuf, daß Bodenspekulation unmöglich ist und kein Volksgenosse gegen seinen Willen landlos ist. — Für die Arbeiterfrage gibt die Knechtschaftsgesetzgebung den Grundsatz an, niemand sei für ewig abhängig. Für jeden sei die Zeit, in der er Unfreier ist, nur Durchgangsstadium zur Selbständigkeit, zu der er nicht nur zu entlassen, sondern deren materielle Grundlagen ihm auch zu gewähren sind. Um zur gesamten Sozialgesetzgebung Stellung zu nehmen, fehlt der Raum, die Grundlinien scheinen mir auch ausreichend angedeutet.

Zur Frage der Gesetzgebung kann der Misrachi nur den Standpunkt einnehmen, das jüdische Recht als Grundlage zu fordern. Welch anderem Volke, das ein ausgebildetes und entwickeltes Rechtssystem hat, wie wir, würde es überhaupt einfallen, eine Frage daraus zu machen, ob es dieses sein Recht seinem neuen Gemeinwesen zugrunde legen

soll oder ein fremdes. Recht bedingt vielleicht noch mehr als Sprache die Kultur eines Landes, und darüber, daß nur Hebräisch die Sprache des Landes sein kann, war doch nie ein Streit; wie sollte er darüber möglich sein, welches Recht einzuführen ist? Das ist um so weniger möglich, weil unser Wirtschaftssystem, wie eben angedeutet, grundverschieden ist von dem anderer Völker und daher auch nur das Recht uns entsprechen kann, das auf dieses Wirtschaftssystem eingestellt ist. Der schwerste Punkt bleibt die Kulturfrage. Daß dem Misrachi nur die altjüdische Kultur als Kultur des Landes erstrebenswert sein kann, ist zwar klar; aber welcher Weg führt zu ihr? Kulturdiktatur? Staatlicher Zwang, nur solche Schulen einzurichten, die unserem Standpunkt entsprechen? Dieser Weg würde zum entgegengesetzten Ergebnis führen. Man vergleiche die Erfahrung, die Preußen machte, als es seine Kultur zwangsmäßig durchsetzen wollte. Völlige Willkür im Erziehungswesen? Auch sie scheint nicht möglich, soll unsere Kultur wirklich eine jüdische und nicht ein Gemisch aus deutsch-jüdischer, französisch-jüdischer und russisch-jüdischer werden. Darum bleibt die Forderung des Misrachi: Ablehnung des Systems der Staatsschulen; staatlicher Zwang zur Einrichtung von Schulgemeinden, die ihrerseits das ganze Land mit einem Netz von Schulen überziehen und untereinander nach kulturellen Gesichtspunkten differenziert sind. Schulsteuern werden zwar von Staats wegen veranlagt, aber nicht zur Staatskasse entrichtet, sondern zur Kasse derjenigen Schulgemeinde, die dem kulturellen Standpunkt des Pflichtigen entspricht. Entsprechend zwar auch Schulzwang, aber Freiheit der Wahl, welcher Schulgemeinde der einzelne sein Kind anvertrauen will. Festsetzung eines Minimalprogramms des Lehrstoffes durch den Staat, der lediglich die Innehaltung dieser Forderung überwacht. Zu diesem Minimalprogramm hat für alle Schulen Kenntnis des jüdischen Schrifttums in weitestem Umfange zu gehören. So wird erreicht, daß zwar jedes Elternpaar die Möglichkeit hat, seine Kinder in dem Geiste erziehen zu lassen, den es erstrebt und die Fehler der Kulturdiktatur also vermieden werden, aber die Hauptgrundlage von unjüdischer Kultur, Unkenntnis und Unwissenheit von dem, was die Jahrtausende hindurch jüdisch war, wird erschüttert und so die Gewähr gegeben, daß der Kulturkampf, dessen Unausbleiblichkeit unsere Gegner so gut erkennen wie wir, geführt wird von Parteien, die wenigstens beide alles Jüdische in sich aufgenommen haben, so daß der Kampf ein Kampf zwischen Brüdern mit reinen Waffen ist. Hierzu noch ein Wort über unsere Kampfart selbst. Wir sind eine politische Partei und haben als solche in erster Reihe mit politischen Mitteln zu kämpfen, d. h. wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß uns nach Möglichkeit die Mehrheit der Stimmen auf allen Kongressen, gesetzgebenden Versammlungen usw. zufällt. Zu diesem Zweck ist es einerseits erforderlich, nach Möglichkeit die gesamte Orthodoxie unter unserer Fahne zu sammeln. Eine Aufgabe, die keineswegs unmöglich erscheint, weil das Endziel unserer Bewegung sich mit den Anschauungen der Gesamtorthodoxie deckt, und es sich größtenteils ja nur um Verschiedenheiten in der Auffassung des Weges, nicht in der Auffassung des Zieles handelt. Daneben aber ist es ebenso wichtig, auch in der zionistischen Organisation zu arbeiten, um eine möglichst

große Anzahl von Zionisten zum Anschluß an unsere Föderation zu bringen, weil uns naturgemäß mit einem Sieg, der nur der politischen Macht zu verdanken wäre, keine wirkliche Gewähr für die Durchsetzung unserer Gedanken gegeben wäre. Wir bedürfen hierzu neben dem politischen Kampf auch des Kampfes mit kulturellen Waffen, um nicht so sehr unsere Gegner niederzustimmen, als sie vielmehr zu überzeugen. Es gehört daher zu den wesentlichsten Aufgaben des Misrachi, in der zionistischen Organisation selbst die Kenntnis der jüdischen Kultur und des jüdischen Gesetzes zu verbreiten, durch Gründung von Zeitschriften und Abhaltung von Kursen, durch intensive Arbeit in den national-jüdischen Jugendorganisationen und durch Beteiligung an allen zionistischen Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß die Reinheit und Hoheit unseres Zieles immer mehr und mehr anerkannt wird, damit auch diejenigen, die unseren Gedanken noch fernstehen, allmählich kennen lernen, was jüdisch war und jüdisch ist, und so allmählich aus Gegnern zu Freunden und Kämpfern selbst für unsere Sache werden. — Mag heute noch jeder glauben, daß sein Standpunkt siegen wird. Wir sind der Zuversicht, daß, da wir für das Göttliche kämpfen, wir auch dem zum Siege verhelfen werden, was wir als wahr und heilig erkannt haben; und so wollen wir unser Ziel erreichen: Dem jüdischen Volk das jüdische Land im Geiste des überlieferten Judentums!

Die sozialistisch-zionistische Arbeiterpartei Poalei-Zion.

Von Dr. Felix A. Theilhaber.

Der Benjamin unter den jüdischen Parteien Deutschlands ist die Organisation des „Poalei-Zion", der sozialistisch-zionistischen Arbeiterpartei.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden in der zionistischen Bewegung zwei Strömungen, von denen die eine sich zur orthodoxen Misrachiorganisation entwickelte, während die andere ein demokratisch-rationalistisches Gesicht hatte, das in der Verweltlichung des jüdischen Volkscharakters sein Hauptziel sich steckte. Reform der Chedarim, jener wirklichkeitsfremden Schulen des Ostens, Kampf gegen die weltfremde Orthodoxie, Pflege der jüdischen Sprache, Kunst und Literatur waren einige der Programmpunkte. Diese in Deutschland von Nossig, Feiwel und Buber, von dem Redaktionskreis des „Ost und West" getragene Bewegung ebbte bald ab. Im Osten hat ein Teil der Ideen in einer noch radikaleren zionistischen Bewegung weitere Auswirkung erfahren.

Die „Poalei-Zion", deren Anfänge etwa 15 Jahre zurückliegen, haben sich die Ideologie der sozialistischen Bewegung angeeignet. Die Partei steht, wie die sozialistische Weltorganisation überhaupt, auf dem

Standpunkt des unbedingten Klassenkampfes. Sie erstrebt eine Reform des heutigen Wirtschaftslebens an Haupt und Gliedern, die nicht durch kleine Abschlagszahlungen an die arbeitenden Schichten der Bevölkerung ausgelöst wird, sondern nur dadurch in die Realität überführt wird, daß die Funktionäre und Erwählten aller produktiv Tätigen die Herrschaft und die Gewalt über die Arbeit und den Genuß über die gerechte Verteilung der Monopole, der Produktion und aller Güter bekomme. Zu den Monopolen rechnen vor allem der Grund und Boden, also der ländliche Besitz (Feld, Wald und Wiese), die städtischen Liegenschaften mit den Baulichkeiten, die industriellen Institutionen mit ihren Maschinen, Hallen und dem sonstigen Apparat, die Patente, Bergwerke, Verkehrsmöglichkeiten und Einrichtungen (Eisenbahnen, Straßenbahnen, Schiffahrt), die Ausnutzung der elektrischen Kraft. Der Allgemeinheit zu unterstellen ist die Verteilung der gewonnenen Lebens- und Luxusmittel (Nahrung, Kleidung, Wohnungsbedarf usw.), ferner die geistige Ausbildung der Jugend, die physische Fürsorge für den Menschen und der rechtliche Beistand. Dementsprechend bekämpft die Bewegung die einseitige Ausbildung der Kinder, die den Armen das Studium erschwert oder unmöglich macht und den Söhnen und Töchtern der Wohlhabenden ein Privileg darauf einräumt, der Gesundheit der Reichen überall Vorschub leistet und die Proletarier in Armut, Schmutz und Krankheit verkommen läßt. Im Kampf der Poalei-Zion liegt das Streben, die Gleichheit vor Gott auch vor den Menschen auszudehnen. Zum ersten auf dem Gebiet der Politik. Die Revolutionierung der Welt hat hierin bereits einen bedeutenden Wandel geschaffen, so daß durch den russischen und deutschen Umsturz der politischen Freiheit eine Gasse bereitet wurde.

Soweit ist die Poalei-Zionpartei voll und ganz als eine sozialistische Organisation innerhalb der sozialistischen Weltbewegung zu verstehen. Der jüdische Inhalt, den sie des weiteren vertritt, stellt sich nirgends in Widerspruch zu den Maximen, die sich das Weltproletariat zur Aufgabe gemacht hat. Wie es polnische, deutsche, lettländische, tschechische Untergruppen der sozialistischen Organisation gibt, so existieren die Poalei-Zion als jüdische. Die Sprache der jüdischen Massen ist das Jiddische. Die Partei bedient sich ihrer vor aller Welt und tritt mit aller Energie für ihre Anerkennung, für die Muttersprache von Millionen Menschen ein. Den Bestrebungen, die jüdische Kultur lediglich in religiöse Bahnen zu lenken und sie durch veraltete Gesetze und Vorstellungen zu beeinflussen, wissen die Poalei-Zionisten mit aller Kraft zu entgegnen. Das jüdische Volk ist ferner für sie ein einheitlich lebendes Ganzes, dessen ökonomisches Leben an Abnormitäten krankt, die nicht durch theologische Traktate und Predigten gebessert oder gemildert werden. Ein Teil dieser wirtschaftlichen Misere wird durch die Zerstreuung der Juden hervorgerufen, die ein organisches Volksleben und Sich-Ausleben stört. (Außerdem drückt auf die Juden die heutige allgemeine widersinnige ökonomische Einteilung, der zersetzende Kapitalismus überhaupt.) Ein geregeltes nationales Leben der Juden läßt sich vor allem in Erez Israel, in einem jüdischen Palästina durchführen. Deshalb teilen die Poalei-Zion die zionistischen Tendenzen. Ihre Unterstützung der zionistischen

Idee und Bewegung hat der zionistischen Bewegung vielfach genutzt. Die Mehrzahl der Juden der Länder, in denen große jüdische Zentren existieren, hat sich zum Teil dank der in der Poalei-Zion organisierten jüdischen Proletariermassen für eine Palästinapolitik des jüdischen Volkes ausgesprochen. Insbesondere hat diese Argumentation die Anerkennung des Weltproletariats gefunden. Die sozialistische Internationale hat neuerdings die Poalei-Zionpartei als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen und ihre rein zionistischen Bestrebungen ausdrücklichst und nachdrücklichst zu fördern erklärt.

Bei dem Werdegang der Weltgeschichte, wonach die Ausübung der Macht den Familien einiger weniger erbberechtigter, oft krankhafter Individuen entwunden und der Kontrolle des breiten Rahmens des Volkes unterstellt, wonach dem Zutritt des vierten Standes allmählich Tür und Tor geöffnet wird, ist es rein praktisch gesehen nicht unangenehm, daß sich die jüdischen Arbeitermassen und einzelne Geistesarbeiter nicht blenden lassen, eine absterbende Weltordnung mit ihren Leibern zu decken. Insbesondere kann nur der Sieg der sozialen Idee die nationale und kulturelle Gleichberechtigung der Juden bewerkstelligen und allen grauenhaften Entladungen der antisemitisch-chauvinistisch-nationalen Regungen der Völker die geistigen und mechanischen Unterlagen entziehen.

Der jüdische Mittelstand, der die heutigen nationalen Parteien unterstützt und fördert, leistet daher Systemen Vorschub, in deren Wesen nationale Ausschreitungen und Judenverfolgungen liegen müssen. Jeder Nationalismus, der sich nicht dem Weltsozialismus unterordnet und nicht a priori in allem und jedem die volle ökonomische Gleichberechtigung der anderen Menschheitsgruppen anerkennt, lebt und wirkt sich egoistisch aus. Er wird, wo er jüdische Eigenart als störend empfindet, wo wesensfremde Juden aus dem Ausland einwandern, wo Juden wirtschaftlich besonders erstarken, durch die Aufpeitschung seines imperialistischen Nationalgefühls sich antisemitisch entladen müssen. Die Teilnahme der Juden an den heutigen Mittelstandsparteien, an allen nichtsozialistischen Organisationen, welche ihren anders-nationalen Charakter (deutschen usw.) irgendwie betonen, bewirkt also letzten Endes eine Erstarkung der jüdisch-feindlichen Energien. Entsprechend erscheint auch das reine Nationaljudentum den Poalei-Zion als jingoistisch, wenn es durch keinerlei Gesetz gebunden ist, die Interessen anderer Völker zu wahren. Die Zugehörigkeit zur Internationale verpflichtet die Poalei-Zion, an dem Glück der Menschheit zu arbeiten, während die rein zionistische Bewegung vor allem nationale Motive zu befriedigen sucht. Wie weit diese realiter in Widerspruch mit den vitalen Bedürfnissen anderer Völker sich setzt oder setzen kann, zu untersuchen, überschreitet den Rahmen dieser Darstellung. Soweit sollte nur die Ideologie dieser jüdischen Partei in kurzen Umrissen angezeigt werden. In folgendem mögen einige Details aus der Entwicklung der Poalei-Zion gegeben werden.

Der namhafteste Theoretiker der Partei ist der vor kurzem in jugendlichem Alter verstorbene B. Borochow gewesen. Der Entwicklung der Organisation stand bis zum Weltkrieg die politische Recht-

losigkeit der Juden Rußlands entgegen. Jetzt existieren blühende Landesverbände in Polen, Litauen, in der Ukraine und in Rußland. Einzelne Mitglieder der Poalei-Zion haben als Minister in der Verwaltung dieser Länder fungiert. Mehrere Landesorganisationen standen den Bolschewisten ziemlich nahe und haben deren Herrschaft unterstützt, die Weltorganisation hat keine Stellung hierzu genommen.

Bald nach Anfang des Krieges wurde in Stockholm ein internationales Bureau der Poalei-Zion gegründet, in dem u. a. Chasanowitsch und Berl Locker arbeiteten. Ein besonderes Verdienst erwarb sich diese Zentrale durch die Ausgabe verschiedener Dokumentensammlungen, welche die Judenpogrome und die grauenhafte ökonomische Lage des jüdischen Volkes im Osten beleuchtete. Der Tätigkeit dieses Bureaus ist es auch zu danken, daß die Fäden der Organisation mit den großen Poalei-Zionverbänden der neuen Welt in Nord- und Südamerika nicht abrissen. Insbesondere in den Vereinigten Staaten verfügt die Bewegung über eine große proletarische und gut organisierte Anhängerschar, die nach vielen Zehntausenden zählt.

Fast am ältesten ist die Bewegung in Galizien und Wien verankert. In Galizien hat die Partei schon vor 10 Jahren die Streiks der jüdischen Handlungsgehilfen bewerkstelligt, wodurch diesen die Abkürzung der Arbeitszeit und die Heraufsetzung der Löhne ermöglicht wurde. Schon vor dem Weltkrieg zeigte der galizische Verband radikale Tendenzen. Kein so jugendliches Proletariat wies so rasch eine klassenbewußte Arbeiterschicht auf, wie das jüdische. Bis zum Auftreten der Poalei-Zion verleugneten die jüdischen Sozialisten wenn nicht ihre jüdische Abstammung, so ihre jüdischen Interessen, so daß die Sympathien der breiten sozialistischen Welt nicht besonders für die leidende Judenheit geweckt wurden. Erst der in sich geschlossenen Phalanx der Poalei-Zion gelang es, die Nichtjuden davon zu überzeugen, daß die Armut unter den Juden hundertmal verbreiteter ist als der Reichtum, daß die seelische und physische Not bei keinem Volk auf der Erde mit dem des jüdischen nur verglichen werden könnte.

Die werktätige Hilfe der Proletarier anderer Völker hat sich in vielen Fällen gezeigt. Es läßt sich schwer darüber streiten, wie es aussehen würde, wenn nicht die bewußt jüdischen Sozialisten die übrigen Sozialisten der Internationale zu ihrer Hilfe verpflichteten. Vielfach haben die Vertreter des nichtjüdischen Proletariats zu unsern Gunsten interveniert. Sie sind die einzigen au fond den Juden günstig gesinnten Parteien.

In Palästina haben sich die Poalei-Zion oft in Widerspruch mit den jüdischen Gutsbesitzern und den Funktionären der Wohltätigkeitsinstitutionen — auch der zionistischen Bewegung — gestellt, weil diese selbst ein Mindestmaß von sozialem Mitgefühl missen ließen. Dem Herzlschen Standpunkt von der Einführung des 7 Stunden-Tages, den er als eines der wichtigsten Postulate in seinem „Judenstaat“ verfochten hat, und anderer sozialistischer und menschlicher Selbstverständlichkeiten haben sich die Zionisten programmatisch noch nicht angeschlossen, darüber nur mündlich einige Erklärungen abgegeben; wohl

ist die Nationalisierung des Bodens als notwendig dargelegt; eine radikale Durchführung sozialistischer Forderungen erscheint aber noch nicht als gesichert. Das praktische Auftreten des Zionismus verlangt eine geschlossene, kräftige sozialistische Gruppe, welche Sorge für eine soziale Neuorientierung in Altneuland trägt.

In Deutschland konnte die Poalei-Zion-Organisation während des Krieges nicht legalisiert werden. Die Behörden verfolgten ihre Führer, wiesen viele ihrer Vertreter aus und gestatteten keinerlei öffentliches Auftreten. Nur unter den größten Schwierigkeiten und dem Opfermut der Anhänger gelang es unter dem Deckmantel wissenschaftlicher oder geselliger Vereine den Kontakt der Gesinnungsgenossen zu erhalten und die Lebensinteressen der Mitglieder zu verfechten. Insgesamt mögen ungefähr 60000 Arbeiter aus Rußland und Polen während des Krieges in Deutschland gearbeitet haben, von denen ein beträchtlicher Teil poalei-zionistisch gesinnt war. Infolge der rigorosen Ausweisung ist nur ein Rest von jüdischen Proletariern aus dem Osten im Reich zurückgeblieben. Unter ihnen befinden sich einige hundert landwirtschaftliche Arbeiter, die auf den verschiedensten Gütern arbeiten. Die Zahl der Industriearbeiter und Handwerker mag noch 10000 betragen. Es ist eine alte Sage, die leider sogar noch von vielen Juden geglaubt wird, daß der Jude sich vor körperlicher Arbeit scheut. Die deutsche Judenheit hat für die Ostjudenheit weder Liebe noch Interesse und kennt nur die minderwertigen Elemente, die sich in Deutschland breit machen.

Der Poalei-Zionismus macht seine Anhänger auf ihre produktive Arbeit stolz, er erfüllt sie mit der geistigen Idee, ohne die der Jude nicht zu der schweren körperlichen Tätigkeit überführt werden kann, ohne die die Umstellung eines Krämervolkes in die Bahn von Menschen, welche im Schweiß ihres Angesichts das stumpfere Schuften auf dem Feld und an der Maschine nie auf die Dauer durchhalten würden. Ohne den Sozialismus wird kein denkender Jude Lohnarbeiter bleiben. Er muß den Glauben und die Zuversicht haben, daß der Händler nicht stets das bessere Los, die leichtere Arbeit und die höhere Wertung davonträgt. Er muß in der Idee leben, daß ihm und seiner Klasse bald der volle Wert gezollt wird, die Anerkennung seiner Persönlichkeit und seiner Tat. So ist der Sozialismus die Vorbedingung für ein gedeihliches Aufgehen der Juden in der Industrie. Nur der überzeugte Sozialist bleibt einfacher Fabrikarbeiter. Er lernt seinen Beruf lieben und achten. Er sieht gewissermaßen mit Verachtung auf den Krämer herab, dessen Verdienst ihm und dem Volk das tägliche Brot verteuert.

Es ist sicher kein Zufall, daß das jüdische Fabrikarbeiterproletariat geistig und moralisch auf einer erstaunlichen Höhe steht, daß jeder, der es kennen gelernt hat, es all den Händlern hundertmal vorzieht. Und wie soll sonst unser Volk gesunden, wenn wir es nicht von dem Fluch befreien, der in dem Krämerdasein und in dem Hausierergeist liegt. Warschau z. B. mit seinen 300000 Juden muß eine gesunde soziale Struktur der jüdischen Bevölkerung bekommen, wenn nicht das Elend zu einem chronischen werden soll.

In Deutschland behütete der sozialistische Gedanke viele Ostjuden davor, das Schleichhändlertum der ehrlichen Arbeit in der Fabrik vorzuziehen. Die deutsche Judenheit hat dieses Verdienst der Volkserziehung der Poalei-Zion übersehen. Die poalei-zionistischen Ortsgruppen, die sich in den größeren Städten gebildet haben, insbesondere am Rheinland und in Sachsen, bestärkten diese Menschen in ihrem proletarischen Ehrgefühl. In Berlin haben bekannte sozialistische Führer wie Oskar Cohn, Bernstein, Kaliski, Bloch u. a. großes Interesse für die Poalei-Zion gezeigt. Der bisherige Führer der Poalei-Zion in Deutschland war bis vor kurzem Salomon Rubaschow, der jetzt nach Stockholm zum internationalen Bureau abgereist ist, um sich von hier nach Palästina zu begeben. Die Gründung der Partei hat ein alter Parteigenosse aus Wien J. Kornfeld durchgeführt. Vorerst fehlt den Poalei-Zion in Deutschland der Zustrom von einheimischen Akademikern und Handlungsgehilfen, wie es in Österreich der Fall ist, wo allenthalben zionistisch-sozialistische Verbindungen und Handlungsgehilfenverbände deutscher Juden existieren. Der jüdische Angestellte einer reichsdeutschen Bank ist meist weder klassenbewußt noch jüdisch interessiert.

In bezug auf die jüdische Gemeinde verlangt der Poalei-Zionismus die Umstellung auf ein national-soziales Programm. In Österreich wurden bereits verschiedene Poalei-Zionisten in die Gemeindestube gewählt, in Polen und in der Ukraine ist die Poalei-Zion eine der größten Parteien, in dem polnischen Sejim ist die Poalei-Zion gleichfalls vertreten. Es ist eine Prophezeiung, wohl aber eine naheliegende, daß die Poalei-Zionisten, die sich erst kurz konsolidiert haben, für ihre Idee auch unter den deutschen Juden werben werden. Bei der stärker werdenden Proletarisierung der kapitalschwächeren Juden und bei der günstigen Zeitströmung ist mit einer Ausbreitung der Poalei-Zionisten in Deutschland aufs bestimmteste zu rechnen. Vorerst steht dem der Mangel an geeigneter Literatur im Wege. Das ältere Schrifttum ist in Jiddisch niedergelegt, in welcher Sprache eine große Zahl verbreiteter Zeitschriften erscheinen. Im letzten Jahre ist in Wien die „Freie Tribüne" und in Brünn „Der jüdische Sozialist" begründet worden, zwei Zeitschriften, die in deutscher Sprache herausgegeben werden und der Propaganda gute Dienste leisten. Außerdem hat die Reichsdeutsche Leitung einige Broschüren verfaßt. Artikel in den „Neuen jüdischen Monatsheften" sowie den „Sozialistischen Monatsheften" beleuchteten das Wesen des jüdischen Sozialismus. Die jüdische Presse hatte in den letzten Jahren reichlich Gelegenheit, über das Auftreten und Wirken der Poalei-Zionisten Nachrichten zu bringen. Bei dem Anwachsen der Bewegung, die heute eine nach Hunderttausenden zählende Anhängerschaft in der Welt besitzt, ist es zu erwarten, daß ihre Einwirkung auf die geistige Struktur der Judenheit, auch der deutschen, einen nachhaltigen Einfluß ausüben wird. Deshalb wird auch der Gegner und ferner Stehende gut tun, sich nachhaltig für diese Volksbewegung zu interessieren.

Die nationaljüdische Jugendbewegung.

Von Alfred Marcus.

Wie jede starke und natürliche Volksbewegung werden auch die nationaljüdischen und zionistischen Bestrebungen von der Jugend getragen und von ihr entscheidend beeinflußt. Die Stärke und Stoßkraft der nationaljüdischen Bewegung beruht nicht zum kleinsten Teil auf der Tatsache, daß ihr Schwergewicht bei der Jugend als den Aktivsten, den Unbedingtesten, den Trägern der Entwicklung liegt. Wenn man nun daran geht, im Rahmen der Aufsätze dieses Buches über Organisation und Arbeit der national-jüdischen Jugend etwas zu sagen, so muß vor allem auf eine wesentliche Eigentümlichkeit hingewiesen werden, die diesem Kreise junger Menschen Form, Farbe und Leben verleiht: das Primat des Jüdischen. Dieser Jugend steht das Judentum im Mittelpunkte ihrer ganzen Gedankenwelt. Der Wille zur nationalen Zukunft des Volkes bedeutet ihr nicht nur Bekenntnis zu einer Organisation oder Partei, sondern ist ihrem ganzen Leben Aufgabe und Ziel. Daher waren ihre Verbände von Anfang an keine losen Zweckverbände, sondern haben von dem Augenblick an, da sie sich fest organisierten, von ihren Mitgliedern restlose Hingabe an ihre Arbeit verlangt. Sie sehen ihre Aufgabe darin, den jungen Menschen ganz zu erfassen, um ihm durch eine lediglich jüdische Einstellung die feste, durch kein Schwanken zwischen den Völkern erschütterte Basis zu geben, auf der er sein Leben ohne Zwiespalt und Bruch zu einem Ganzen gestalten kann.

Bereits bevor der nationaljüdische Gedanke feste Gestalt annahm und in seiner zionistischen Konsequenz zur politischen Partei führte, waren in der jüdischen Jugend starke auf Erneuerung und Verlebendigung jüdischen Volkslebens gerichtete Tendenzen vorhanden. In Deutschland hatten sie besonders in dem Kreise junger Akademiker Anhänger gefunden, die sich 1895 in Berlin zu einer „Vereinigung Jüdischer Studenten" zusammenschlossen und sich nach dem Auftreten Theodor Herzls dem Führer zur Verfügung stellten. Die hieraus entstandenen beiden Verbände, der „Bund Jüdischer Korporationen" und das „Kartell Zionistischer Verbindungen" schlossen sich kurz vor dem Kriege zu dem „Kartell Jüdischer Verbindungen" zusammen, das augenblicklich mehr als 1300 Mitglieder in 19 Verbindungen an 16 Hochschulen zählt. Die Verbindungen erstreben die Erziehung ihrer Mitglieder zum Zionismus. Fuxenstunden, Burschenkurse, Hebräisch und Palästinakunde bilden die Grundlage der jüdischen Ausbildung, daneben wird in allen Korporationen gewandert, geturnt und Sport getrieben.

Ähnlich wie das K. J. V. arbeitet der „Herzl-Bund" (das Kartell der Herzl-Klubs). Die Herzl-Klubs sind Korporationen junger Zionisten nichtakademischer Berufe. Herzl-Klubs bestehen in Deutschland an 10 Orten. Ihr innerer Aufbau ist ähnlich dem der studentischen Korporationen. Sie wollen ihre Mitglieder nationaljüdisch erziehen, für ihre zionistische Ausbildung Sorge tragen und sie auf ihr Leben in Palästina vorbereiten. Da sie in ihrer Mehrzahl sich aus Kaufleuten zusammensetzen, suchen sie ihre Mitglieder in der Aneignung von wirtschaft-

lichen Kenntnissen zu fördern und sie besonders auf die Gebiete hinzuweisen, deren Kenntnis und Beherrschung für den Aufbau der palästinensischen Wirtschaft von Wert zu werden verspricht. Auf diese Weise suchen sie ihre durch Beruf und Anlagen gegebenen Fähigkeiten in den Dienst der Bewegung zu stellen. Im ganzen Bunde herrscht ein enges bundesbrüderliches Gemeinschaftsleben und eine gewisse Disziplin. Aufgenommen werden nur junge Leute, die gewillt sind, sich unbedingt in den Dienst der Bewegung zu stellen und allen Forderungen, die die Gemeinschaft an sie stellt, zu genügen.

Die „Zionistischen Mädchenklubs" suchen ähnlich wie K. J. V. und H. B. all die jungen Mädchen zu vereinen, die gewillt sind, sich mit ihrer ganzen Person für die Idee einzusetzen.

Im Gegensatz zum K. J. V., Herzl-Bund und den Mädchenklubs suchen die „Zionistischen Jugendvereine", die gleichfalls in einem Kartell vereinigt sind, die große Masse der jungen Menschen beiderlei Geschlechts zu erfassen, die aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sind, sich so intensiv der Bewegung zu widmen, wie die genannten Korporationen. Aber auch hier versucht man durch immer höhere Anforderungen, durch immer stärkeres Einstellen des persönlichen Lebens des einzelnen in die Bewegung die Mitglieder dahin zu bringen, daß sie mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft für die Verwirklichung der nationaljüdischen Idee eintreten.

Eine der ältesten und größten Organisationen ist die „Jüdische Turnerschaft". Sie steht nicht auf parteimäßig zionistischem Boden, sondern verlangt von ihren Mitgliedern lediglich die Anerkennung des nationaljüdischen Gedankens. Sie ist aus der Erkenntnis heraus entstanden, daß die Verkündung einer neuen Idee noch nicht deren Erfüllung ist, daß vor allem die geistige Überwindung des Galuth nur eine unvollkommene ist, wenn sie nicht von körperlicher Regeneration begleitet wird. Wenn auch ihre Mitglieder in der Mehrzahl nicht aus Zionisten bestehen, so herrscht doch eine enge Verbindung mit den rein zionistischen Organisationen, schon deshalb, weil diese meist korporativ innerhalb des Turnvereins ihre turnerische und sportliche Ausbildung pflegen. Der nationaljüdischen Turnerschaft ist es zu danken, daß die Pflege der körperlichen Betätigung immer mehr in der jüdischen Jugend Platz greift und dadurch die so nötige körperliche Ertüchtigung und Regeneration herbeigeführt wird. Der Turnerschaft angeschlossen sind außer den Turnvereinen auch besondere Frauenturnvereine, ferner die Ruderklubs, in denen außer sportlicher Betätigung auch ein starkes Gemeinschaftsleben herrscht und für intensive Beschäftigung mit allen jüdischen Dingen Sorge getragen wird, die Fechterschaft und auch die akademischen Verbindungen, die auf sportlicher Grundlage beruhen.

Immer größere Bedeutung erlangt der Jüdische Wanderbund Blau-Weiß. Auch er steht keineswegs auf parteipolitisch-zionistischer Basis und hält sich streng von jeder politischen Beeinflussung der Schüler, die in ihm wandern, frei. Daß allerdings die entschiedene nationaljüdische Gesinnung, die in ihm herrscht, und eine entsprechende Erziehung konsequent zum Zionismus führt, eine Konsequenz, die aber jeder für sich zu ziehen hat, ist unbestreitbar. Der Blau-Weiß umfaßt

einen großen Teil der jüdischen Schüler, besonders der höheren Lehranstalten (der gesamte Bund hat ungefähr 4000 Mitglieder). Sein Aufbau ist äußerlich ähnlich dem des Wandervogels. Da er seine Mitglieder von ihrer frühesten Jugend an erfaßt, und ihnen neben dem Wandern und einer rein ethischen Erziehung in hohem Maße jüdische Werte vermittelt, herrscht in ihm ein Geist voll Unbedingtheit, dessen Konsequenzen sich darin zeigen, daß heute Hunderte von Blau-Weiß-Jungen und -Mädchen in landwirtschaftliche Berufe übergegangen sind, der das Fundament für den Aufbau eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina bilden wird. Da dieser Kreis von der Jugend allein geschaffen wurde und geleitet wird, herrscht in ihm eine wirkliche Jugendlichkeit, so daß er einen der wertvollsten Bestandteile der ganzen nationaljüdischen Jugendbewegung darstellt.

Auch das „Jüdische Volksheim" in Berlin muß man zur Jugendbewegung rechnen. Hier fanden sich junge Studenten, Kaufleute und Mädchen zusammen, um soziale Arbeit unmittelbar am Volke zu leisten. Das Volksheim ist auf der gleichen Grundlage aufgebaut wie die englischen Settlements, in denen eine Gemeinschaft junger Menschen aus den Kreisen der Intelligenz es zuerst versucht hat, ihre sozialen Ideale durch Erziehungsarbeit an der proletarischen Jugend zu verwirklichen. Das Berliner Volksheim liegt dementsprechend in dem von der ostjüdischen Bevölkerung am stärksten bewohnten Stadtteil Berlins, ständig von einigen jungen Menschen — den „Siedlern" — bewohnt, die auf diese Weise am Leben der Volksmassen teilnehmen, in enger Gemeinschaft mit ihrer Jugend leben, um von ihr jüdische Werte zu empfangen und andererseits in jeder Weise und unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit ihre erzieherisch-soziale Tätigkeit ausüben zu können. Etwa 300 Kinder kommen täglich ins Heim. Außer den Siedlern arbeiten im Heim eine Anzahl von Helfern und Helferinnen. Die aus diesen und den Siedlern bestehende „Helferschaft" hat es sich zur Aufgabe gesetzt, sowohl sich selbst im nationaljüdischen Sinne zu erziehen, wie auch auf die Volksheimjugend in der Weise einzuwirken, daß in ihr die aus der Familie übernommenen jüdischen Werte zu lebendigen Kräften entwickelt werden.

Lose Schülervereinigungen auf nationaljüdischem Boden bilden die „Jung Juda-Gruppen". Auf streng traditionell-religiöser Grundlage stehen die „Misrachi-Jugendgruppen". Sie stellen das religiöse Moment naturgemäß stärker in den Vordergrund, im übrigen aber pflegen sie dieselben Dinge wie die anderen nationaljüdischen Jugendvereine.

Das allen Vereinen Gemeinsame ist die alles beherrschende, alles treibende Kraft, der ganz starke Wille, wieder den Weg zum Judentum zurückzufinden. Ein wesentliches Kennzeichen des Fruchtbarwerdens dieser Tendenz ist die seit kurzer Zeit sehr stark einsetzende Bewegung zur Hebraisierung der Jugend, das Hebräischlernen — das wirkliche, praktische Erlernen der Sprache —, um so in der Sprache dem Volksleben wieder die eigene Form zu geben, die es so lange hat entbehren müssen, und ohne die eine gesunde kulturelle Entwicklung nicht möglich sein kann.

DIE ORGANISATIONEN

Der Orden Bnei Briß in Deutschland (U. O. B. B.).

Von Dr. Alfred Goldschmidt, Berlin.

Die Großloge für Deutschland VIII U. O. B. B. verkörpert die Vertretung von 80 deutschen Logen, die sich zusammengeschlossen haben, um den Menschheitsgedanken der Wohltätigkeit, Bruderliebe und Eintracht unter edeldenkenden Israeliten zu pflegen. Die Gründung der ersten deutschen Loge (der Deutschen Reichsloge) fällt in die Anfangszeit der antisemitischen Bewegung in Deutschland, als im deutschen Logenwesen der Versuch gemacht wurde, Juden von diesem Menschheitsgedanken auszuschließen oder mindestens ihnen die Gemeinsamkeit zu erschweren. Die deutschen Logen bilden einen Orden jüdischer Männer, der sich, auf dem Boden getreuer vaterländischer Gesinnung, die Aufgabe gestellt hat, den geistigen und sittlichen Charakter der Glaubensgenossen zu stärken, ihnen über den Kreis der Bekenntnisgemeinschaft hinaus die reinsten Grundsätze der Menschenliebe einzuprägen, Wissenschaft und Kunst zu unterstützen, Not zu lindern, Opfern der Verfolgung zu Hilfe zu kommen und Bedürftigen in allen Lagen hilfreich beizustehen.

Der Orden hofft an seinem Teile dazu beizutragen, daß der Gedanke der Menschlichkeit sich nicht nur auf eine Konfession oder auf Konfessionen beschränke, sondern daß er ein wahrhaft umfassender Menschheitsgedanke werde. Aus solcher Anschauung heraus beschränkt der Orden seine Hilfstätigkeit nicht auf die jüdische Bekennerschaft, aber es liegt nahe, daß sie im wesentlichen auf sie gerichtet ist, nachdem durch Jahrzehnte hindurch von Staat und Gesellschaft Juden die Gleichheit in wichtigsten Lebenlagen versagt worden ist.

Der deutsche Distrikt des Unabhängigen Ordens Bnei Briß „Söhne des Bundes" wird als der achte bezeichnet.

Der Gesamtorden, der sich über vier Erdteile erstreckt, zählt nach Angaben, die der Zeit vor dem Kriege entstammen, 11 Distrikte: 7 in Amerika, dem Ausgangsland (1843), 1 in Deutschland, 1 in Rumänien, 1 in Österreich, 1 im Orient. Die 7 Distrikte in Amerika besitzen über 300 Logen (darunter 3 in Kanada), der deutsche Distrikt 80, Rumänien 13, Österreich-Ungarn 14, der Orient 12 Logen. In Bulgarien sind 6 Logen, in Ägypten 3, in Palästina und Syrien 6, Serbien 1, Türkei 4, Schweiz 2, England 2, Dänemark 1. Die Verfassung des Ordens ist eine konstitutionell-demokratische. Der deutsche Distrikt

setzt sich aus 80 Logen zusammen und ist vollkommen von den anderen Großlogen unabhängig. Die Verbindung mit ihnen ist eine formelle und ideelle. Die deutsche Großloge ist in ihrer Gesetzgebung selbständig. Die erste deutsche Loge wurde im Jahre 1885, nachdem in Deutschland zwölf Logen entstanden waren, konstituiert. — Der erste Großpräsident war Julius Fenchel (1885—1887), der zweite Louis Maretzki (1887—1897), der dritte ist Berthold Timendorfer (seit 1898). Die Grundlage der gesamten Organisation bildet die einzelne Loge. Aus den Expräsidenten der einzelnen Logen setzt sich die Großloge zusammen, an deren Spitze der Großpräsident steht. Die Großloge tritt alle zwei Jahre zu einer Vollversammlung zusammen. Mitglied der Großloge ist jeder Expräsident, d. h. jeder Präsident nach Beendigung der einjährigen Präsidentschaft. Stimmrecht üben diejenigen Expräsidenten aus, die als „Repräsentanten zur Großloge" (von jeder Loge je einer auf jedes angefangene Hundert des Mitgliederbestandes) gewählt sind. In der zweijährigen Zwischenzeit werden die Geschäfte von dem aus 28 Mitgliedern bestehenden Generalkomitee bzw. von dem aus diesem heraus gewäh ten Geschäftsausschuß geführt. — Der Geschäftsausschuß besteht aus 7 Mitgliedern.

Das Präsidium der Großloge besteht aus dem Großpräsidenten, den beiden Vizegroßpräsidenten, dem Großsekretär, dem Großschatzmeister.

Die eigentliche Aufgabe des Ordens ist in der Forderung enthalten: „Israeliten zu vereinen zur Förderung der höchsten und idealsten Interessen der Menschheit."

Diese Aufgabe läßt sich in drei Gruppenaufgaben auflösen: 1. das ethische Erziehungswerk des Ordens, 2. das soziale und humanitäre Hilfswerk, 3. das Werk der Verbrüderung, der Stärkung des Solidaritätsgedankens.

Die Zusammenfassung der Juden verschiedenster Anschauungen und Überzeugungen auf der Basis eines jüdischen ethischen Programms ermöglichte die gesellschaftliche Sammlung. Der Antisemitismus der 80er Jahre traf die Juden völlig unvorbereitet. Die eigentlichen Abwehrbewegungen setzten erst später ein. — Eine ungeheure Verschüchterung gegenüber der Roheit des Angriffes drückte damals nieder. Der Freimaurerbund versagte. Die Logen des U. O. B. B. traten an seine Stelle und verkündeten den Gedanken der Humanität. Eine Loge nach der anderen entstand. So fand man eine Stelle, wo man sein Haupt freier erheben konnte, fand das, was im geselligen Verkehr unbedingtes Erfordernis ist: Unbefangenheit.

Die weitere Aufgabe fiel dem Orden als Lehrer zu. Immer wieder ertönten Stimmen, und man brauchte nur feinfühlig und feinhörig genug sein, sie zu hören. Diese Stimmen sprachen: Erkennt die Bedeutung der uns umgebenden feindlichen Bewegung, stellt manches ab, was rein äußerlich Anlaß zu Angriffen gibt, haltet eure Ehre rein, laßt euch mehr suchen, als daß ihr den anderen nachgeht. Mit einem Worte: Werdet steifnackig! Mit solcher Lehre wurde der Orden die Vorschule der politischen Organisationen der Abwehr.

Auf die humanitäre und soziale Betätigung kann der Orden besonders stolz sein. Es gibt keine Organisation, die auf diesem Gebiete so vieles geleistet hätte, wie der Orden, Gesamtorden sowohl wie der Orden in Deutschland.

Die humanitären Einrichtungen und Schöpfungen des Ordens und der einzelnen Logen anzuführen, ist im Rahmen einer kurzen Beschreibung nicht möglich: sie würde ein besonderes Buch für sich beanspruchen. Nicht feststellbar ist die mannigfache Hilfstätigkeit der einzelnen Brüder, die angeregt durch den Gedanken des Ordens Arbeit und Leistung in so vielfachen Vereinen und Organisationen zur Verfügung stellen. In gleicher Weise darf von der Großloge gesagt werden, daß es wohl kaum eine jüdische Organisation von Bedeutung in Deutschland gibt, in der sie nicht in irgendeiner Weise beteiligt ist.

Der Orden hat im Kriege seine Tätigkeit den besonderen Verhältnissen entsprechend angepaßt. Als eine vornehmlich bemerkenswerte Kriegsleistung darf die Einrichtung des Kriegslazaretts der Logen, die Institution der Krankenpflegerinnen, des „Vereinslazarettzuges M 3" angesehen werden, die anerkanntermaßen unendlichen Segen gestiftet haben.

Der U. O. B. B. ist ein jüdischer Orden. Er hat mitgearbeitet an der Bedeutung des Judentums als sozialen Faktors im Gemeinschaftsleben. Er setzt Treue zum Judentum voraus und dient der Pflege und Stärkung jüdischen Bewußtseins.

Diese Note, die sich stützt auf Stammesgemeinschaft, geistige Wesenheiten, gemeinsame Geschichte und gemeinsames Geschick, gesellschaftliche Gruppierung und vielfach sich verschlingende wirtschaftliche Interessen darf neben der religiösen und neben der nationalen, die von einer bestimmten Partei vertreten wird, beanspruchen, die Judenheit auf gemeinsamer Grundlage aus den verschiedenen Lagern zu einen und zu verbinden. Diesem brüderlichen Zusammenschluß vor allem dient der Orden Bnei Briß.

Der Verband der Deutschen Juden.

Von seinem Generalsekretär Rechtsanwalt Dr. Max J. Loewenthal.

Der Verband der Deutschen Juden ist vor fünfzehn Jahren, am 29. April 1904, errichtet worden; die Anfänge seiner Entstehung reichen vor das Jahr 1900 zurück. Er war — wie Geheimrat Fuchs in seiner ersten Hauptversammlung im Oktober 1905 es darlegte — „eine geschichtliche Notwendigkeit, berufen, eine Lücke auszufüllen, die sich in der Geschichte der der Emanzipation nachfolgenden jüdischen Kämpfe und Bestrebungen überaus fühlbar gemacht hat".

Der antisemitischen Bewegung der 70er und 80er Jahre stand die deutsche Judenheit anfänglich fast wehrlos gegenüber, wehrlos zum Teil durch eigene Schuld: die im glänzenden wirtschaftlichen Aufstieg

des jungen Reichs sich genügende, „aufgeklärte" Generation war — nicht etwa nur auf jüdischer Seite — ohne tieferes ideelles Interesse; die Juden waren demgemäß zum großen Teil ihrem Judentum gegenüber gleichgültig und daher ohne einigenden wehrkräftigen Zusammenschluß. Eine zusammenfassende staatliche Organisation fehlte in den meisten Bundesstaaten, namentlich im größten und führenden Preußen, dessen Judengesetz von 1847 nur die einzelnen Gemeinden als jede auf sich selber angewiesene Religionsgesellschaft anerkannte; der seit 1869 bestehende Deutsch-Israelitische Gemeindebund suchte diese Schwäche für die inneren sozialen und kulturellen Gemeindeaufgaben auszugleichen, aber er bildete kein Organ, das die deutsche Judenheit als solche nach außen gegenüber mißgünstigen Staatsmeinungen oder feindseligen Volksstimmungen vertreten hätte. Kennzeichnend ist, daß — von eifrig wirksamen aber doch exklusiv kleinen Komitees abgesehen — die erste wichtige Abwehrorganisation 1890 in dem — nicht jüdischen — Verein zur Abwehr des Antisemitismus erstand.

Erst 1893 wurde der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gegründet, in dem sich nun nach und nach weitere Kreise der Juden, die ihr Judentum wie ihr Deutschtum wahren und verteidigen wollten, zur Abwehr sammelten. Freilich die vielfachen Aufgaben einer Gesamtvertretung der deutschen Judenheit konnte auch der Centralverein — schon als ein Verein von, wenn auch noch so vielen, Einzelpersonen — nicht erfüllen, da er als solcher, namentlich gegenüber den staatlichen Gewalten, den gesetzgebenden Faktoren nicht den Anspruch erheben konnte, namens der in Gemeinden und Sonderverbänden organisierten Gesamtheit aufzutreten. Aber sein Wirken belebte und stärkte wieder das Bewußtsein jüdischer Zusammengehörigkeit — wie das mit noch so anderen Zielen doch gleichermaßen auch die dann einsetzende zionistische Bewegung tat —, und die aus diesem Wiedererwachen jüdischen Bewußtseins in Deutschland sich ergebende Wirksamkeit vieler Einzelorganisationen machte das Bedürfnis nach einem Zusammenschluß aller um so fühlbarer. Nur dieser konnte die sich regenden Kräfte vor Zersplitterung und gegenseitiger Schädigung bewahren, widerstreitende Interessen zum Besten der Gesamtheit ausgleichen und ihr so nach außen eine rechtmäßige und kraftvolle Vertretung schaffen.

Die von Justizrat Breslauer ausgegangene und mit Professor Martin Philippson erörterte Anregung eines regelmäßigen allgemeinen „deutschen Judentages" wurde von Fuchs und Horwitz, den Leitern des Centralvereins, denen sich Justizrat Edmund Friedemann anschloß, aufgegriffen und zugleich mit dem zuerst von Fuchs geäußerten Gedanken der Schaffung einer ständigen Zusammenfassung der bestehenden jüdischen Organisationen in einer aus ganz Deutschland nach Berlin zusammenberufenen Versammlung am 27. Dezember 1900 zur Erörterung gestellt. Hier wurde die Schaffung des zusammenfassenden Verbandes beschlossen. — Unabhängig hiervon trat 1902 in Frankfurt a. M. ein Komitee zusammen, das gleichfalls den Zusammenschluß befürwortete und demzufolge sich dem Berliner Komitee anschloß. Es folgten gemeinsame Beratungen in Frankfurt und in Erfurt im Mai und Juni 1903

mit dem Ergebnis, daß ein Ausschuß beauftragt wurde, Satzungen eines Verbandes auszuarbeiten, seine Organisation vorzubereiten und eine konstituierende Versammlung zu berufen, aus deren Beratungen in Berlin am 29. April 1904 dann der Verband der Deutschen Juden hervorging.

Der Aufbau des Verbandes, zu dem die in dieser Versammlung beschlossene Satzung den Grund legte, verband den Berliner Gedanken einer Zusammenfassung der Gemeinden und Organisationen mit der Frankfurter Anregung des Zusammenschlusses einer Anzahl freigewählter Einzelpersönlichkeiten, die als Repräsentanten der deutschen Judenheit Geltung beanspruchen konnten. Dementsprechend setzt sich die — zweijährliche — Hauptversammlung des Verbandes zusammen aus den Delegierten der Gemeinden, aus den Delegierten der damals bestehenden wichtigen Verbände und Körperschaften und einer den vierten Teil der beiden anderen Gruppen nicht übersteigenden Zahl von Einzelpersonen, bei deren Auswahl in den späteren Jahren namentlich auch die — z. T. inzwischen entstandenen — Organisationen berücksichtigt wurden, die nicht schon satzungsgemäß vertreten waren (wie der Frauenbund, der Verband der jüdischen Jugendvereine, die Zionistische Vereinigung u. a. m.). — Die Hauptversammlung wählt einen Ausschuß von 21 Mitgliedern, der sich jedesmal durch Zuwahlen ergänzt und allmählich auf gegen 80 Köpfe angewachsen ist. Zur Führung der Geschäfte, an der seine zahlreichen Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands nicht ständig mitwirken können, hat der Ausschuß bald nach der Errichtung des Verbandes einen Geschäftsführenden Ausschuß eingesetzt; zu seinem ersten Vorsitzenden wählte er den damaligen Vorsitzenden des Gemeindebundes Professor Dr. Philippson; ihm folgte bald Justizrat Dr. Edmund Lachmann, seinerzeit stellv. Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin, diesem 1909 Justizrat Dr. Horwitz, der gleichzeitig Vorsitzender des Centralvereins war, und bei dessen Tode 1917 Geheimer Justizrat Cassel. — Der Geschäftsführende Ausschuß hält der Regel nach mindestens jeden Monat eine Sitzung ab; der Gesamtausschuß pflegt drei- bis viermal im Jahr zusammenzutreten, und zwar stets in Berlin, dem Sitz des Verbandes, während man die Hauptversammlung mit Bedacht den Schauplatz wechseln ließ: sie tagte nur 1905 und 1911 in Berlin, 1907 in Frankfurt, 1909 in Breslau und 1913 in Hamburg mit einer von 350—500 wachsenden Zahl stimmberechtigter Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands.

Der Aufgabenkreis des Verbandes ist entsprechend dem Zweck seiner Gründung positiv wie negativ in den beiden ersten Artikeln seiner Satzung umschrieben. Sie lauten:

§ 1. Der „Verband der Deutschen Juden“ bezweckt die Vertretung aller den Juden im Deutschen Reich gemeinsamen Interessen.

§ 2. Die Erörterung von Fragen der Religion und des Kultus sowie der inneren Verwaltung der Gemeinden ist nur insoweit statthaft, als es sich um die Abwehr von Angriffen handelt.

Das Hauptziel seiner Wirksamkeit war von vornherein die Durchsetzung und vollgültige Anerkennung der Gleichberechtigung der Juden

und des Judentums in Deutschland; auf dies Ziel richtete sich unmittelbar oder mittelbar die vielgestaltige Tätigkeit, die der Verband entwickelt hat.

Es kann hier keine erschöpfende Darstellung all dessen gegeben werden, was der Verband in 15 Jahren im Kampf um dieses Ziel getan — und bis vorm Kriegsausbruch in 8 Geschäftsberichten mitgeteilt — hat, sondern nur eine zusammenfassende Übersicht über die wesentlichen Gebiete seiner Arbeit, die zugleich von seiner Stellung und Bedeutung innerhalb der deutschen Judenheit einen Eindruck gibt.

Der Verband mußte nach seinem Zweck und seinem Aufbau ein Sammelbecken sein für die Forderungen, Wünsche und Anregungen, die aus allen Teilen der deutschen Judenheit laut wurden und namentlich vom Staat Beachtung erheischten. Ihm wurden sie zur Erörterung und Vertretung zugetragen von den Gemeinden und den Einzelverbänden, die ihm satzungsmäßig angehören, oder deren Führer in seinem Ausschuß sind, von den Korrespondenten und Vertrauensleuten, die er in allen Teilen des Reichs zur regelmäßigen Berichterstattung und Mitarbeit herangezogen hat, und die ihm für seine Anträge und Veröffentlichungen die nötigen zuverlässigen Unterlagen liefern.

Die erste wichtige gesetzgeberische Gelegenheit zur Wahrnehmung der ihm anvertrauten Interessen bot dem Verbande die Beratung des preußischen Volksschulunterhaltungsgesetzes, dessen Entwurf im Dezember 1905 dem Abgeordnetenhause vorlag und in seinen Bestimmungen die Rechtsgrundlagen der jüdischen Volksschulen sowie die Rechte der an allgemeinen Volksschulen angestellten jüdischen Lehrer völlig der Verwaltungswillkür überließ. Der Verband unterbreitete dem Abgeordnetenhause eine eingehende Denkschrift mit einer Reihe von Anträgen, der sich von den etwa 1200 jüdischen Gemeinden in Preußen nicht weniger als 975 ausdrücklich anschlossen; wiederholte Verhandlungen mit Regierungsvertretern und Abgeordneten folgten, und es wurde eine wesentliche Umgestaltung der maßgebenden Bestimmungen erreicht, derart, daß vor allem die drohende Verschlechterung der Rechtslage verhindert wurde. Überdies wurden die Ausdehnung einer Bestimmung des altpreußischen Judengesetzes von 1847 betreffend kommunale Beisteuer zu dem von jüdischen Gemeinden eingerichteten Volksschul- und Religionsunterricht auf ganz Preußen sowie die Heranziehung von Rabbinern zu Schuldeputationen und Schulvorständen durchgesetzt. — Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erschien — 1908 — auf Veranlassung des Verbandes das Werk von Dr. Ismar Freund über „Die Rechtsstellung der Juden im preußischen Volksschulrecht", das — rund 400 Seiten stark — die vielfachen Gesetze und Verordnungen auf diesem Rechtsgebiet zum ersten Male zusammenfaßte und systematisch darstellte, ein bis dahin entbehrtes wertvolles Handbuch für alle am jüdischen Schulwesen irgend interessierten Stellen.

Auf dem Gebiet des Unterrichtswesens hat sich auch mehrfach der Wert des Verbandes als einer Zentralinstanz erwiesen, die Sonderinteressen auszugleichen und zu vereinen vermag. So konnte er 1907 die zuerst widersprechenden Wünsche von Lehrervereinen einerseits und des Rabbinerverbandes anderseits betreffend die Lehrbefähigung für

den jüdischen Religionsunterricht nach eingehenden gemeinsamen Beratungen vereinigen und in einer Eingabe an den preußischen Kultusminister zum Ausdruck bringen, und wiederum in der Frage des Religionsunterrichts an den höheren Lehranstalten eine Einigung des Rabbinerverbandes und des Gemeindebundes zu einer von diesem unterzeichneten Eingabe herbeiführen, die er dem Kultusminister 1909 befürwortend weitergab.

Der Förderung des Religionsunterrichts dienten auch die Anträge, die die Einstellung von Mitteln zur Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden in den preußischen Schuletat forderten und zum erstenmal für das Etatsjahr 1908 mit Hilfe einer Resolution des Abgeordnetenhauses in Gestalt eines Fonds von 40000 M. erreichten, dessen künftige Erhöhung in Erklärungen des Regierungsvertreters und der Parteien in Aussicht gestellt wurde.

Aber dieser „Resolutionsfonds" blieb bislang der einzige geringe Betrag, den der Preußische Staat für die religiösen Bedürfnisse seiner jüdischen Bürger zur Verfügung stellte, während er für die christlichen Kirchen, ihre Beamten und Einrichtungen stets und steigend sehr beträchtliche Mittel verwendet hat, die doch zum Teil auch von den jüdischen Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. Daher trat — zum ersten Male 1908 — der Verband an die Regierung mit Anträgen heran, in den Staatshaushaltsvoranschlag auch einen angemessenen Zuschuß für jüdische Synagogengemeinden und deren Rabbiner und sonstige Kultusbeamte einzusetzen, und nahm dann die Pfarrerbesoldungsvorlagen als Anlaß zu Eingaben und Verhandlungen, zunächst freilich nur mit dem Erfolg, daß der Regierungsvertreter die Anwendbarkeit eines Etatstitels betreffend Unterstützungen bedürftiger Geistlicher auch auf Rabbiner erklärte. — Die wachsenden Schwierigkeiten vieler kleiner Gemeinden veranlaßten 1911 die Wiederaufnahme der früheren Bemühungen: eine Eingabe mit ausführlichem Material ging an den Kultus- und an den Finanzminister; Geheimrat Cassel, damals einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes, stellte und begründete eingehend als Mitglied der Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses in dieser einen entsprechenden Antrag und erzielte diesmal auch bei Parteien, die sich früher ablehnend geäußert hatten, die Bereitwilligkeit, „einen Boden der Verständigung zu finden"; zu einer Beschlußfassung im Plenum kam es freilich nicht mehr; aber erwähnenswert ist aus der Debatte immerhin, daß der damalige Abgeordnete Hoffmann — der seither vorübergehend als Kultusminister gewirkt hat — durch heftige Angriffe, die Geheimrat Cassel sehr energisch zurückweisen konnte, die Sympathieerklärungen fast aller übrigen Redner für den Antrag nur entschiedener machte. Und noch eines verdient Erwähnung: daß die Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums sich ebenso wie die Vereinigung für das liberale Judentum dem Antrage des Verbandes in einer besonderen Eingabe ausdrücklich anschloß. Freilich hat jene in ihrer Eingabe dem Preußischen Abgeordnetenhause unter scharfer Hervorhebung der religiösen Auffassungsgegensätze zwischen der „traditionstreuen, sogenannten orthodoxen Richtung und der liberalen oder reformierten" innerhalb des Judentums

einen Zusammenschluß der preußischen Judenheit als „undenkbar" hingestellt und dadurch das Auftreten des Verbandes als eines Sprechers für die Gesamtheit diskreditiert.

Dabei hat es der Verband nie an sich fehlen lassen, wenn es galt, für Einrichtungen des Judentums, die wohl jeder Jude achtet, aber nur die strenger nach den religiösen Vorschriften lebende Minderheit der deutschen Glaubensgenossen beobachtet, schützend und fördernd einzutreten. So ist er vom Beginn seiner Wirksamkeit an bei jedem Anlaß aufs energischste allen Treibereien auf gesetzgeberische Hinderung des Schächtens entgegengetreten. Die von Hirsch Hildesheimer gesammelten wissenschaftlichen „Gutachten über das jüdisch-rituelle Schlachtverfahren", die gegenüber dieser Agitation wertvolle Aufklärungsdienste geleistet haben, erschienen 1906 und 1909, „herausgegeben vom Verband der Deutschen Juden"; mit einer ganzen Reihe von Eingaben, in einer Audienz beim Staatssekretär des Reichsjustizamts und unausgesetzten Verhandlungen mit Abgeordneten hat der Verband zu den Reichstagsberatungen über die Tierquälereibestimmung in der sogenannten „kleinen Strafgesetznovelle" (1911, 1912) Stellung genommen, von der eine Anwendung auf das Schächten befürchtet wurde, und hat so zu dem in der Sache erzielten taktischen Erfolge mitgewirkt.

Nicht minder nachdrücklich hat sich der Verband bei den Bestrebungen auf Einführung völliger Sonntagsruhe (1907, 1909, 1910, 1912) dafür eingesetzt, daß dem Interesse der den Sabbat haltenden jüdischen Gewerbetreibenden insoweit Rechnung getragen werde, daß sie während einiger Stunden des Sonntags hinter geschlossenen Türen im Innenbetriebe jüdische Angestellte beschäftigen dürfen, um die zur Abwendung geschäftlicher Schädigung notwendigen Arbeiten vornehmen zu können.

Grundsätzlich hat der Verband die Gleichstellung der jüdischen — als einer „anerkannten" — Religionsgesellschaft mit den beiden christlichen Kirchen erstrebt und auf verschiedenen Gebieten der Gesetzgebung — wenn auch zunächst nur in Einzelbeziehungen — durchgesetzt, so im Reichserbschaftssteuergesetz — 1906 — die Befreiung der Gemeinden und Anstalten anerkannter Religionsgesellschaften von der Schenkungs- und Erbschaftsstempelsteuer, ferner beim Reichs-Staatsangehörigkeitsgesetz — 1913 — (im Zusammenwirken mit dem Verbande der Synagogenvereine von Berlin und den Vororten) die Einbürgerung von Ausländern durch die staatsbehördliche Bestätigung ihrer Anstellung im „Dienst einer in dem Bundesstaate anerkannten Religionsgesellschhaft", eine wichtige Bestimmung gerade für die jüdischen Gemeinden, die mangels anderer Bewerber vielfach nichtdeutsche Kultusbeamte anstellen müssen.

Die Beratung des Staatsangehörigkeitsgesetzes 1912—1913 hat auch in anderer Beziehung dem Verband Gelegenheit zu tatkräftigem Eingreifen gegeben. Schon seit 1908 hatte er zu der Sonderpraxis bundesstaatlicher — namentlich der preußischen — Verwaltungsbehörden gegenüber jüdischen Ausländern durch Ausweisungen und Versagung der Naturalisation wiederholt Stellung genommen. Gegenüber den Ableugnungen der Sonderbehandlung seitens der Regierungs-

kommissare in der Reichstagskommission legte der Verband dieser die beweiskräftigsten Belege aus seinem seit langem gesammelten Material vor und erlangte schließlich, wenn auch nicht die Aufnahme einer ausdrücklichen Sicherungsvorschrift in das Gesetz, doch die Erklärung des Regierungsvertreters, daß ein Bundesstaat Bedenken gegen die Aufnahme eines Ausländers nie auf dessen Zugehörigkeit zu einer in seinem eigenen Staatsgebiet anerkannten Religionsgemeinschaft stützen dürfe.

Wie der Festlegung und Sicherung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in der Gesetzgebung, so widmete der Verband seine Aufmerksamkeit auch ihrer Durchführung durch die Verwaltung. — Wiederholt erhob er bei der Reichsregierung Beschwerde darüber, daß sie die Schwierigkeiten duldete und begünstigte, die die russischen Behörden deutschen Reisenden jüdischen Glaubens bereiteten, er brachte die Hintansetzung der jüdischen Deutschen in der Ostmark öffentlich zur Sprache, er bekämpfte Jahre lang mit allmählich deutlichem Erfolge die Fernhaltung der jüdischen Mitglieder vom Schöffen- und Geschworenenamt in Preußen. Er legte durch sorgfältige statistische Ermittlungen die systematische Zurücksetzung der Juden bei Ernennungen und Beförderungen im preußischen Justizdienst und an den Universitäten dar (Denkschriften von Justizrat Breslauer zu den Hauptversammlungen 1907 und 1911) und bekämpfte mit zäher Energie die — im Preußen alten Stils besonders empfindlichen — Zurücksetzungen der Juden im Heer. Bei manchen Erfolgen in Einzelfragen (Form der Rekrutenvereidigung, Rücksichtnahme auf die Festtage) blieben seine jahrelangen Bemühungen gegenüber dem völligen Ausschluß der Juden vom Offizierstande trotz erzielter Erklärungen des Kriegsministers und Resolutionen des Reichstags ohne reale Wirkung, bis der Krieg kam und Wandel schaffte.

In Voraussicht der Notwendigkeit, mit zuverlässigen Feststellungen über den Umfang der Beteiligung und die Bewährung der Juden im Kriegsdienst künftigen judenfeindlichen Angriffen entgegenzutreten, unternahm der Verband sofort nach Kriegsausbruch die Einrichtung einer genauen Kriegsteilnehmerstatistik und wandte sich an alle Gemeinden mit dem Ersuchen um ihre Mitarbeit. — Der Verband begründete dann unter Zuziehung der sonst interessierten Organisationen einen besonderen Ausschuß für Kriegsstatistik, der die Weiterführung der unternommenen Statistik einem eigenen Bureau übertrug. — Die Notwendigkeit solcher Arbeit wurde dadurch erwiesen, daß durch die militärbehördliche Anordnung eine besondere statistische Feststellung der jüdischen Heeresangehörigen und ihrer Verwendungsfähigkeit und -art stattfand, die von zahlreichen Dienststellen zum Anlaß genommen wurde, ihre jüdischen Soldaten aus dem Garnisondienst ins Feld abzuschieben. — Es ist selbstverständlich, daß der Verband zu dieser alle Kreise mit Recht zutiefst erbitternden „Judenzählung“ nicht stillgeschwiegen hat. Von einer öffentlichen Kundgebung, wie sie vielfach verlangt wurde, sah er freilich aus politischen Gründen ab. Aber durch Rücksprachen im Kriegsministerium setzte er den schleunigen Erlaß einer ergänzenden Verfügung des Kriegsministers durch, die die Tendenz der ersten widerlegen und ihre schädliche Wirkung beseitigen sollte,

und erlangte weiter nach Einreichung einer sehr energischen Eingabe mit Material über die erfolgten Maßnahmen der „nachgeordneten Dienststellen“ die ausdrückliche Zusicherung des Kriegsministers, daß in allen Fällen tatsächlicher Ausnahmebehandlung von Juden auf Grund des ersten Erlasses Abhilfe geschaffen werde, und seine schriftliche Erklärung, „daß das Verhalten der jüdischen Soldaten und Mitbürger während des Krieges keine Veranlassung zu der Anordnung gegeben hat“.

Auf einem völlig anderen Wege hat der Verband ferner geholfen, im Kriege Feindschaft und Vorurteil gegen Juden und Judentum in weiten Kreisen der christlichen Volksgenossen — und gerade auch in den besonders voreingenommenen höheren militärischen Schichten — zu besiegen. Die Einrichtung, die — ganz neben ihrer eigentlichen Aufgabe — so gewirkt hat, war die der jüdischen Feldseelsorge, die der Verband in den ersten Kriegstagen angebahnt und dann allmählich ausgestaltet hat. (Ein gleichgerichtetes Vorgehen der Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums ist in der grundlegenden Besprechung des Kriegsministeriums mit dem des Verbandes zusammengeleitet worden.) Das Kriegsministerium, das zuerst 6 Rabbiner „zugelassen“, aber jeder Gleichstellung mit den christlichen Feldgeistlichen starken Widerstand geleistet hatte, gewöhnte sich daran, den Verband für jede neugebildete Armee um Benennung eines Feldrabbiners zu ersuchen (was dieser nach Verständigung mit der Freien Vereinigung über die in Frage kommenden Bewerber tat). — So haben schließlich 22 „Armeerabbiner“ und mehrere Hilfsrabbiner auf allen Kriegsschauplätzen gestanden und, vielfach mit höchster Aufopferung, Unschätzbares geleistet.

Eine allgemeine Anordnung betreffend jüdische Heeresseelsorge für die Lazarette und Gefangenenlager im Heimatgebiet hat der Verband Anfang 1916 gleichfalls angeregt. Diese Regelung hätte ein Vorläufer für eine dauernde jüdische Heeresseelsorge im Frieden werden können, dies scheiterte aber durch den Einspruch der Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums, des orthodoxen Rabbinerverbandes in Frankfurt a. M. und noch einiger ihr angeschlossener Stellen. Einem vom Verbande herausgegebenen „Feldgebetbuch“ und seiner „Feldbibel“ wurde trotz des auch hier wieder erhobenen Widerspruchs der „Freien Vereinigung“ ein staatlicher Zuschuß gewährt.

Außer diesen Andachtsbüchern sandte der Verband, Chanuka 1914 beginnend, zu allen Feiertagen „Festgrüße an die jüdischen Soldaten“ ins Feld, Hefte mit der Bedeutung des Festes entsprechenden Aufsätzen und Dichtungen.

Diese Flugschriften gehörten ihrem Inhalt nach z. T. in das Gebiet der Apologetik, die der Verband sich stets hat angelegen sein lassen, bestrebt, das Judentum durch Aufklärung über sein Wesen und den Gehalt seiner Lehren gegen Verkennung und Unterschätzung im Vergleich mit anderen Religionen zu verteidigen. Das „Korrespondenzblatt“, das unregelmäßig, zuerst nur als Zusammenfassung der Berichte über die Auskünfte der Korrespondenten und die Tätigkeit des Verbandes erschien, wurde von 1909 an durch die Aufnahme apologetischer Auf-

sätze und Auszüge in diesem Sinne ausgestaltet. Ihm folgte eine Reihe von Heften „Vom Judentum". — Auf jeder der Hauptversammlungen ist vor den politischen Vorträgen ein solcher apologetischen Inhalts gehalten worden. 1910 wurde ein Archiv eingerichtet und seither ausgebaut. Aus diesen Arbeiten floß die Anregung zu der Veröffentlichung des Buches „Soziale Ethik im Judentum", das — ein Sammelwerk mit 9 Aufsätzen jüdischer Gelehrter — gelegentlich der Hauptversammlung in Hamburg 1913 herausgegeben wurde und jetzt in einer schon lange verlangten, vierten Auflage erscheinen konnte. — Aus der Materialsammlung im Archiv wird ein umfassendes wissenschaftliches Handbuch entstehen, dessen erster Teil voraussichtlich noch in diesem Jahr, gelegentlich der Hauptversammlung des Verbandes erscheinen wird.

Diese erste Hauptversammlung nach dem Kriege wird sich vor eine Aufgabe von weittragender Bedeutung gestellt sehen, die Reorganisation des Verbandes, die zusammenfällt mit der notwendigen organisatorischen Einstellung der deutschen Judenheit überhaupt auf die neue Lage, die durch die politische Umwälzung geschaffen worden ist.

In Preußen vor der Revolution, in dem — wie in den meisten deutschen Bundesstaaten — die jüdische Religionsgemeinschaft hinter den staatlich organisierten und begünstigten beiden christlichen Kirchen rechtlich zurückgesetzt war, arbeitete der Verband gemeinsam mit dem Gemeindebund (1906—1909) an der Schaffung einer staatsgesetzlichen Grundlage für eine Gesamtorganisation der preußischen Judenheit, die deren innere Kraft und äußere Geltung befestigen sollte.

Die neue Staatsform will nun allgemein die religiösen Gemeinschaften zwar — ohne Parteilichkeit — fördern, aber sie von der Staatsverwaltung ablösen. Damit wird der freiwillige Zusammenschluß in ihnen, der, wo er vorhanden ist, auch durch staatlich verbürgte Rechte gestützt werden soll, um so dringender. Und solch Zusammenschluß wird nun auch rechtlich über die Grenzen der Einzelstaaten hinaus möglich sein fürs ganze Reich. Es gilt daher die Form zu finden, in der eine freiwillige Gesamtkörperschaft die deutschen Juden möglichst alle ohne Unterschied der Sonderrichtung und ohne Bevormundung in Fragen der Religion und der inneren Verwaltung in sich vereinen kann.

Inwieweit bei einer solchen Neugestaltung, die durchaus vom demokratischen Geist der Gegenwart erfüllt sein muß, der Verband in Frage kommen kann, muß sich erweisen. Die Art des Anteils der sonstigen jüdischen Gemeinschaften Deutschlands an seiner Entwicklung hat den Beweis des Vertrauens in seine repräsentative Bedeutung erbracht, außer allerdings von seiten des kleinen Kreises extrem-orthodoxer Gemeinschaft, dessen Wortführerin, die Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums, sich beeilt hat, bei der ersten Erörterung einer freiwilligen Zusammenfassung aller jüdischen Gemeinden diese vor einem „Vergewaltigungs"versuch zu warnen, und derjenigen Juden in Deutschland, die die deutsche Volksgemeinschaft, auf deren Boden der Verband der Deutschen Juden freilich steht, meinen ablehnen zu sollen. In dieser Grundfrage der nationalen Zugehörigkeit, die durch die zionistische Kongreßbewegung zur Klärung gedrängt

worden ist, wird sich die deutsche Judenheit freilich entscheiden müssen. Ihr dazu Gelegenheit zu geben durch die offene Aussprache auf einer allgemeinen, den deutschen Glaubensgenossen jeder politischen und religiösen Richtung ohne vorherige Bindung auf eine Bekenntnisformel zugänglichen Versammlung, hat der Verband in den jüngsten Beschlüssen seines Ausschusses sich bereit erklärt.

In welchem Sinne sie fallen würde, steht außer Frage: Die deutschen Juden würden in ihrer überwältigenden — jeden Zweifel überwältigenden — Mehrheit sich als das bekennen, was sie von je gewesen sind, als was sie sich, in Drang und Not immer am stolzesten, erwiesen haben: gleich treue Söhne Deutschlands als ihres Vaterlandes wie des Judentums als ihrer Glaubensgemeinschaft in aller Welt.

Der Deutsch-Israelitische Gemeindebund.

Von Dr. Wilhelm Neumann.

Am 29. Juni d. Js. vollendete sich ein halbes Jahrhundert, seitdem gelegentlich der Synode zu Leipzig die jüdischen Gemeinden Deutschlands sich zum Deutsch-Israelitischen Gemeindebund (D. I. G. B.) zusammengeschlossen haben. Aus kleinen Anfängen hat sich der Bund stetig vergrößert, heut zählt er nahezu 1200 Bundesgemeinden, darunter alle großen, die meisten mittleren und sehr zahlreiche kleine. Ihm gehören ferner 18 Landes-, Provinzial- und Bezirksgemeindeverbände an, so daß mindestens neun Zehntel aller deutschen Juden in ihm vereinigt sind.

In Verbindung mit einer knappen Übersicht über die Geschichte der weitaus ältesten unter den jetzt so zahlreichen jüdischen Zentralorganisationen wollen wir deren dem politischen und religiösen Parteikampfe entfernt liegenden wichtigsten Tätigkeitsgebiete, wie sie im Laufe der Zeit erschlossen wurden, betrachten. Den ersten Anstoß hat die Schrift Emil Lehmanns „Höre Israel“ gegeben, in der einige wichtige Gemeinschaftsaufgaben für die isolierten jüdischen Gemeinden in dem damals noch nicht geeinten Deutschland aufgewiesen wurden. Die Anwesenheit zahlreicher Gemeindevorsteher auf der Synode bot dem verdienstvollen Leipziger Gemeindevorsitzenden Moritz Kohner die willkommene Gelegenheit zur Veranstaltung des ersten Deutsch-Israelitischen Gemeindetages. Vielleicht bedeutet es ein um ein halbes Säkulum verfrühtes Vorzeichen, daß sich auch die Vertreter der österreichischen Gemeinden beteiligten. Die absolut äußerliche Verbindung zwischen dem ersten Gemeindetage und der Synode hat dem Bunde in den Augen vieler Orthodoxen ein Stigma angeheftet, das die strenge Beobachtung der die Behandlung kultureller und ritueller Fragen untersagenden Satzungen nie ganz hat verwischen können.

Der Ausbruch des großen Krieges von 1870/71 verzögerte die Vorarbeiten, so daß erst am 14. April 1872 die zur Konstituierung er-

forderlichen 100 Gemeinden beisammen waren. Als Sitz wurde Leipzig, zum ersten Präsidenten Moritz Kohner bestimmt. Ihm war es nur vergönnt, die Fundamente zu legen. Übertrieben waren, wie die spätere Entwicklung gezeigt hat, seine Befürchtungen, die an das Laskersche Austrittsgesetz geknüpft wurden. Seine angegriffene Gesundheit und gewisse Organisationsmängel des D. I. G. B. verursachten, daß, als er am 21. März 1877 starb, sein Nachfolger Jacob Nachod sich zu einer Reorganisation gezwungen sah, die die Errichtung des ersten Stockwerks ermöglichte.

Die Nachodsche Zeit war ungemein reich an Ideen, die sich damals noch nicht verwirklichen ließen, aber bis in die neueste Zeit die Nachfolger mit brauchbaren Anregungen versehen haben. Der Vergessenheit entrissen zu werden verdient der mannhafte und vielfache Erfolge zeitigende Kampf gegen die ersten Ausbrüche des damals neu erwachenden Antisemitismus. Dieses Tätigkeitsgebiet wurde wie manches andere vom Bunde zuerst angebaute anderen Vereinigungen als spezielle Aufgabe überlassen. Zu gedenken ist der Begründung verschiedener gemeinnütziger Stiftungen, wie der Deutsch-Israelitischen Darlehnskasse für Frauen und Jungfrauen, der Nachod-, der Philippson- und der Herxheimer-Stiftung. Diese Stiftungen sind der beruflichen Vorbereitung und der Unterstützung jüdischer Beamten in unverschuldeter Notlage gewidmet. In der Nachodschen Zeit hat die für die Entwicklung der Gemeindebundesarbeit so wichtige Fürsorgetätigkeit für die jüdischen Gemeindebeamten ihren Anfang genommen. Sie erstreckt sich jetzt auf die verschiedensten wirtschaftlichen und geistigen Bedürfnisse und gründet sich auf die große Bedeutung der jüdischen Beamtenschaft als Trägerin des jüdischen Gemeindelebens.

In die friedliche Entwicklung griff das sächsische Staatsministerium ein, das auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes, welches angeblich keine über die Grenzen Sachsens hinaus ihre Wirksamkeit entfaltenden Vereine duldete, den D. I. G. B. verbannte. „Doch es ward ihm zum Heil, es riß ihn nach oben." Im Jahre 1882 nach Berlin verpflanzt, schlug der Bund unter der Obhut seines dritten Präsidenten, Geh.-Rat Dr. Samuel Kristeller, tiefe Wurzeln. Die Zahl der Bundesgemeinden wuchs beträchtlich, es wurden viele neue Stiftungen begründet. Die Samuel-Kristeller-Stiftung bezweckt Überleitung der jüdischen Jugend zum Handwerk und den technischen Gewerben. Sie hat bis jetzt über 400 jüdische Handwerkslehrlinge und gegen 100 Studierende technischer Berufe ausgebildet. Auch zahlreiche jüdische Handwerksmeister wurden durch Gewährung von Darlehen unterstützt. Die Friedrich-Wilhelm-Viktoria-Stiftung stellt die größte materielle Leistung des Bundes dar. Sie ist eine glückliche Verbindung wirtschaftlicher Erwerbstätigkeit und sozialer Fürsorge, indem sie die ihr aus einem Abkommen mit der Berliner Versicherungsgesellschaft „Viktoria" zufließenden Beträge als Prämienzuschüsse für die von den jüdischen Beamten bei der genannten Gesellschaft abgeschlossenen Lebensversicherungen verwendet. Die bisher an unsere Beamtenschaft zur Auszahlung gelangte Summe beträgt $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Zu den von Kristeller begonnenen, inzwischen zugunsten anderer Vereinigungen aufgegebenen Bestrebungen gehört

die Ausbildung jüdischer Krankenpflegerinnen, die Begründung einer jetzt mit der Bibliothek der jüdischen Gemeinde zu Berlin vereinigten Bücherei, ferner die Historische Kommission für die Geschichte der Juden Deutschlands, der wertvolle wissenschaftliche Publikationen zu verdanken sind. Die verdienstvolle Verbreitung ethischer Schriften wie die Kristellersche Übersetzung der Pirke Aboth und der von ihm mit Belegstellen herausgegebenen „Grundsätze der jüdischen Sittenlehre" sei beiläufig erwähnt, ebenso wie die Verbreitung von Jugendschriften, sowie von Broschüren, die der Abwehr judenfeindlicher Angriffe dienten. Von segensreichster Wirkung erwies sich die Gemeinde-Unterstützungskommission, die sich der Unterstützung eines durch qualifizierte Lehrer erteilten, sachverständig inspizierten Religionsunterrichts in kleinen Gemeinden widmet. Diese Tätigkeit dürfte in Zukunft noch mehr als bisher Hauptaufgabe des Bundes bleiben, sofern nicht etwa infolge der wirtschaftlichen Umschichtung die Abwanderung unserer Glaubensgenossen nach den großen Städten durch eine rücklaufende Welle abgelöst werden sollte. Zurzeit beträgt die Klientel 200 kleiner und kleinster Gemeinden. Gegen Ausgang der Kristellerschen Periode wurde die Lehrabteilung begründet. Zunächst als vorbereitendes Kollegium für die Begründung des Verbandes der jüdischen Lehrervereine, hat sie nachher die Ausarbeitung von Lehrplänen, Petitionen an das Kultusministerium, die Förderung von Jugendschriften, kurz alle mit dem Schulwesen zusammenhängenden Aufgaben übernommen. Ihre Wirksamkeit fällt bereits in die Amtszeit von Kristellers Nachfolgern. Hingegen ist die Schaffung des Statistischen Jahrbuchs, jenes viel benutzten Nachschlagewerkes über die Personalfragen der jüdischen Gemeindeverwaltung, sowie über das Vereins- und Stiftungswesen ein bleibendes Verdienst der Kristellerschen Zeit, wenn auch das Buch unter seinen Nachfolgern ständige Erweiterungen und Verbesserungen erfahren hat.

Im Jahre 1896 übernahm Professor Dr. Martin Philippson die Leitung des Bundes und damit begann eine Periode der fruchtbarsten Schöpfungen. Ein großes Organisationswerk, die Schaffung der Landes-, Provinzial- und Bezirksgemeindeverbände, durch die der Bund seinen eigenen inneren Ausbau fortführte, machte den Anfang. Eine weitere Ergänzung sollten die Bezirksrabbinate bilden, eine Aufgabe, die aus finanziellen Gründen noch nicht zum vollen Ausbau gelangt ist. Zu den großzügigen sozialen Anstalten, deren Begründung der Philippsonschen Epoche ihr Gepräge geben, gehören die Fürsorge-Erziehungsanstalten für israelitische Knaben in Repzin und eine entsprechende Anstalt für Mädchen, die ursprünglich in Mietsräumen untergebracht, seit 1915 in Köpenick in einem von dem D. I. G. B. errichteten Gebäude ihr Heim gefunden hat. Diesen Anstalten, von denen die erstere Raum für 60, die letztere für 40 Insassen bietet, werden durch die mit der Durchführung der Fürsorgeerziehung betrauten Behörden aus ganz Deutschland die verwahrlosten Minderjährigen überwiesen. Wenigstens bei einem Teile gelingt das schwierige Besserungswerk, und unserer Glaubensgenossenschaft wird die Schande erspart, die ihr von solchen unsozial veranlagten oder durch unzulängliche Erziehung verdorbenen

Elementen — auch die Unterbringung leichter Verwahrloster in Familien liegt dem D. I. G. B. ob — sonst zugefügt würde. Der Schriftwechsel und das Verrechnungswesen mit den Behörden nimmt einen ganz beträchtlichen Teil der Bureautätigkeit in Anspruch. Dazu kommt, daß die Anstalten ständig erhebliche Zuschüsse zu den von den Behörden zu leistenden Verpflegungskosten erfordern, was sich ganz besonders in der jetzigen teuren Zeit fühlbar macht. Eine andere Heilerziehungsanstalt des D. I. G. B. ist die unter Mitwirkung der Großloge als gleichberechtigten Partner errichtete Erziehungsanstalt für geistig zurückgebliebene Kinder in Beelitz. Einem der dringendsten und trotzdem lange von der jüdischen Charitas übersehenen Bedürfnisse wird hier abgeholfen. 60 schwachsinnige noch bildungsfähige Kinder finden in Beelitz Aufnahme. Auch diese so reichen Segen stiftende Anstalt wird vom Bureau des D. I. G. B. aus verwaltet, obgleich ein besonderer Verein für den Unterhalt Sorge trägt. In den bisherigen 10 Jahren hat die sich außerordentlicher Beliebtheit erfreuende Anstalt 150 Zöglinge beiderlei Geschlechts aus allen Teilen Deutschlands gepflegt und innerhalb der ihnen von der Natur gesteckten engen Grenzen geistig gefördert.

Eine gemeinsame Gründung des D. I. G. B. und der Großloge bildet auch das Gesamtarchiv der deutschen Juden, das in sehr geeigneten, von der jüdischen Gemeinde zu Berlin kostenlos hergegebenen Räumen die Urkunden der jüdischen Gemeinden vor Untergang schützt und durch sachgemäße Ordnung der wissenschaftlichen Bearbeitung erschließt. Die Kosten, zu denen die Großgemeinden Berlin, Breslau, Frankfurt a. M. und Hamburg beisteuern, werden im übrigen von den beiden Gründerkörperschaften zu gleichen Teilen getragen. Die Verwaltungsarbeiten liegen dem D. I. G. B., der auch hier das Mädchen für alles ist, ob.

Das gleiche ist bei der jüdischen Arbeiterkolonie in Weißensee der Fall, obgleich für deren Betrieb ein besonderer Verein besteht. Die Arbeiterkolonie stellt die großzügig angegriffene Teillösung eines Problems dar, dem sich der Gemeindebund seit seiner Gründungszeit gewidmet hat, der Verbesserung der jüdischen Wanderarmenfürsorge durch Arbeitserziehung. Bis zum Ausbruch des Krieges, der ihre Wirksamkeit aus begreiflichen Gründen eingeschränkt hat, hat die Kolonie, die für 90 Insassen Raum hat, insgesamt 8000 Wanderarme beherbergt, verpflegt, beschäftigt und nachweislich einem großen Teil von ihnen mit Hilfe ihrer Ersparnisse aus Überschüssen ihres Arbeitsvertrages zu einer bescheidenen selbständigen Existenz verholfen. In seiner Totalität ist das Wanderarmenproblem dann von der deutschen Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge, der letzten großen Organisationsleistung Philippsons, der sich der Mitwirkung aller einschlägigen jüdischen Körperschaften zu versichern verstanden hat, behandelt worden. Auch dieser sich vielversprechend entwickelnden Institution hat der Krieg den Wirkungskreis gerade in demjenigen Augenblick abgeschnitten, als sie sich anschickte, ihre auf Anregung sozialer Selbsthilfe aufgebaute Tätigkeit außerhalb der deutschen Reichsgrenzen zu verpflanzen. Es darf aber erwartet werden, daß nach Friedensschluß das große Werk mit noch weiter gesetzten Zielen, auf die uns das geschärfte Verständnis

für das Leben und die Bedürfnisse der Ostjuden ganz ungeahnte Ausblicke eröffnet hat, neu in Angriff genommen werden wird.

Das hohe Ansehen, das die gemeinnützige Wirksamkeit des D. I. G. B. errungen hatte, kommt auch durch eine Reihe von Stiftungen zum Ausdruck, die durch Wohltäter bei ihm begründet wurden. So tragen drei verschiedene Stiftungen den Namen Siegfried Brünns, die für die Erhaltung des Religionsunterrichtes, für Zwecke des Jugendbundes und für Ferienfortbildungskurse der jüdischen Lehrer begründet sind. Die Silberstein-Stiftung ist ein Stipendiumfonds für jüdische Studierende, ein anderer vom Generalkonsul Franz Philippson in Brüssel gestifteter Fonds erstrebt die Ausbildung akademisch gebildeter Lehrer der jüdischen Religion. Diese Aufgabe, ebenso wie die Fortbildungskurse von Kantoren werden jetzt von anderen Stellen gepflegt.

Trotz aller dieser Leistungen wurden die letzten Jahre der Philippsonschen Leitung bekanntlich durch eine Reihe heftiger Kämpfe getrübt, die sich aus Anlaß des auf Wunsch des Gemeindetages vom Jahre 1898 beschlossenen Organisationsgesetzes für die jüdischen Gemeinden Preußens erhoben und an die sich weitere Auseinandersetzungen wegen einer den geordneten Verlauf der Gemeindetage sichern sollenden Statutenänderung anschlossen. Nachdem diese für den inneren Betrieb des auf friedliche Verwaltungsarbeit eingestellten D. I. G. B. nachteilig wirkenden Auseinandersetzungen glücklich überwunden waren, konnte Philippson der unerbittlichen Forderung seines durch Krankheit geschwächten Körpers nachgeben und die Zügel in die Hand seines Nachfolgers, Professor Dr. Kalischer, legen.

Diesem war es beschieden, eine neue bedrohlich erscheinende Streitfrage, die sich an die jüdische Volksschule anschloß, beizulegen, indem der Gemeindetag sich der vom Ausschuß vertretenen Autonomie der Gemeinden anschloß, die es diesen ermöglicht, die Schulfrage gemäß der örtlichen Bedürfnisse zu ordnen. Eine Neuorientierung des Verhältnisses zwischen dem Gemeindebund und dem von ihm begründeten, zur Selbständigkeit herangereiften Verband der jüdischen Lehrervereine hat für alle Beteiligten keine Nachteile gezeigt.

Auch die Kriegszeit, die eine Fülle besonderer Aufgaben und Arbeiten mit sich brachte, hat, wie wir schon gesehen haben, sich auf einzelne Tätigkeitsgebiete beschränkt, aber den Ausbau der Bundesarbeit nicht aufgehalten; erwähnt sei nur die Rechtskommission, ein Kollegium von Rechtsverständigen, die sich der bisher schon vom Bunde gepflegten Auskunftserteilung über die mannigfachen Anfragen auf dem Gebiete des öffentlichen und privaten Rechts, der Schulverwaltung, des Vereins-, des Steuer- und des Vertragswesens, der äußeren Kultus-, Friedhofs- und Bauordnung, des Wahlrechts usw. in systematischer Weise annimmt. Auch das große Arbeitsfeld der sozialen Fürsorge, auf dem der D. I. G. B. bisher als erste Beratungs- und Anregungsstelle wirksam und durch seine eigenen Anstalten vorbildlich tätig war, läßt er keineswegs brach liegen, nachdem er sich inmitten der Kriegszeit mit mehreren anderen Organisationen zur Begründung der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden zusammengeschlossen hat. Über die selbstverständliche loyale Erfüllung seiner eingegangenen Verpflich-

tung hinaus sucht er die gemeinnützigen Bestrebungen dieser neusten Zentralorganisation auf alle Weise zu fördern, ebenso wie er mit dem Verbande der deutschen Juden, der den früher vom Bunde gepflegten Verkehr mit den Behörden übernommen hat, in vollster Harmonie zusammenarbeitet.

Daß es dem D. I. G. B., der sich, wie der Leser erkannt haben wird, zu einem großen Verwaltungskörper mit einer selten angetroffenen Mannigfaltigkeit von Instituten, Untervereinen, Stiftungen und Etatstiteln entwickelt hat, an Arbeitsstoff nicht fehlt, dürfte gleichfalls klar sein. Ebenso, daß das Kassenwesen ein recht kompliziertes und viel Mühe erforderndes ist. Zu wünschen wäre nur, daß die Vermögensverhältnisse des Bundes selbst in der zweiten Jahrhunderthälfte sich günstiger gestalten möchten, als es bisher der Fall war. Wenn die segensreichen Bemühungen des D. I. G. B. und der in Stille emsig tätigen Dezernenten bisher so wenig Beachtung in der großen jüdischen Öffentlichkeit gefunden haben, so hängt das wohl mit der Seltenheit seines öffentlichen Auftretens, für die eigentlich nur alle paar Jahre auf dem Gemeindetage Gelegenheit geboten ist, zusammen. Innerhalb der jüdischen Organisationen ist dem Bunde die Rolle der Hausfrau zugefallen, von der, wenn sie ihre Pflicht erfüllt, man wenig spricht. Wie nun in unsern Tagen auch die Frauen genötigt sind, in die öffentliche Arena hinauszutreten, so wird das wohl auch dem D. I. G. B. geschehen. Seiner harren nach dem Kriege die größten Aufgaben, die mit dem einen Worte „Trennung von Kirche und Staat" nur angedeutet zu werden brauchen, um erkennen zu lassen, von welchem Segen es war, daß die jüdischen Gemeinden bereits vor 50 Jahren freiwillig zu einem Bunde sich zusammengeschlossen haben, dem es nun beschieden sein dürfte, in eine neue Zeit mit neuen großen Aufgaben die jüdischen Gemeinden Deutschlands hinüberzuführen. Welche Neuorientierung der Bund gegenüber seinen Schwesterorganisationen vorzunehmen, welche Umgestaltung seines eigenen inneren Aufbaues er zu vollziehen haben wird, ist einer nahen Zukunft anheimgestellt.

Hilfsverein der Deutschen Juden.

Von Dr. jur. Bernhard Kahn.

Im Osten Europas entluden sich in den letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts die finsteren Wolken, die dort lange Jahre unheildrohend über den Juden hingen, zu Stürmen, die die Judenheit Rußlands in ihren Grundvesten erschütterten. Die Verfolgungen der achtziger Jahre waren der Beginn rasch aufeinanderfolgender, in der Wiederholung sich immer heftiger und blutiger gestaltender Katastrophen, die weit über das eigentliche Gebiet der Verfolgungen hinaus für die Juden sich bemerkbar machten. Als sich den russischen Bedrückungen die rumänischen zugesellten, als die wirtschaftliche und kulturelle Verelendung auch die Juden Galiziens mit in den Strudel zog, kam die ganze,

bisher ziemlich unbewegliche Masse der Ostjudenheit mit ihren sieben Millionen Menschen in eine Bewegung die in verhältnismäßig kurzer Zeit, in einem knappen Vierteljahrhundert, dazu führte, daß die Struktur der Judenheit fast aller Länder sich änderte. Neuartige gewaltige Aufgaben erwuchsen allen Juden diesen Erscheinungen gegenüber. Die alte Methode, das Unglück an sich herankommen zu lassen und von Fall zu Fall zu helfen, wenn es eingetreten war, konnte unmöglich beibehalten werden.

Auf der Judenheit Deutschlands, des unmittelbaren Nachbarlandes der Gebiete jüdischer Massensiedlungen, ruhte eine besonders schwere Verantwortung.

Sie ist sich dieser stets bewußt gewesen. Ihr fielen häufig die schwersten Aufgaben zu, die sie mit Geschick und Opferfreudigkeit durchzuführen sich bemühte.

Ihr Wirken krankte aber an einem Übel: Die deutsche Judenheit hatte kein ständiges Organ für ihre Arbeiten. Den vereinzelten Aktionen fehlte die Stetigkeit. Je schneller die verderbenbringenden Schläge im Osten einander folgten, je tragischer sich die Lage der östlichen Juden gestaltete, desto stärker machte sich dieser Mangel fühlbar.

Im Jahre 1901 erst wurde diesem Mangel abgeholfen. In diesem Jahre wurde unter dem Namen „Hilfsverein der Deutschen Juden“ eine Vereinigung gegründet, die den Rahmen ihrer Tätigkeit weit über das Maß hinaus erstreckte, das der bescheidene Name vermuten ließ.

Bei der Gründung, bei der die führenden Persönlichkeiten die Herren Dr. James Simon und Dr. Paul Nathan waren, die auch noch die jetzigen Leiter des Vereins sind, wurde gesagt, daß sich die Tätigkeit des neuen Hilfsvereins nach zwei Richtungen hin zu bewegen habe: Zunächst sollte er die Zentralstelle bilden, welche bei plötzlich hereinbrechenden Katastrophen den Gebeeifer anruft und in wohlerwogener, zielbewußter Aktion das Elend lindert und den davon Betroffenen wirksam hilft. Das wichtigste aber sollte sein, die Juden gegen solche Katastophen widerstandsfähiger zu machen, ihnen den harten Kampf ums Dasein durch geistige und wirtschaftliche Kräftigung zu erleichtern. Die deutschen Juden, die von jeher den Bedrückten gegenüber ein besonders lebhaftes Mitgefühl entwickelt haben, die allen jüdischen Problemen gegenüber starkes Empfinden und brüderliches Verständnis bewiesen, waren für dieses Programm leicht zu gewinnen. Schon nach 5 jähriger Wirksamkeit des Hilfsvereins hatte er in Deutschland eine Mitgliederzahl, welche die anderer derartiger jüdischer Vereinigungen in der Welt weit übertraf, und eine Einnahme an regelmäßigen Jahresbeiträgen, die die jährliche Beitragssumme anderer Institutionen dieser Art weit in den Schatten stellte. Die Regsamkeit und die zielbewußte Tätigkeit des Hilfsvereins hat ihm nicht nur die Herzen der deutschen Juden zugewandt, auch im Ausland begann man seine Arbeiten zu schätzen. In steigendem Maße wurde er der Mittelpunkt aller großen internationalen jüdischen Hilfsaktionen im Osten, die notwendig wurden, um das Elend der jüdischen Massen zu lindern und den sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Aufbau der Juden zu fördern. So war es bei dem Pogrom in Kischinew, bei den furchtbaren Oktoberpogromen des Jahres 1905,

bei den für die rumänischen Juden verhängnisvollen blutigen Bauernunruhen in Rumänien, bei der Hilfsaktion für die Opfer des Balkankrieges 1912/13. Mit der kurzen Erwähnung dieser Tätigkeitsgebiete sollen nur die Höhepunkte der Wirksamkeit des Hilfsvereins sichtbar gemacht werden, hinter denen die weitgestreckten, regelmäßigen und dauernden Leistungen des Hilfsvereins an Bedeutung keineswegs zurücktreten.

Als der Weltkrieg 1914 ausbrach, war es wieder der Hilfsverein, der zuerst und in umfassendster Weise die internationale Hilfsaktion für die Opfer des Krieges in die Hand nehmen konnte. Das von ihm begründete Unterstützungskomitee für bedürftige Russen, seine Tätigkeit für das Jüdische Hilfskomitee für Polen und Litauen, seine Vermittlung von Nachrichten und Geldern zwischen den Juden der kriegführenden Staaten und den Juden Nordamerikas und anderer Länder, alles das hat den Namen des Hilfsvereins und den Namen der deutschen Juden auch im feindlichen Ausland zu Ehren gebracht. Zahlreiche Äußerungen in Zeitungen und Zeitschriften des feindlichen Auslandes haben immer wieder hervorgehoben, daß gerade die deutschen Juden auch während des Krieges es an Menschlichkeit und humaner Gesinnung allen Bedrückten und Bedürftigen gegenüber, wo Menschenliebe es erheischte, auch ohne Rücksicht auf Konfession und Nation, nicht haben fehlen lassen.

Dem Hilfswerk der geschilderten Art schloß sich ebenbürtig die Arbeit zur ökonomischen und kulturellen Kräftigung der Juden an.

Hierunter ist auch die planmäßige Tätigkeit zur Regelung der Auswanderung und zur Fürsorge für die Auswanderer zu rechnen. Handelt es sich dabei doch nicht nur um die Ausübung einer Wohltätigkeit für die Emigranten, sondern nicht zuletzt um eine Gesunderhaltung und Besserstellung der Judenheit im ganzen. In der bekannten Konferenz vom Dezember 1904 in Frankfurt a. M., an der alle großen jüdischen Organisationen des In- und Auslandes teilnahmen, wurde dem Hilfsverein der Deutschen Juden, der auch in dieser Arbeit wie bei den meisten anderen die verständnisvolle Unterstützung der Großloge für Deutschland fand, die Aufgabe übertragen, ein Zentralbureau für jüdische Auswanderungsangelegenheiten zu errichten und alle mit der Auskunftserteilung, Regelung der Auswanderung und mit der Fürsorge für die Auswanderer zusammenhängenden Arbeiten zu erledigen. Vom Jahre 1904 bis zum Ausbruch des Krieges, ein volles Jahrzehnt, ist diese Tätigkeit vom Hilfsverein, und zwar durch das von ihm zu diesem Zwecke begründete „Zentralbureau für jüdische Auswanderungsangelegenheiten" ausgeübt worden. Zur Belehrung der Presse, der verschiedenen Komitees im In- und Auslande und der Auswanderer wurde eine Reihe von Schriften (Emigrationsgesetze, Wörterbücher usw.) herausgegeben und periodisch ein Korrespondenzblatt, das alles wissenswerte Material über Auswanderung enthielt. Das „Zentralbureau für jüdische Auswanderungsangelegenheiten" hat ein Netz von Bureaus und Zweigstellen in den Hafenstädten, an den Haupteisenbahnknotenpunkten und an den Grenzübergängen geschaffen. Es stand in engster Verbindung mit den Auswandererorganisationen in Rußland, es unterhielt

mit ihnen, besonders mit der „ICA“ zusammen, auch gemeinsame Bureaus in Rußland und an der Grenze und arbeitete in innigem Konnex mit allen amerikanischen Einwanderungsorganisationen und den Einwanderungsorganisationen anderer Länder.

An 40—50 000 Auswanderer jährlich haben in der einen oder anderen Weise seine Fürsorgetätigkeit in Anspruch nehmen können. Hilfe zur Beförderung wurde in diesen 10 Jahren rund 200 000 Personen zuteil, die sich auf die einzelnen Jahre wie folgt verteilen:

Im Jahre 1904 / 1905	15 000	Personen	
„ „ 1906	60 771	„	nach den Pogromen!
„ „ 1907	36 000	„	
„ „ 1908	18 000	„	
„ „ 1909	15 000	„	
„ „ 1910	15 000	„	
„ „ 1911	12 000	„	
„ „ 1912	12 500	„	
„ „ 1913	15 500	„	
	199 771	Personen	

Auch während des Krieges kam diese Tätigkeit nicht ganz zum Stillstand. In der Voraussicht, daß nach dem Kriege die Auswanderung für die gesamte Entwicklung der Judenheit eine noch bedeutendere Rolle spielen wird als bisher, sind vom Hilfsverein sämtliche Einrichtungen und Bureaus aufrechterhalten worden. Die Tätigkeit für die Auswanderung wird, sobald es möglich ist, erneut aufgenommen werden. Sie wird natürlich veränderte, den neuen Verhältnissen angepaßte Formen annehmen und bedeutend erweitert werden müssen. Die Vorarbeiten dazu sind im vollen Gange. Zur wirtschaftlichen Besserstellung der Juden in den Auswanderungsländern wie auch in den Einwanderungsländern und auch zu ihrer geistigen Hebung trägt die Auswanderung ohne Zweifel außerordentlich viel bei.

Auf diesem Gebiete hat der Hilfsverein aber auch in den Ländern, in denen die Selbsthilfe der Juden materiell, gesetzlich oder politisch beschränkt oder ausgeschlossen war, in anderer, direkterer Weise eingegriffen. So galten die ersten Bemühungen bald nach seiner Gründung der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Juden in Rumänien und Galizien und ihrer geistigen Förderung. In Rumänien, Bulgarien und in der Türkei versuchte der Verein das Bildungs- und Erziehungswesen durch die Errichtung eigener Schulen oder durch die Unterstützung bestehender auf ein höheres Niveau zu heben. Eine besondere Bedeutung gewann sein Schul- und Erziehungswerk in Palästina. Dort besaß er in 9 verschiedenen Orten an 30 Bildungsanstalten, vom Kindergarten aufwärts bis zur Handelsrealschule und zum Lehrerseminar. Der planmäßige, systematische Aufbau des Schulwerks in Palästina, die von ihm angewandten Methoden des Unterrichts sind unbestreitbar in vielfacher Hinsicht vorbildlich gewesen. Das gesamte Bildungs- und Erziehungswerk in den verschiedenen Ländern bestand aus 50 Anstalten, darunter waren 13 Kindergärten, 6 Knabenschulen, 3 Mädchenschulen,

4 gemischte Knaben- und Mädchenschulen, 4 Religions- und Talmud-Thora-Schulen, 2 Kolonieschulen, 2 Abendfortbildungsschulen, 1 Haushaltungsschule, 1 Handwerkerschule, 1 Mittelschule, 1 Handelsrealschule, 1 Lehrerseminar, 1 Kindergärtnerinnenkursus, 2 Mädchenheime und 9 sonstige Anstalten. Mehr als 6500 Schüler erhielten an diesen Anstalten jährlich ihre Ausbildung. Die Fortführung mancher dieser in langen Jahren mühevoll und sorgfältig aufgebauter Anstalten hat der Ausgang des Krieges in Frage gestellt. Ihr bisheriger Nutzen wird dadurch nicht aufgehoben, die erworbene Bildung wird noch mancher Generation zum Segen sein. Es ist zu hoffen, daß auch nach dem Kriege das Schulwerk, dem der Hilfsverein so viel Arbeit und Opfer gewidmet hat, sich weiter wird entwickeln lassen.

Der flüchtige Rundgang durch die Arbeit des Hilfsvereins mag abgeschlossen werden durch die nachfolgende Tabelle, die veranschaulichen soll, wie der Verein von kleinen Anfängen in den einzelnen Zweigen seiner Tätigkeit zu immer größeren Leistungen fortgeschritten ist. Sie mag zeigen, wie er von Jahr zu Jahr an Ausdehnung gewonnen hat und den Kreis seiner Aufgaben ständig erweitern konnte.

Jahr	Zahl der Mitglieder	Einnahme	Ausgaben für			Gesamtausgaben
			Schulwerk	Auswanderung	Katastrophen u. Hilfswerk	
1901/1902	5 000	108 000	11 000		37 500	48 500
1903	8 500	608 000	29 000	5 000	299 000	333 000
1904	10 000	158 000	32 500	15 000	121 500	169 000
1905	12 000	2 423 000	52 000	260 000	842 000	1 154 000
1906	15 000	13 032 000	74 000	454 000	13 361 500	13 889 500
1907	17 000	600 000	130 500	400 000	244 500	775 000
1908	18 000	193 000	153 000	245 000	90 000	488 000
1909	19 000	357 000	170 500	248 000	72 500	491 000
1910	21 000	528 000	205 500	233 000	49 500	488 000
1911	22 500	453 000	233 000	246 000	54 000	533 000
1912	23 500	604 000	274 500	201 000	49 500	525 000
1913	25 000	933 500	319 500	187 000	584 500	1 091 000
1914	25 000	1 810 500	299 500	120 000	1 365 500	1 785 000
1915	25 000	2 160 200	276 000	33 000	1 880 000	2 189 000
1916	25 000	12 059 300	470 000	61 000	11 351 500	11 882 500
1917	25 000	9 512 000	568 000	57 500	9 030 500	9 656 000
1918	25 000	1 625 200	323 500	39 500	948 000	1 311 000
		47 164 700	3 622 000	2 805 000	40 381 500	46 808 500

Es sind 47 Millionen Mark, die der Hilfsverein für seine Tätigkeit in den 17 Jahren seines Bestehens teils selbständig hat aufbringen können, oder die ihm von anderen Institutionen zur Verteilung anvertraut wurden.

Die Größe dieser Summe zeugt von dem Vertrauen, das ihm und der deutschen Judenheit entgegengebracht worden ist.

Sie wird dieses Vertrauen auch in Zukunft rechtfertigen, indem sie trotz aller Widrigkeiten, die der Ausgang des Krieges auch über den

deutschen Juden gebracht hat, fest bleibt in ihrem Bekenntnis zur brüderlichen jüdischen Solidarität auf dem Gebiete humanitären Wirkens, von der sie bisher beseelt gewesen ist.

Mit neuen Befürchtungen, aber auch mit neuen Hoffnungen muß jeden Juden die augenblickliche Lage der Juden in der Welt erfüllen. Schweres und Unheilvolles ist im Anzug, Großes und Gutes ist in Aussicht. An diesem geschichtlichen Wendepunkt ist die deutsche Judenheit durch die Kriegsfolgen geschwächt, ihre Leistungsfähigkeit herabgedrückt, ihre Bedeutung gemindert. Doch das kann und wird sie nicht abhalten, in Reih und Glied mit den Juden anderer Länder ihre jüdische Schuldigkeit auch in der Zukunft zu erfüllen. Dazu will der Hilfsverein der deutschen Juden sie weiter aufrufen. Sie wird diesem Ruf sicherlich willig Folge leisten.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Von Syndikus Dr. Ludwig Holländer.

Wahrung von Recht und Ehre des deutschen Judentums in Theorie und Praxis ist Aufgabe des Zentralvereins. Diese Aufgabe schließt in sich die Kenntnis aller derjenigen Bestrebungen, welche dem Judentum abträglich sind oder sein können. Infolgedessen hat der Zentralverein seit Jahrzehnten das gesamte Material über religiösen, allgemein-politischen und wirtschaftlichen Antisemitismus gesammelt, systematisch verarbeitet und sowohl in volkstümlicher als auch in wissenschaftlicher Weise in der Öffentlichkeit verbreitet.

Das religiöse Gebiet umfaßt hauptsächlich die Kenntnis über den Wert der jüdischen Religion. Einige Werke über Wesen und Bedeutung des Judentums wurden teils herausgegeben, teils wurde die Herausgabe unterstützt. Ein großes Arbeitsgebiet bildet die Bekämpfung der gegen den Talmud und Schulchan Aruch gerichteten Angriffe. Flugblätter, Flugschriften, gemeinverständliche Vorträge, wissenschaftliche Werke wurden geschaffen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die Frage des Blutes und seines Gebrauches in der jüdischen Lehre, kurz das gesamte Gebiet in tunlichster Erschöpfung behandelt. Sollen Ereignisse wie die furchtbaren Vorgänge in Xanten und Konitz für die Zukunft vermieden werden, so muß dafür gesorgt sein, daß die Bevölkerung überall da, wo das Blutmärchen verbreitet wird, sofort und entschieden aufgeklärt werden kann. Ein vollständiger Mobilmachungsplan muß für solche Zwecke vorliegen. In allgemein politischer Beziehung ist zunächst die Erkenntnis desjenigen Teiles der Judenfrage notwendig, der sich mit dem sogenannten wissenschaftlichen Antisemitismus befaßt. Deshalb sind die Rassentheorien von besonderer Bedeutung, da die Behauptung der angeblichen Minderwertigkeit der jüdischen Rasse stets von großem Werte für den Kampf unserer Gegner gewesen ist.

In der Rassenfrage galt es zunächst, die Bevölkerung durch Vorträge und Verbreitung wertvoller Werke aufzuklären. Darin wird in Zukunft um so mehr geschehen müssen, als die Gegner diesen romantischsten und unwissenschaftlichsten Teil ihrer Tätigkeit stark ausbauen und durch eine Reihe von Zeitschriften und Büchersammlungen mehr auf das Gemüt als auf den Verstand ihrer Anhänger zu wirken suchen. Neben dem Einfluß der Rasse spielt die Bedeutung und Wertung des jüdischen Einschlages im gesamten deutschen Volksleben, in Literatur und Propaganda der heutigen Judengegner eine bedeutende Rolle. Durch die immer wiederholten Behauptungen vollkommener Unwahrheiten wie: „Fast alle deutschen Blätter befinden sich in den Händen der Juden“, „Jüdische Handwerker und Arbeiter gibt es nicht“ wird die öffentliche Meinung fortgesetzt irregeführt. Erst vor kurzer Zeit sind zahlenmäßige Behauptungen über die Beteiligung der Juden an der Revolution, an der Entwicklung des Bolschewismus usw. aufgestellt worden, die schon auf den ersten Blick als erfunden erkannt werden konnten, die aber doch einer eingehenden Widerlegung bedurft haben. Die nachdrückliche Widerlegung aller dieser Behauptungen in der breiten Öffentlichkeit verhindert das Aufkommen neuer Unwahrheiten und trägt zur Entgiftung des politischen Kampfes bei.

Die gesamten öffentlichen Wahlen geben dem Zentralverein am meisten Gelegenheit, mit seiner Wirksamkeit vor die große Masse der Bevölkerung zu treten. Hier kann eine bis ins kleinste ausgebaute Organisation wirkliche Arbeit leisten, indem sie für die Gleichbewertung des deutschen Judentums in jeder Weise eintritt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Erfolg sich steigert, je einheitlicher und mächtiger, je organisierter der Wille zur Bekämpfung der Judengegner in den Reihen der Juden selbst ist. Darum heißt es für den Zentralverein: „Organisieren und wieder organisieren!“ Die Wahrnehmung der berechtigten Interessen des deutschen Judentums auch im kleinsten Orte ist unbedingt erforderlich. In Schulbüchern, im Unterricht, in volkstümlichen wissenschaftlichen Darstellungen wird jetzt versucht, die Schuld an vorhandenen Mißständen auf die Juden abzuwälzen. Mit gutem Erfolg geschieht dies, wenn die Juden alles hinnehmen, mit geringem oder ohne jeden Erfolg, wenn mit Nachdruck eingeschritten wird.

In dem alten Staate war die Tätigkeit in der Durchsetzung der verfassungsgemäß gewährleisteten Gleichberechtigung der Juden eine Hauptaufgabe des Zentralvereins. Gleichberechtigung bedeutet Gleichachtung. Das Lächerlichmachen der Forderung nach dem jüdischen Reserveoffizier war und ist in jüdischen Volksversammlungen für diejenigen ein billiges Vergnügen, deren Dienstzeit abgelaufen war, die keine dienstpflichtigen Söhne hatten, kurz, für alle, welche die ganze Frage am eigenen Leibe nicht berührte. Wer aber beim Heere eintrat und die fortgesetzte Geringschätzung der jüdischen Soldaten spüren mußte, dachte darüber anders, wobei auf das Schandbare in der Behandlung eines erheblichen Teiles der Juden als Parias nicht hingewiesen zu werden braucht. Die militärischen Fragen sind — wenigstens vorläufig — erledigt. Ob die Gleichberechtigung und Gleichbewertung des Judentums in allen anderen Zweigen des öffentlichen Lebens nicht

noch Anlaß zu zahlreichen und schwierigen Auseinandersetzungen geben wird, steht dahin, erscheint aber durchaus wahrscheinlich.

Die wirtschaftliche Gleichachtung und Gleichberechtigung ließ und läßt viel zu wünschen übrig, wenn sich auch hierin im letzten Jahrzehnt viel gebessert hat. Die Tendenz der Großbetriebe, Juden auszuschließen, hält an. Hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Aufnahme der Juden in gewisse gesellschaftliche Konventikel, welche unter sich die Stellen besetzen, bisher sehr erschwert worden ist. Ein Teil der Großindustrie, wie die Schwerindustrie, hat Juden stets die größten Schwierigkeiten bereitet und sich dabei der Unterstützung aus dem Kreise ihrer kaufmännischen Angestellten zu erfreuen gehabt. Vielfach hat der Deutsch-Nationale Handlungsgehilfenverband dem Ausschluß der Juden die Wege geebnet. Wo man fortgesetzt und mit Nachdruck diesen Zurücksetzungen entgegengetreten ist, haben die Erfolge die Mühen der Arbeit belohnt, wo man die Dinge lau hingenommen hat, haben die Verhältnisse sich verschlimmert. Der Zentralverein wird dafür eintreten, daß der Satz: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft durchgesetzt wird. Die wirtschaftlichen Sorgen der deutschen Juden werden in Zukunft besonders groß sein, weil durch die gesamte politische Entwicklung der kaufmännische Beruf ebenso wie die sogenannten freien akademischen Betätigungen des Arztes und Anwalts in starkem Umfange gefährdet sind. Eine Änderung bezüglich Berufswahl, Einschätzung der Ehre des Berufes, des Standortes der Berufsausübung muß eintreten. Dazu dient wieder die Organisation bis ins kleinste, die in der Schaffung eines Wirtschaftsamtes des Zentralvereins ihre praktische Ausmündung finden soll.

Im politischen Tageskampf ist der Zentralverein alle Zeit gerüstet. Er verfügt über das gesamte erreichbare Material in der sogenannten Judenfrage und hält es auf ständiger Höhe. Zu jeder nur möglichen Auskunft muß er imstande sein. Er sucht seine Ortsgruppen immer mehr „durchzuorganisieren“, d. h. die gesamten Juden zu Streitern ums Recht zu erziehen. Die Freiheit der Organisation, deren Ausbau auf streng demokratischer Grundlage, die ständige Erhöhung der Stoßkraft auch der Unterorganisationen wird fortgesetzt zum Gegenstand der Arbeit gemacht. Die Anwendung aller vornehmen Mittel, aber auch dieser ohne Ausnahme, in der politischen Arbeit hat sich immer mehr zur Notwendigkeit gestaltet. Daher ist die Arbeit des Vereins, in dessen Hauptstelle allein über 50 Personen beschäftigt sind, täglich gewachsen. Im Jahre werden etwa 15 000 Angelegenheiten bearbeitet. Die Zeitschrift „Im Deutschen Reich“, eine engere Broschürensammlung, eine Korrespondenz, die „Mitteilungen des Syndikus“, ein eigener Verlag, die fortgesetzt erscheinenden Flugblätter sind die nach außen sichtbaren Zweige der öffentlichen Wirksamkeit, ebenso wie die überall stattfindenden Versammlungen und Vorträge.

Getragen ist die gesamte Betätigung der Zentralvereinsbewegung von der Liebe zum Judentum. Infolgedessen muß bei der wirtschaftlichen Betätigung der wesentlichste Gesichtspunkt die Erhaltung des Judentums sein, um den sich alle übrigen gruppieren. Wer die

Gleichachtung des Judentums wünscht, kann den Abfall und die Gleichbewertung aller, die aus äußeren Gründen abfallen, nicht vertreten. Indessen kann der Zentralverein bei strengster Neutralität in religiösen Fragen den Austritt ohne Überzeugung niemals billigen oder anerkennen. Daher ist der fortgesetzte Kampf gegen gesinnungslosen Austritt ebenso wie die Liebe zur angestammten Religion und zur deutschen Heimat der Grundstein der Zentralvereinstätigkeit. Die Frage, ob Deutschtum oder Judentum von dem einzelnen mehr hochgehalten werden soll, oder ob Deutschtum oder Judentum den Vorrang in der Schätzung hat, ist ebenso unsinnig wie die Frage an das Kind, ob es Vater oder Mutter mehr liebe.

Neutralität in innerjüdischen Fragen mußte aus grundsätzlicher Erwägung dem jüdischen Nationalismus gegenüber aufgegeben werden. In der Kolonisationsfrage hat der Zentralverein von jeher mit dem Verein „Esra" sympathisiert. Gelegentlich konnte das zum Ausdruck kommen, wenn auch die Kolonisationsfrage anderen berufenen Organisationen überlassen werden mußte. Wesentlich verschieden von der „Liebe zu Zion" ist die Frage des national-jüdischen Radikalismus. Wer behauptet: „Ich bin Deutscher nur insofern, als ich meine Steuern bezahle und meine Pflichten dem Staate gegenüber erfülle, im übrigen aber bin ich hier volksfremd; die Zukunft meiner Kinder liegt, wenn ein gütiges Schicksal es will, außerhalb Deutschlands; meine Kultur ist nicht deutsch, und sofern sie es ist, soll sie umgewandelt werden; meine Sprache ist noch deutsch, sie soll aber in Zukunft hebräisch sein", kurz, wer Lebensinhalt und Lebensäußerung der Einzelperson vom Deutschtum in ein angeblich teils geschaffenes, teils noch zu schaffendes jüdisches Volks- und Kulturreich hinüber leiten will, wird und muß die Aufgabe des Zentralvereins als nebensächlich, ja schädlich bezeichnen und kann deshalb an ihr nicht mitarbeiten. Auf der anderen Seite wird der deutsche Jude, dem das deutsche Vaterland und die jüdische Religion heilig sind, die Verbreitung des Nationalismus bekämpfen müssen, weil der Nationalismus die Grundlage des Lebensinhalts dieses deutschen Juden, sowohl das Gottgewollte im Judentum als auch das Festhalten am Deutschtum bekämpft. In dieser Auffassung folgt der Zentralverein großen Vorbildern, Männern wie Gabriel Rießer, Samson Raphael Hirsch, Moritz Lazarus und Chaim Steinthal.

Die Gesamttätigkeit des Zentralvereins schließt selbstverständlich in sich die Erkenntnis der Schäden am jüdischen Gemeinschaftskörper, die weder geleugnet noch abgeschwächt, sondern immer bekämpft worden sind. Sie schließt ferner in sich die Förderung der Jugend in deutschem und jüdischem Geiste, die Belebung der jüdischen Interessen der Frauenwelt, kurz die Hebung aller der Faktoren, welche die jüdische Gesamtheit fördern und kräftigen und sich in ihrer Wirksamkeit durch eine geschlossene und innerlich starke Gemeinschaft allen Widersachern entgegensetzen können. Durch machtvolle Organisation bis ins kleinste wird der Zentralverein seinen Wahlspruch: „Sich wehren bringt Ehren" in die Wirklichkeit umsetzen.

Der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands.

Von Landesrabbiner Dr. Rieger, Braunschweig.

Die neutrale jüdische Jugendbewegung und ihr Organ, „Der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands“, ist unter den großen deutschen jüdischen Bewegungen der Gegenwart zeitlich die jüngste, ihrer Ausdehnung und Reichweite nach die größte. In diesem Frühjahr darf der Verband auf das erste Jahrzehnt seiner Wirksamkeit zurückblicken. Er wird dann eine Heerschau über 40000 Mitglieder halten, die in mehr als 154 Vereinen zusammengeschlossen sind.

Im Jahre 1891 hatte die jüdische Großloge für Deutschland ihren Tochterlogen empfohlen, Jugendvereine ins Leben zu rufen. Die Anregung hatte vorerst einen recht geringen Erfolg. 1892 ward in Stuttgart der erste jüdische Jugendbund begründet, 1896 folgten die Hamburger Gründung, dann die Frankfurter und hierauf bis zum Jahre 1900 die von noch weiteren sechs Vereinen. Erst nach 1900 begann die Zahl der jüdischen Jugendvereine zu wachsen. Der am 30. Mai 1909 begründete Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands umfaßte 25 Vereine mit etwa 1300 Mitgliedern. Bis zum Jahre 1912 waren dem Verbande 80 Vereine mit fast 14000 Mitgliedern angeschlossen. Bei Kriegsbeginn umfaßte er 121 Vereine mit 20000 Einzelmitgliedern, unter ihnen 15000 ordentliche Mitglieder. Seitdem sind 33 neue Vereine begründet worden; 10 weitere sind gegenwärtig im Entstehen. Berechnet man die Zahl der deutschen Juden im Alter zwischen 14 und 25 Jahren mit 100000, so sind zurzeit mindestens 33 % von ihnen von der jüdischen Jugendbewegung erfaßt worden. Diese Zahl gewinnt dadurch erhöhte Bedeutung, daß sich erfahrungsgemäß nur die sozial empfindende Auslese der Jugend der Jugendbewegung anschließt, während die sozial gleichgültige Masse von ihr unberührt bleibt.

In der Geschichte der jüdischen Jugendbewegung lassen sich drei Abschnitte ziemlich genau scheiden. Von 1892 bis 1904 stehen die Vereine im Zeichen der Jugendpflege, d. h. sie sind Wohlfahrtsgründungen; von 1904 bis 1908 entwickeln sie sich zu Jugendvereinen mit deutlich erkennbarer Abwehrabsicht gegen den Antisemitismus; von da an tritt neben die sozialwirtschaftliche Tendenz und die Abwehr die sozialpädagogische Richtung: die Bünde werden Selbsterziehungsvereine.

Der erste Zeitraum der jüdischen Jugendbewegung steht unter dem Einfluß des Vorbildes der katholischen und protestantischen Jünglingsvereine. Absichten und Ziele sind dieselben. Man will die jüdische Jugend vor sittlicher Gefährdung bewahren und sie durch wirtschaftliche Vorteile zum Eintritt in die Jugendvereine anregen. Daß dieser Versuch ganz erfolglos blieb, lag an seinen falschen Voraussetzungen. Er ging von der Annahme eines gleichen oder mindestens ähnlichen Aufbaus der jüdischen und der nichtjüdischen Jugend aus. Er übersah aber dabei zweierlei: erstens gibt es unter den deutschen Juden kein eigentliches Proletariat. Denn die etwa 25000 jüdischen Arbeiter Deutschlands sind der Mehrzahl nach gelernte Arbeiter und arbeiten

unter Verhältnissen, die man nicht zu den proletarischen rechnen kann. Außerdem ist aber die Vorbildung der jüdischen Jugend wesentlich von der der nichtjüdischen Jugend Deutschlands verschieden. Erhalten doch zwei Drittel der jüdischen Jugend eine höhere als die Volksschulbildung, sie werden also im Elternhause unter Elternpflege weit länger als die christliche Jugend gehalten und verlassen die Schule meist in einem Alter, daß man der Jugendpflege bedürftige Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre unter den Juden nur in einer sehr begrenzten Anzahl vorfindet. Es war die natürliche Folge dieser beiden Tatsachen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der deutschen Juden, daß sich diese sozialwirtschaftlichen ersten Jugendvereine nicht recht entwickeln wollten. Sie entsprachen keinem Bedürfnis und wurden bald mit Ausnahme an den Orten, wo sich Jugendliche in größerer Anzahl fanden, deren Eltern nicht selbst in diesen Orten wohnten, als überflüssig empfunden.

Inzwischen hatte die antisemitische Strömung eine kraftvoll einsetzende Gegenbewegung im deutschen Judentum hervorgerufen. Die kleinlichen Zurücksetzungen und die boshaften Gehässigkeiten, denen sich die Juden überall ausgesetzt sahen, riefen auch die auf die Schanzen, die bis dahin in bescheidener Zurückhaltung und in schweigendem Ertragen das Heil für das deutsche Judentum erblickt hatten. Der Zustrom dieser bisher in Untätigkeit gebliebenen Kräfte gab dem jüdischen Leben in Deutschland einen machtvollen Aufschwung. Das Selbstbewußtsein in der Erkenntnis des Wertes der Güter, die auf dem Spiele standen, erfuhr eine lebhafte Steigerung. Die Gegenwehr und der Kampf gegen den Abfall wurden organisiert. Vor allem regten sich gerade in der Jugend, die sich überall zurückgesetzt sah, die zurückgedämmten Energieen. Die national-jüdische Bewegung gewann in ihr stark an Boden. Diese Steigerung der Anteilnahme am jüdischen Leben beeinflußte auch die jüdische Jugendbewegung, allerdings in durchaus unerfreulicher Weise. Eine tiefgehende Reizbarkeit und Verärgerung lähmte ihre Arbeitskraft. Parteigezänk trat an die Stelle der eigentlichen Jugendarbeit. Glaubte doch jede Partei im Judentum, daß jetzt für sie die Zeit gekommen, die Jugend in ihr Lager hinüberzuziehen. Es war eine Zeit der Zerrissenheit und der Unfruchtbarkeit für die meisten jüdischen Jugendvereine gekommen.

Die Lösung und zugleich die Erlösung aus diesem Wirrwarr brachte der 1909 in Berlin ins Leben gerufene „Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands". Die Großloge, die ja strengste Parteilosigkeit gegenüber allen Strömungen und Bestrebungen im Judentum auf ihr Banner geschrieben, griff noch einmal entscheidend in das Leben der Jugendvereine ein, die sich inzwischen fast ausnahmslos ihrer Leitung entzogen hatten, und verstand es, die zerfallende Bewegung durch den Grundsatz weitestgehender Neutralität zusammenzuhalten und sie einer gesunden Zukunft zuzuführen.

Alles Parteigezänk ist ja Gift für junge Seelen. Wer schon als ungereifter Mensch gelehrt wird, alles durch die Parteibrille zu sehen und alles nach der Parteischablone zu beurteilen, verliert mit der inneren Wahrhaftigkeit zugleich jenen Gemeinsinn, der die Grundvoraussetzung der gerechten Beurteilung des Mitmenschen ist. Den Partei-

hader lernt die Jugend noch immer früh genug kennen. Die Schulung durch weise Neutralität wird sie dereinst im Parteikampf vor Lieblosigkeit und Ungerechtigkeit bewahren.

Selbstverständlich waren die Heißsporne unter den Vertretern der jüdischen Parteien mit dieser Entwicklung durchaus unzufrieden. Wie haben sie über die rückgratlose, charakterlahme Bewegung gespottet und, als das nichts half, gescholten. Wie haben sie alle ihre Parteilehre als die für die Jugend alleinseligmachende angepriesen. Das war aber die eigentliche Größe der dritten Entwicklungszeit der Jugendbewegung, daß sie unbeirrt durch alle diese Tadler, unbekümmert um alle Versuche, von innen herausdie Sprengung des Verbandes herbeizuführen, zielbewußt bei dem Grundsatze der strengsten Unparteilichkeit verharrte.

Diese Neutralität bedeutete aber für die Jugendbewegung nicht etwa Vogelstraußpolitik, daß etwa die Jugend in gewaltsamer Unkenntnis über die Gegenwartsströmungen und Bestrebungen im Judentum erhalten werden sollte. Vielmehr sollte die Jugend in ihren Vereinen über alle wichtigen Vorgänge im jüdischen Leben, aber eben ohne jede parteiische Stellungnahme unterrichtet werden. Die besten Vertreter der einzelnen Parteien, bei denen soviel Vornehmheit vorausgesetzt werden durfte, nicht im Trüben fischen zu wollen, kamen in den Vereinen und in der Verbandszeitschrift zum Worte. Es wurde in den Vereinen für eine sachliche und vornehme Aussprache über alle Erscheinungen im Judentum Sorge getragen, aber jede Festlegung der Vereinsmitglieder etwa durch Abstimmungen verhindert. Dadurch wurden unsere jungen Freunde dazu erzogen, fremde Meinungen zu hören, selbst zu prüfen und nicht vorschnell abzuurteilen. Vor allem aber wurde so in ihnen der Gemeinsinn angeregt, das Gemeinsame über dem Trennenden nicht zu vergessen.

Dabei verlor der Verband aber nicht etwa seine charakteristische Färbung als jüdische Vereinigung. Allerdings beabsichtigte er niemals etwa nach dem Vorbilde der katholischen und evangelischen Jünglings- und Jungfrauenvereinigungen eine kirchliche Beeinflussung seiner Mitglieder. Dafür vermittelte er ihnen neben den allgemein menschlichen Werten ein vertieftes Verständnis der sittlichen und geistigen Güter des Judentums. Das Judentum sollte an ihnen seine persönlichkeitsbildende Kraft bewähren, sie zu höherer Sittlichkeit und zu strengstem Verantwortlichkeitsgefühl anleiten. In jedem jungen Juden und in jeder jungen Jüdin sollte die heiligende Erkenntnis erwachen, daß sie Erben einer großen Vergangenheit, Träger einer ernsten Gegenwart, Bürgen einer besseren Zukunft sind. Der Reichtum des Judentums an versittlichenden Werten sollte ihnen vermittelt werden und damit der Stolz der Zugehörigkeit zu der großen geschichtlichen Gemeinschaft. Sie sollten bereits als Werdende die ernste Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der jüdischen Gesamtheit klar erfassen, ganz gleich ob sie einmal die Kirchlichkeit, die Kultur oder das Volkstum als das Wesentliche am Judentum betrachten werden. Das Judentum ist eine Minderheit; in einer Minderheit wird der einzelne gesehen und nach ihm die Gesamtheit beurteilt. Daher kommt die tiefernste Erscheinung, daß die Schuld des einzelnen entarteten Juden der Gesamt-

heit zur Last gelegt wird. Die Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der Gesamtheit wächst dadurch ins Ungeheure. Die Erkenntnis dieser Verantwortlichkeit in jedem jüdischen Jüngling und in jeder jüdischen Jungfrau zu wecken, ist eine der ersten und ernstesten Aufgaben der jüdischen Jugendbewegung geblieben. Sie hat das Gewissen unserer Jugend geschärft, sie zu strenger Selbstkritik erzogen, ihr Bescheidenheit, Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit, Sittlichkeit und treue Pflichterfüllung unermüdlich gepredigt.

Soviel über die äußere und innere Geschichte der jüdischen Jugendbewegung in Deutschland! Und nun noch eine knappe Darstellung der Verfassung des Verbandes und der Vereinsarbeit. Diese Verfassung ist durchaus demokratisch. Die Großloge, der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der Deutsch-Israelitische Gemeindebund, der Rabbinerverband, der Lehrerverband und der Jüdische Frauenbund entsenden allerdings je einen Vertreter in den Vorstand des Verbandes. Diese Vertreter haben aber hier nur beratende Stimme. Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der alle zwei Jahre stattfindenden Delegiertenversammlung gewählt. Von ihr werden auch die zwanzig Mitglieder gewählt, welche den Verbandsvorstand bilden. In der Delegiertenversammlung hat jeder Verbandsverein für jedes anfangende Hundert seiner Mitglieder eine Stimme. Mehr als sechs Stimmen darf aber kein Verbandsverein haben. Die Delegierten eines Verbandsvereins können nur einheitlich stimmen. Die einzelnen Vereine zahlen einen nach der Kopfzahl ihrer Mitglieder bemessenen Jahresbeitrag, der durch die Delegiertenversammlung festgesetzt wird. Über die Aufnahme der Vereine in den Verband entscheidet der Vorstand mit Dreiviertelmehrheit. Der Verband ist verpflichtet, darauf zu achten, daß seine Maßnahmen nicht gegen das jüdische Religionsgesetz verstoßen.

Die Verfassung der einzelnen Vereine ist deren Angelegenheit. Sie darf nur nicht die des Verbandes verletzen. Im übrigen läßt der Verband den Vereinen weitgehende Betätigungsfreiheit. Aber er sorgt für den lebendigen Zusammenhang der angeschlossenen Bünde; er fördert durch häufige Bezirks- und Delegiertentagungen die gegenseitige Annäherung; er verbreitet durch sein Organ — die seit dem 1. Oktober 1910 in Berlin erscheinenden „Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands" — seine Anregungen; er sichert die Gemeinsamkeit der Arbeit und schafft den Ausgleich der Gegensätze.

Die Haupteinrichtung der Vereine sind die regelmäßigen Vereinsabende, an denen belehrende Vorträge aus allen Gebieten des menschlichen Wissens, vor allem aber über jüdische Gegenwartsfragen und Tagesereignisse gehalten werden. An diese Vorträge schließt sich eine Aussprache über das Gehörte. Für die staatsbürgerliche Ausbildung wird in besonderen Kursen Sorge getragen, die unter sachkundiger Leitung stehen. Die Pflege heiterer, edler, bescheidener Geselligkeit ist der Inhalt der Heimabende. Spiel- und Leseabende führen die Vereinsmitglieder einander näher. Die Freitagabende und die Veranstaltungen an religiösen Festtagen sind der Pflege des religiösen Geistes gewidmet. Besondere Wanderabteilungen pflegen das sach-

gemäße Wandern; Turnen, Sport, wie überhaupt jede Art körperlicher Ertüchtigung wird entweder im Vereine selbst oder im Anschluß an andere Ortsvereine getrieben. Die Pflege des Gesanges, der Musik und der schönen Künste ist eigenen Abteilungen anvertraut. Der Sinn für charitative Betätigung und das Verständnis für sozialethische Bestrebungen wird durch eine möglichst frühzeitige tätige Anteilnahme an allen Aufgaben werktätiger Menschenliebe, vor allem aber durch die eingehende Kenntnisnahme der in den einzelnen Orten vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen vertieft. Bei aller Vereinsarbeit wird aber auf Charakterentfaltung und Gesinnungspflege das Hauptgewicht gelegt.

Eine besonders auffallende Erscheinung in den jüdischen Jugendvereinen ist, daß in ihnen männliche und weibliche Mitglieder als gleichberechtigte und gleichverpflichtete gemeinsam organisiert sind. Man hatte vorerst vor diesem Zusammenarbeiten ernstlich gewarnt. Aber gerade diese Gemeinsamkeit hat die wohltätigste Wirkung ausgeübt. Sie hat die männlichen Mitglieder zur Selbstzucht angehalten. Die Mädchen aber haben sich bemüht, sich geistig und vereinstechnisch als ebenbürtige Mitglieder zu erweisen. Wieviel sie an Reife und Arbeitswillen durch die Gemeinsamkeit gewonnen haben, hat der Krieg bewiesen. Nicht wenige Vereine haben ihre Tätigkeit allein durch die aufopfernde Treue ihrer weiblichen Mitglieder aufrecht erhalten können. In anderen traten sie sofort tatfreudig in die entstandenen Breschen. Fast überall aber haben sie verstanden, durch treue Arbeit die Aufgaben des Verbandes zu fördern.

Der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands tritt mit dem beglückenden Bewußtsein in das zweite Jahrzehnt seines Bestehens ein, ehrliche Arbeit im Dienste seiner Gemeinschaft geleistet zu haben. Er ist ein an Zahl kleiner, aber sicher nicht wertloser Teil der allgemeinen deutschen Jugendbewegung.

Der Verband der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur.

Von Dr. I. Elbogen.

Es sind gerade 25 Jahre, daß die Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland einen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage errichteten, der den Schwachen an den Starken eine kräftige Stütze bieten und die Gesamtheit zu Leistungen befähigen sollte, die über die Kräfte des einzelnen Vereins hinausgingen. Die Vereine hatten die Aufgabe, die Kenntnis der jüdischen Geschichte und Literatur in weitesten Kreisen zu verbreiten, sie suchten sie hauptsächlich durch öffentliche Vorträge zu erfüllen. Der Verband richtete daher ein Sekretariat in Berlin ein, das eine Rednerliste veröffentlichte und kleinen Vereinen mit Rat und Büchermaterial zur Seite stand. Überdies gab der Verband ein „Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur“ heraus, von dem soeben der 22. Band er-

schienen ist; für einen fabelhaft billigen Preis wurde hier eine große Fülle gediegener Belehrung und Anregung geboten. Endlich bestrebte sich der Verband, kleinen Vereinen Redner zu senden oder die Mittel zur Anwerbung von Rednern zu gewähren. Die Bewegung fand in allen Gauen Deutschlands lebhaften Beifall, in kurzer Zeit entstanden mehr als 200 Literaturvereine mit rund 16000 Mitgliedern — so daß der Verband der Zahl nach eine der stärksten Organisationen wurde —, das Jahrbuch erlebte die für jüdische Schriften in Deutschland ganz ungewöhnliche Auflage von 7000 Exemplaren. Bei Kriegsausbruch haben zahlreiche Vereine ihre Tätigkeit eingestellt, ihr Vermögen vaterländischen Zwecken geopfert; die lange Dauer des Krieges, die Häufung der Sorgen in den Familien und die Erschwerung aller Lebensverhältnisse ergaben für eine Reihe weiterer Vereine die Unmöglichkeit, die Arbeit fortzusetzen. Aber überall herrscht der gute Wille und die feste Absicht, im nächsten Winter die Tätigkeit der Vereine neu zu beleben.

Die Wiederaufnahme der Arbeit fällt in eine neue Zeit, die auch an unseren Vereinen nicht spurlos vorübergehen kann. Aus dem Felde ist häufig berichtet worden, daß unter den jüdischen Soldaten ein wahrer Heißhunger nach jüdischem Wissen, tiefe Beschämung über die geringen Kenntnisse der Geschichte und Literatur der Väter herrsche. Unsere Vereine werden diesem Streben nach Belehrung gern Rechnung tragen, sie werden sich aus Unterhaltungs- zu Arbeitsvereinen umgestalten müssen. Es darf nicht verschwiegen werden, daß das sachliche Interesse an der Belehrung in den meisten Vereinen stark zurückgegangen war; wie man bei allen geistigen Veranstaltungen beobachten konnte, waren unsere müden, durch Arbeit und Genuß abgestumpften Zeitgenossen für leichte Unterhaltung empfänglicher als für kräftige geistige Nahrung. Das wird nun, wie wir hoffen, mit der neuen Verteilung von Arbeit und Muße anders werden, die Volksbildung tritt in den Mittelpunkt des geistigen Lebens. Der Berliner Verein hat durch seine Beteiligung an der Begründung der „Freien jüdischen Volkshochschule" die Richtung gezeigt, nach der er die Entwicklung geführt wissen möchte. An Stelle der Einzelvorträge fortlaufende, zusammenhängende belehrende Kurse, an Stelle der bloßen Unterhaltung Erziehung zu eigenem Denken, zu eigener Arbeit! Schon sind einige Vereine diesem Beispiel gefolgt und im Begriff, ebenfalls Volkshochschulen einzurichten. Das wird nun freilich in großem Stile nur in wenigen Großgemeinden durchführbar sein, aber der Grundgedanke muß festgehalten werden. Paradevorträge mit Rednern von berühmtem Namen werden sich die meisten Vereine schon wegen der hohen Reisekosten in Zukunft versagen müssen; dafür werden alle bestrebt sein, ihre Arbeit zu vertiefen, belehrende Kurse zu schaffen, abgerundete Gebiete zu behandeln, ihre Mitglieder nicht nur zu unterhalten, sondern auch zu unterrichten. Wo die heimischen Kräfte nicht ausreichen, werden zweckmäßig benachbarte Vereine sich zusammenschließen und die verfügbaren Redner oder Kursleiter austauschen. Aber mit der Sache selbst muß Ernst gemacht werden, die Vereine verlieren ihre Daseinsberechtigung, wenn sie nicht mehr als bisher wirkliche Kenntnisse vermitteln, Liebe zum selbsttätigen Studium wecken.

Von mehreren Seiten ist neuerdings angeregt worden, die bestehenden Vereine aufzulösen und ihre Tätigkeit von den jüdischen Gemeinden fortsetzen zu lassen. Hier und da mögen die örtlichen Verhältnisse eine solche Maßnahme ratsam erscheinen lassen, sie allgemein zu empfehlen, könnte ich mich nicht entschließen. Wer nach vier Jahren Zwangswirtschaft sich noch für Kommunalisierung einsetzt, ist um seine Vertrauensseligkeit zu beneiden; geistige Bewegungen bedürfen sicher der Führer von ganz anderem Schlage, als aus den Listen der allein seligmachenden Verhältniswahl hervorgehen. Ich persönlich verspreche mir von unseren Gemeindeverwaltungen, weder von den jetzigen noch von den künftigen, nicht allzuviel Ersprießliches auf diesem Gebiete. Nach meinem Dafürhalten sollten die Gemeinden die geistigen Bestrebungen durch weitherzige Gewährung moralischer und materieller Hilfe unterstützen, aber nicht durch den Bureaukratismus ihrer Verwaltungen hemmen. Die Stärke unserer Vereine, die Unparteilichkeit und die freie Initiative, würde durch die Übernahme auf die Gemeinden beeinträchtigt werden.

Um die Zukunft des Verbandes wäre auch bei einer Neugestaltung keine Sorge, weniger Zusammenhang als bisher könnte er in keinem Falle haben. „Wir waren kein Verein, wir waren fünf begeisterte Jünglinge," schrieb Leopold Zunz nach dem Schiffbruch des von ihm 1819 mitbegründeten „Vereins für Kultur und Wissenschaft der Juden". Ähnliches kann man leider auch von unserem Verbande sagen, es war kein Verband, es waren zwei begeisterte, für das Wohl der kleinen Vereine besorgte und opferwillige Männer. Der Verband wird fast allein vom Berliner Verein erhalten, daneben hat nur der Breslauer ihm unwandelbar die Treue gewahrt; alle anderen Vereine haben nach und nach ihre Beitragsleistung eingestellt, selbst unsere Vorstandsmitglieder zeigen nur ein sehr schwaches und über den Bezug des Jahrbuches kaum hinausgehendes Interesse. Solange Gustav Karpeles, der erste Vorsitzende des Verbandes, lebte und häufig die Vereine im Reiche besuchte, war durch ihn die persönliche Verbindung gegeben. Albert Katz, sein treuer Mitarbeiter, bemüht sich noch heute unermüdlich um die kleinen Vereine. Allein bei der Beschränktheit unserer Mittel sind wir nicht in der Lage, unsere guten Absichten zur Unterstützung von leistungsunfähigen Vereinen in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Kapitalien des Verbandes sind sehr bescheiden; wenn die ihm angeschlossenen Vereine ihn im Stich lassen, ist er nahezu lahmgelegt. Wir werden auf einem, sobald die Verhältnisse es gestatten, einzuberufenden Verbandstage, die Vereine erneut zur Solidarität aufrufen müssen; ich hoffe zuversichtlich, daß dem kommenden dritten Vorsitzenden des Verbandes in diesem Bestreben mehr Erfolg beschieden sein wird, als mir vergönnt gewesen ist. Es ist die Schicksalsfrage der Organisation, ob sie sich mit einem Schattendasein begnügen oder ihrer Aufgabe gerecht werden will: mit der Kenntnis der jüdischen Geschichte und Literatur jüdisches Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen zu verbreiten, den Enthusiasmus zu wecken, der nach Goethes Wort das Beste ist, was wir von der Geschichte haben.

Verband für Statistik der Juden.

Von Dr. Alfred Nossig.

Durch die 1902 erfolgte Gründung des „Vereins für Statistik der Juden" ist ein Gedanke verwirklicht worden, der bereits seit dem Beginne des 19. Jahrhunderts führende jüdische Intelligenzen beschäftigt hatte. Kein Geringerer als Zunz hat schon 1823 unter dem Titel „Grundlinien zu einer Statistik der Juden" den Plan einer jüdisch-statistischen Organisation entworfen. Es ist bemerkenswert, daß dieser Plan in manchen wesentlichen Gesichtspunkten mit der Auffassung übereinstimmt, die für die Initiatoren unseres Vereins maßgebend war.

Die jüdische Statistik hat verschiedenen Zwecken zu dienen. Ihre Bedeutung geht über die einer konfessionellen Statistik gewöhnlicher Art weit hinaus. Das von ihr untersuchte Menschenmaterial gehört nicht nur ein und derselben Religion, sondern auch einem und demselben Stamme an, der aber, nach jahrtausendelangen Wanderungen, über die ganze Erdkugel zerstreut ist. Schon diese Momente machen es klar, daß die Statistik der Juden vom allgemein wissenschaftlichen Standpunkte eines der lehrreichsten Forschungsgebiete darstellt. Die Wechselwirkung von geistigen und physischen, von Vererbungs- und Umgebungseinflüssen tritt bei den Juden in besonders markanter Weise hervor.

Für die jüdische Gemeinschaft ist die Statistik nach zwei Richtungen hin von besonderem Wert. Auf kleinere, geschlossene Gruppen der Judenheit beschränkt, als Gemeinde- und Landesstatistik, liefert sie die einzig zuverlässige Grundlage für praktische Maßnahmen auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik, der Berufspolitik, des Schulwesens, der Sozialhygiene, der Wohlfahrtspflege usw. Auf die jüdische Gesamtheit ausgedehnt, als Weltstatistik der Juden, ermöglicht sie die Gewinnung eines Bildes von dem Zustande, der Vitalität, den Bedürfnissen der zerstreuten Gruppen der Judenheit, gestattet sie Ausblicke in die voraussichtliche Zukunft unserer Gemeinschaft, sowie die Führung einer rationellen jüdischen Gesamtpolitik.

Diesen theoretischen Richtlinien mußte die Organisation der Arbeiten des Vereins der Statistik der Juden von Anfang an entsprechen. Sowohl die Veröffentlichungen des Vereines selbst, als auch jene des 1904 von ihm ins Leben gerufenen Bureaus für Statistik der Juden gliedern sich hauptsächlich in Monographien und Beiträge zur Gesamtstatistik der Juden. So findet man zahlreiche Untersuchungen beider Art schon in dem großen Sammelwerk, welches der Verein unter dem Titel: „Jüdische Statistik" 1903 erscheinen ließ und welches als Ausgangspunkt der neueren, wissenschaftlichen und organisatorischen, jüdisch-statistischen Arbeiten betrachtet werden darf. In der Jubiläumsschrift „Statistik der Juden", die das Bureau 1918 veröffentlichte, findet man eine genaue Übersicht aller seitherigen Publikationen. Unter den Monographien seien hier besonders hervorgehoben: „Die sozialen Verhältnisse der Juden in Rußland" von Dr. Arthur Ruppin, „Die jüdi-

schen Gemeinden und Vereine in Deutschland“ von Dr. Jacob Thon, „Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in Deutschland“ von Dr. Jacob Segall.

Die bisherige Hauptarbeit auf dem Gebiete der jüdischen Gesamtstatistik ist das ebenfalls von Dr. Segall vorbereitete Tabellenwerk über den Bevölkerungsstand und die Bevölkerungsbewegung. Da die Arbeit nicht nur die Verhältnisse der Judenheit, sondern auch die der anderen Hauptkonfessionen berücksichtigt, darf sie als ein grundlegendes Werk der Konfessionsstatistik überhaupt bezeichnet werden. Reiches Material für die jüdische Gesamtstatistik findet man überdies in dem Organ des Vereins „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden“, die fast alles, was in der amtlichen Statistik der einzelnen Staaten in bezug auf die jüdische Bevölkerung enthalten ist, verarbeitet hat.

Der Umfang der offiziellen Konfessionsstatistik ist jedoch bekanntlich ein ziemlich beschränkter. In mehreren Kulturstaaten wird überdies aus prinzipiellen Gründen bei statistischen Aufnahmen die Frage nach der Konfession überhaupt nicht gestellt, während in minder fortgeschrittenen Ländern die Statistik sehr mangelhaft oder gar nicht organisiert ist. So ist die jüdische Statistik darauf angewiesen, überall dort, wo das amtliche Material versagt, oder nicht vorhanden ist, eigene Erhebungen zu veranstalten. Schon beim Zurückgreifen auf das in den Archiven verwahrte, aber nicht nach allen Gesichtspunkten verarbeitete amtliche Urmaterial sieht man sich vor eine gewaltige Aufgabe gestellt. Noch schwieriger aber gestaltet sich die Arbeit dort, wo das Urmaterial durch Umfragen erst beschafft werden muß.

Von der Erkenntnis ausgehend, daß derartige Leistungen nur von einem nach staatlichen Vorbildern organisierten Amt verlangt werden können, hat der Verein das bereits erwähnte Bureau für Statistik der Juden in Berlin errichtet. In ihrem vollen Umfange wird jedoch die Aufgabe der jüdischen Statistik erst dann gelöst werden können, wenn auch in zahlreichen anderen Zentren ähnliche Bureaus sowie Vereine, die sie tragen, entstehen werden. Bis jetzt haben sich statistische Vereine auch in München, Frankfurt, Lodz, Petersburg und New York gebildet. Die deutschen Vereine haben sich zum „Verband für Statistik der Juden“ zusammengeschlossen. Der Wunsch, ein vollständig ausgebautes, alle Hauptländer umfassendes Netz von jüdisch-statistischen Ämtern zu organisieren, hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Vielleicht wird der nach dem Weltkrieg zu erhoffende friedliche Verkehr der Völker ihn seiner Verwirklichung näher bringen. Vorerst jedoch muß das Streben des Vereins und Bureaus für Statistik der Juden darauf gerichtet sein, allen Aufgaben, die das soziale Leben der Juden in Deutschland stellt, voll zu genügen, die Lebenserscheinungen der jüdischen Gruppen in der ganzen Welt aufmerksam zu verfolgen, sowie das Material für alle wissenschaftlichen, mit der Statistik der Juden verbundenen Spezialfragen tunlichst zu vervollständigen.

L I T E R A T U R

Gesetzestreues Judentum.

S. R. Hirsch, Neunzehn Briefe über Judentum. 1919. Welt-Verlag, Berlin.
S. R. Hirsch, Choreb, Versuche über Jissraels Pflichten in d Zerstreuung. 2. Aufl. 1898. J. Kauffmann, Frankfurt a. M.
S. R. Hirsch, Ges. Schriften, Bd I—VI, herausg. v. Justizrat Dr. N. Hirsch. 1902—12. J. Kauffmann, Frankfurt a M.
Gudemann, Das Judentum in seinen Grundzügen u. nach seinen geschichtlichen Grundlagen dargestellt 2. Aufl. 1902. Wilk.
Gudemann, Jüd. Apolopetik. 1906. Glogau.
Außerdem zahlreiche Abhandlungen in den Zeitschriften: „Israelit" (seit 1860), „Jüd Presse" (seit 1870, jetzt Zentralorgan des Misrachi), „Jeschurun" von S. R Hirsch (1854—70) und „Jeschurun" von Wohlgemuth (seit 1914).
Zum Standpunkt gegenüber der Bibelkritik:
Hoffmann, Die wichtigsten Instanzen gegen die Graf-Wellhausensche Hypothese (Jahresber. des Berliner Rabbinerseminars 1904).
Jampel, Vom Kriegsschauplatz d. israelit. Religionswissenschaft. 1909. J. Kauffmann, Frankfurt a. M.
Außerdem verschiedene Abhandlungen in d. Zeitschrift „Magazin für d. Wissenschaft des Judentums", herausg. v. Hoffmann u. Berliner, 1876 bis 18 3, und auch in den oben erwähnten Zeitschriften.

Liberales Judentum.

Richtlinien zu einem Programm für d. liberale Judentum nebst Referaten u. Aussprachen. 1912 Berlin. Zu beziehen v. Bureau der Vereinigung für das liberale Judentum, Berlin W 8, Mauerstraße 22, zum Preise v. 0,50 M.
Die Grundsätze des jüdisch-religiösen Liberalismus v Rabbiner Dr. Lewkowitz. 0,25 M.
Grundlagen u. Ziele des religiös-liberalen Judentums v. Dr. S. Norden. 0,50 M.

Zionismus.

Theodor Herzl, Zionistische Schriften. Jüdischer Verlag, Berlin W 15, Sächsische Straße 8. (Im Buchhandel vergriffen.)
Max Nordau, Zionistische Schriften. Jüdischer Verlag. (Vergriffen.)
Achad Haam, Am Scheidgwege 2 Bde. Jüdischer Verlag. (Neue Auflage in Vorbereitung.)
Dr. Nathan Birnbaum, Ausgewählte Schriften zur jüd Frage. (Vergriffen.)
Martin Buber, Drei Reden über d. Judentum. Rüthen & Löning. Geb. 3,50 M.
Martin Buber, Jüdische Bewegung. Jüdischer Verlag. 6,50 M.
Zionistisches A B C-Buch. Jüdischer Verlag. (Vergriffen.)
Schachtel, Zionistisches Merkblatt. Jüdischer Verlag. 0,30 M.
Ruppin, Die Juden der Gegenwart. Jüdischer Verlag 8 M.
Ruppin, Der Aufbau des Landes Israel. Jüdischer Verlag 8 M.
Trietsch, Palästina-Handbuch. Welt-Verlag. (Neue Auflage in Vorbereitung.)
Klatzkin, Probleme des modernen Judentums. Jüdischer Verlag 9 M
Safir, Geschichte des Zionismus. Brünner Buch- u. Kunstverlag Hickl. (Vergriffen.)
Protokolle der 11 Zionistenkongresse. Sämtlich im Jüdischen Verlag. Besonders 1, 5. 7. 10, 11.
D. L. Gordon, Briefe aus Palästina. 1919. Welt-Verlag, Berlin.
Lichtheim, Programm des Zionismus. Herausg. v. der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. (Vergriffen.)
Holdheim-Preuß, Die theoretischen Grundlagen des Zionismus 1919. Welt-Verlag, Berlin.
Dr. S. Bernstein, Der Zionismus Herausg. v. Kopenhagener Zionistischen Bureau. Jüdischer Verlag 1,50 M.
Dr. Leo Pinsker, Autoemanzipation. Jüdischer Verlag. 1 M.

Misrachi.

Roth, Orthodoxie und Zionismus.
Frody, Religion und Zionismus.
Ha Misrachi (hebräisch). Verlag Hazifiroh, Warschau.
Dr. A. Barth, Das Verhältnis des Misrachi zur jüdischen Orthodoxie.
Dr. A. Barth, Orthodoxie und Zionismus. 1919. Welt-Verlag, Berlin.

Nationaljüdische Jugendbewegung.

Jerubbaal, Eine Zeitschrift d. jüdischen Jugend. Herausg. Dr. Siegfried Bernfeld. R. Löwit Verlag, Wien. Jährlich 12 Hefte. Jahrgang 11,20 M.
Der jüdische Wille. Herausg vom K. J. V. Jüdischer Verlag, Berlin. Jährlich 6 Hefte. Jahrgang 10 M.
Jüdische Jugend Herausg. vom K. J. V. u. der jüdischen Turnerschaft. Jüdischer Verlag, Berlin Heft 1,20 M.
Blau-Weiß-Blätter. Herausg. v. jüdischen Wanderbund Blau-Weiß.
Jüdische Turn- u. Sportzeitung. Herausg. v d. jüdischen Turnerschaft.
Jüdische Jugendblätter. Herausg. v Zentralverband der jüdischen Jugendgruppen Deutsch-Österreichs. 24 Hefte. Jahrgang 10 M.
Esra. Monatsschrift d jüdischen Akademikers. Herausg. v. jüd. Hochschulausschuß, Wien. 12 Hefte. Jahrgang 30 M.

Bnei Briß.

Das Wesen u. d Leistungen d. Ordens U. O B. B. Eine Propagandaschrift in zwei Vorträgen von Justizrat Dr. Hugo Kuznitzky u. Geh. Sanitätsrat Dr. Louis Maretzki 1911. Neuauflage 1917 mit Anhang: Die Tätigkeit d Großloge für Deutschland VIII. U. O. B. B u. der ihr angeschlossenen Logen im Weltkriege v. Sanitätsrat Dr. Alfred Goldschmidt.
Verhandlungen des Berliner Logentages am 31. Januar 1914 Herausg. v Komitee für die gemeinsamen Interessen d Berliner Logen.
Merkblatt. Enthaltend kurze Notizen über d. Aufbau d. Ordens u seine Literatur.
Berichte der Großloge für Deutschland VIII. U. O. B. B. Verlag der Großloge, Bureau Berlin W 62, Kleiststr. 1 .
Verhandlungen d Großloge v. Jahre 1886 – 1913.
Geschichte d Ordens Bnei Briß in Deutschland 1882 1907 v. Geh. Sanitätsrat Louis Maretzki.
Reden u. Abhandlungen über d. Orden. Herausg. v. d. Großloge für Deutschland v Geh. Sanitätsrat Louis Maretzki.
Festschrift zur Feier des 20jähr. Bestehens des U. O. B. B.

Deutsch-Israelitischer Gemeindebund.

Mitteilungen des Bundes, bisher 90 Nummern erschienen.
B. Jacobsohn, Der D. I G. B. nach Ablauf des ersten Dezenniums seit seiner Begründung von 1869 – 79. Leipzig 1879. (Vergriffen.)
Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltungen u. Wohlfahrtspflege.

Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Eugen Fuchs, Geh. Justizrat, Um Deutschtum und Judentum.
Dr. Paul Rieger, Ein Vierteljahrhundert im Kampfe um das Recht u. d. Zukunft d. Juden.
Im Deutschen Reich. Zeitschrift d. Z. d. St. j. G.

Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands.

Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands.
Normalstatut für jüdische Jugendvereine.
Die Organisation der jüdischen Jugend in Deutschland. Ein Beitrag zur Systematik der Jugendpflege u. Jugendbewegung v. Frl. Dr. Cora Berliner.
Das Bedürfnis der jüdischen Jugend. Von Dr. Gustav Löffler.
Die Trennung von Staat u. Kirche u. das Judentum. Stenograph. Bericht eines Erörterungsabends d. Verbandes d. jüdischen Jugendvereine Deutschlands.
Die parteipolitischen Neubildungen in Deutschland u. d. Juden. Stenograph. Bericht eines Erörterungsabends d. Verbandes d. jüd. Jugendvereine Deutschlands.
Wie fördern wir den religiösen Sinn d. jüdischen Jugend? Mischehe, sexualethische Forderungen, Frühehe u. soziale Umschichtung. Der jüd. Jugend Deutschlands v. Dr. Gustav Löffler, Frankfurt a. M.

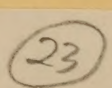
Beschlüsse, gefaßt auf d. 4. ordentl. Delegiertentag d. Verbandes d. jüd. Jugendvereine Deutschlands am 15./16. Juni 1919 zu Berlin.

Verband der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur.

Jahrbuch für jüd. Geschichte u. Literatur. Herausg. v. Verband d. Ver. f. jüd. Gesch. u. Lit. Bd. 1—22. 1898 ff. Poppelauer, Berlin. Mit Beilage: Mitteilungen aus d. Verbande usw

Verband für Statistik der Juden.

Veröffentlichungen des Bureaus für Statistik. Jüdische Statistik (Dr. A. Nossig) 1903:
Heft 1. Der Anteil d. Juden am Unterrichtswesen in Preußen. Berlin 1905.
„ 2. Die sozialen Verhältnisse der Juden in Rußland. 1906.
„ 3. Die jüdischen Gemeinden und Vereine Deutschlands. 1906.
„ 4. Die Juden in Österreich. 1908.
„ 5. Die Juden in Rumänien. 1908.
„ 6. Die Juden im Großherzogtum Hessen. 1909.
„ 7. Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in München 1879 - 1905.
„ 8. Das jüdische Genossenschaftswesen in Rußland. 1911.
„ 9. Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in Deutschland. 1912.
„ 10. Die Berufe der Juden in München. 1919.
Statistik der Juden. Eine Sammelschrift. 1918.


23


UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 15 05 13 07 014 2